

ISSN 2568-0641

Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

7
—
20

Demokratie- Dialog

AfD in Salzgitter

Dominik Dewitz / Marie Nolte

Radikalisierung Akteure während Corona

*Florian Grahmann / Lino
Klevesath*

Widerstand2020

Joris Sprengeler



Inhalt

Linke Militanz

Vertrauen ist gut, verdachtsunabhängige Kontrolle ist besser?

Christopher Schmitz / Annemieke Munderloh

2

Erkaltete Asche

Die radikale Linke in ihrer niedersächsischen Hochburg

Matthias Micus

10

Impressum

74

„Don't know what I want. But I know how to get it.“

Hannover versinkt im Chaos

Philipp Scharf

20



Radikaler Islam

Extreme Rechte und ihr Umfeld

Viren als Soldaten Gottes?

Radikalislamische Akteure während der Corona-Krise

Florian Grahmann / Lino Klevesath

30

„Wenn die weltoffene Stimmung zu kippen droht“

Die AFD in Salzgitter

Dominik Dewitz / Marie Nolte

48

Amtsenthörung per YouTube

„Im Auftrag des Islam“ rechnet mit Metin Kaplan ab

Zhaklina Hoxhaj / Lino Klevesath

40

„Konservativer“ Etikettenschwindel

Die Usurpation des Konservatismus am Beispiel der AFD

Florian Finkbeiner

57

Widerstand2020

Eine Bewegungspartei als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie

Joris Sprengeler

65

Vertrauen ist gut, verdachts-unabhängige Kontrolle ist besser?

Christopher Schmitz / Annemieke Munderloh

Im Zuge des gewaltsamen Todes von George Floyd durch Beamte der Polizei in Minneapolis kam es zunächst in den USA, aber schließlich auch weltweit zu Kundgebungen gegen Polizeigewalt und Prävalenzen von Kolonialismus und Rassismus. Spätestens seit dem unmittelbaren Anlass – der gewaltsame Tod eines schwarzen Mannes in Polizeigewahrsam – steht die Polizei als Institution nun im Mittelpunkt der Diskussion. Zu Recht, möchte man sagen: Allein in den USA sind zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 14. Juli 2020 insgesamt 1301 Schwarze tödlicher Polizeigewalt zum Opfer gefallen.¹

1 Bezogen auf je eine Millionen Einwohner*innen sind dies 31 Tote (im Vergleich zu 13 weißen Toten je Millionen Einwohner*innen). Brandt, Matthias: Schwarze

In der Bundesrepublik fallen die Zahlen deutlich geringer aus. Hierzulande haben seit der Wiedervereinigung 301 Menschen insgesamt durch Schüsse aus einer Polizeiwaffe ihr Leben verloren.² Diese Werte lassen allerdings noch keinerlei Rückschlüsse darauf zu, ob der Einsatz der Waffe nicht gerechtfertigt war, denn

werden häufiger Opfer tödlicher Polizeigewalt. Stand: 14.07.2020, in: Statista, 15.07.2020, URL: <https://de.statista.com/infografik/5487/toedliche-polizei-gewalt-in-den-usa/> [eingesehen am 28.08.2020].

2 Vgl. Taz.de (taz.atavist.com) & Spiegel: Anzahl der durch Polizisten erschossenen Menschen in Deutschland in den Jahren von 1990 bis 2019, in: Statista, 21.07.2020, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/706648/umfrage/durch-polizisten-getoetete-menschen-in-deutschland/> [eingesehen am 28.07.2020].

die Statistik vermag keine Aussage über die Umstände des Schusswaffeneinsatzes zu treffen; etwa darüber, ob der tödliche Schuss ein anderes Menschenrecht oder Menschenleben gesichert hat.³

Dennoch sterben auch hierzulande immer wieder BIPOC⁴, Migrant*innen und als nicht-deutsch gelesene⁵ Menschen durch die Polizei, in Polizeigewahrsam oder erfahren Gewalt durch die Hände von Polizist*innen. Der berühmteste Fall ist sicherlich jener von Oury Jalloh. Der in Sierra Leone geborene Asylbewerber verbrannte im Jahr 2005 in einer Polizeigewahrsamszelle in Dessau-Roßlau – unter Umständen, die bis heute nicht restlos aufgeklärt sind.⁶ Auffällig häufig sind es Personen mit Migrationshintergrund, die Polizeigewalt erleiden. So auch Ahmed A., der, über zwei Monate in Folge einer Verwechslung zu Unrecht – wie Jalloh – inhaftiert, an den Folgen eines Feuers in einer Gewahrsamszelle der Justizvollzugsanstalt Kleve starb, das A. selbst gelegt haben soll.⁷

Sowohl der Zeitpunkt, an dem die Verwechslung bekannt wurde, als auch die Plausibilität eines Selbsttötungsversuchs im Falle Ahmed A.s ebenso wie die angebliche Selbstverbrennung des auf seiner Pritsche fixierten Oury Jallohs werden durch Gutachten in Zweifel gezogen, die den offiziellen Ermittlungsergebnissen teils gravierend widersprechen. Die Rede ist bisweilen von unterlassener Hilfeleistung, gar Mord. Kritik, die an der Aufklärungsarbeit der Behörden geübt wird, deutet diese Fallgeschichten als Beispiele für die Auswirkungen von institutionell in den Behörden verankertem Rassismus. Und dieser manifestiert sich häufig in Gewalt, endet für manche tödlich.⁸

Aber auch jenseits dieser Extremereignisse erfahren Polizeipraktiken immer wieder Kritik: Im Zuge der Black-Lives-Matter-Proteste kam es auch in Deutschland vielerorts zu Demonstrationen. Währenddessen artikulierten viele BIPOC ihre persönlichen Erfahrungen mit Rassismus, kritisierten aber auch immer wieder dessen fehlende systematische Thematisierung als ein der bundesrepublikanischen Gesellschaft inhärentes strukturelles Problem. Die Debatte erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt in den Reaktionen auf eine Kolumne von Hengameh Yabhoobifarah, die in der taz erschienen ist: Dort diskutierte Yabhoobifarah die Beschäftigungsmöglichkeiten von Polizist*innen in einer Welt, in der die Polizeibehörden abgeschafft wären. Der Text endet mit der Feststellung,

3 Vgl. Behr, Rafael: Gewalt und Polizei. Ambivalenzen des innerstaatlichen Gewaltmonopols, in: APuZ, Jg. 69 (2019), H. 21–23, S. 24–28.

4 BIPOC steht für Black, Indigenous and People of Colour.

5 Gemeint sind Menschen, die anhand ihres äußeren Erscheinungsbildes (oder auch des Namens) als „nicht-deutsche“ oder „keine echten Deutschen“ markiert werden, vgl. Ervedosa, Clara: „The Perpetrator is a Southerner“: „Südländer“ as Racial Profiling in German Police Reports, in: Monatshefte 112 (2020), H.2, S. 217–246.

6 Vgl. Paul, Martin/Deutschländer, Luca: 15 Jahre ungeklärt: Der Tod des Oury Jalloh, in: mdr Sachsen-Anhalt, 24.05.2020, URL: <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/dessau/dessau-rosslau/interview-fuenfzehn-jahre-ungeklaert-der-tod-des-oury-jalloh-in-dessau-recherche-100.html> [eingesehen am 10.08.2020].

7 Vgl. o. V.: Brandexperten zweifeln an Gutachten im Fall Ahmed A., in: Zeit Online, 06.12.2018, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-12/kleve-fall-ahmad-haeftling-zelle-verbrannt> [eingesehen am 10.08.2020]; o. V.: Gutachterin widerspricht Ermittlungen im Fall Ahmed A., in: Zeit Online, 27.01.2020, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-01/jva-kleve-amad-a-ermittlungsergebnisse-widerspruch-gutachterin> [eingesehen am 10.08.2020].

8 Vgl. Dernbach, Andrea: Polizeigewalt gegen People of Color? Gibt es auch in Deutschland, in: Der Tagesspiegel, 05.06.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/von-oury-jalloh-bis-achidi-john-polizeigewalt-gegen-people-of-color-gibt-es-auch-in-deutschland/25884422.html> [eingesehen am 12.08.2020].

dass nur die Mülldeponie bliebe: „Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“⁹ Vor allem in den sozialen Netzwerken sorgte die Formulierung für Furore, aber auch das politische Berlin geriet in Wallung: Horst Seehofer kündigte zunächst (in seiner Funktion als Innenminister) Strafanzeige gegen Yabhoobifarah an; eine Ankündigung, die er dann allerdings doch nicht in die Tat umsetzte. Dennoch hielt Seehofer das Empörungsniveau konstant, indem er einige Zeit später ankündigte, eine Studie über „Racial Profiling“ bei den Polizeibehörden sei unnötig, da dieses als Praxis gesetzlich verboten sei¹⁰ – und man könne schließlich nicht „jede Woche ein Wünsch-dir-was spielen.“¹¹

Polizeivertrauen: Nicht überall gleichermaßen hoch

In einer demokratischen Gesellschaft sind die Zurechenbarkeit und die Kontrolle des staatlichen Gewaltmonopols von großer Wichtigkeit. Die Polizei ist eine Institution, der in Umfragen regelmäßig hohes Vertrauen entgegengebracht wird. Seit 2016 schwankt in Erhebungen des Eurobarometers der Anteil an Befragten, die der Polizei „eher vertrauen“, jeweils um die 85 Prozent.¹² Auch in Niedersachsen – die primäre Forschungsregion für FoDEX – genießt die Polizei in der Bevölkerung großen Zuspruch. Laut Niedersächsischem Demokratie-Monitor 2019 (NDM) – dessen Ergebnisse mit einer Stichprobe von 1001 Fällen für die niedersächsische Wohnbevölkerung ab 16 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit repräsentativ sind¹³ – wird keiner Institution im Bundesland höheres Vertrauen entgegengebracht: 85 Prozent¹⁴ der Befragten schätzen dieses mit eher stark bis stark ein.¹⁵

Sind also Debatten, die der Polizei rassistisches Verhalten im Sinne von Racial Profiling unterstellen, angesichts dieses gesamtgesellschaftlichen Leumunds übertrieben? Die Argumente zur Abwehr einer Studie über Racial Profiling führen ja genau darauf hin: Die Polizei sei eine in weitesten Teilen untadelige Institution, die in der Bevölkerung hohe – und gemäß derartiger Umfragewerte – sogar höchste Anerkennung genieße und Polizist*innen erledigten ihren Job in der großen Mehrheit

- 9 Yaghoobifarah, Hengameh: All cops are berufsunfähig, in: taz, 15.06.2020, URL: <https://taz.de/Abschaffung-der-Polizei/!5689584/> [eingesehen am 28.07.2020].
- 10 Vgl. o. V.: Seehofer hatte Studie zu „Racial Profiling“ offenbar nie geplant, in: Der Tagesspiegel, 11.07.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/innenminister-verwundert-ueber-ankuendigung-seehofer-hatte-studie-zu-racial-profiling-offenbar-nie-geplant/25997106.html> [eingesehen am 10.08.2020]; Serif, Moritz/Lothar, Sophia: Racial Profiling: Horst Seehofer will keine Studie – selbst die Polizei findet das „peinlich“, in: Frankfurter Rundschau, 07.07.2020, URL: <https://www.fr.de/politik/horst-seehofer-studie-racial-profiling-polizei-rassismus-innenministerium-kritik-zr-90007238.html> [eingesehen am 10.08.2020].
- 11 O. V.: EU muss sich als Wertegemeinschaft begreifen, in: ARD Morgenmagazin, 07.07.2020, URL: <https://www.ardmediathek.de/daserste/video/morgenmagazin/seehofer-eu-muss-sich-als-wertegemeinschaft-begreifen/das-erste/Y3JpZDovL-2Rhcy2Vyc3RlLmRlL2lvcmdlbm1hZ2F6aW4vNDUIOT-k4ZDctNTcxZCOONTJlTk3MjktMTkxMDAwOGlyYjRi/> [eingesehen am 13.08.2020], ab Minute 5:00.

- 12 Vgl. European Commission: Wie sehr vertrauen Sie der Polizei?, in: Statista, 15.07.2020, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/377233/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vertrauen-in-die-polizei/> [eingesehen am 28.07.2020].
- 13 Vgl. Marg, Stine et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019. NDM 2019, Göttingen 2019, S. 7.
- 14 Die Nachkommastellen wurden bei allen Zahlen gerundet.
- 15 Vgl. Marg et al., S. 38 ff.

ohne Gründe zur Beanstandung zu liefern. Was Kritiker*innen der Polizei als Strukturproblem bezeichnen, sei vielmehr das Fehlverhalten einzelner Individuen.

Doch womöglich erfolgt die Abwiegung an dieser Stelle verfrüht: Im Umkehrschluss sind es ja immerhin 15 Prozent, die der Polizei weder vertrauen noch misstrauen, oder ihr sogar eher bis stark misstrauen. Es scheint also angebracht, genauer in die empirischen Daten zu schauen und differenziert zu fragen, in welchen Bevölkerungsgruppen sich dieses Misstrauen lokalisiert. Gibt es Auffälligkeiten und Schwerpunkte, die den Befund erhellen können? Zu diesem Zweck haben wir eine Sekundäranalyse der NDM-Daten des letzten Jahres durchgeführt, um zu eruieren, ob, und wenn ja, in welchem Ausmaß sich Auffälligkeiten zeigen. Dies schafft eine erste Basis, um darauf aufbauend eine weiterführende Diskussion über Polizeipraxen und sich etwaig daran anschließende Forschungsbedarfe zu führen. Betrachtet wurden hierfür Variablen, die Eigenschaften beschreiben, von denen vermutet wurde, dass sie mit einem höheren Misstrauen gegenüber der Polizei einhergehen. Dies betrifft Variablen zur politischen Selbsteinschätzung, der Wahlpräferenz, das Vorhandensein einer Migrationsbiografie, der Religionszugehörigkeit und Angaben zur Zusammensetzung des Freund*innenkreises. Diese wurden dann mit den Angaben bezüglich des Vertrauens gegenüber der Polizei kreuztabelliert, also in Beziehung gesetzt. Grundlage hierfür sind die Antworten auf die Frage 37 im Rahmen der Erhebung des NDM: „Im Folgenden nenne ich Ihnen Einrichtungen und Gruppen, denen man ver-trauen oder misstrauen kann. Sagen Sie bitte jeweils, ob Sie der Einrichtung oder Gruppe stark vertrauen, eher vertrauen, weder vertrauen noch miss-trauen, eher misstrauen oder stark misstrauen“.¹⁶

16 Siehe ebd., S. 61.

Differenziert man einerseits nach politischer Selbsteinschätzung und andererseits nach der letzten Wahlpräferenz, so misstrauen 7 Prozent jener, die sich als „sehr links“ einordnen und 11 Prozent der „sehr rechten“ der Polizei sehr stark. Ähnlich gehäuftes Misstrauen findet sich dann auch bei den Wähler*innen der AfD und der Linkspartei: Jeweils 12 bzw. 11 Prozent sind eher bis stark misstrauisch. Auffällig sind in dieser Hinsicht vielleicht noch die 6 Prozent der Wähler*innen der Liberalen, die der Polizei ebenfalls eher misstrauen. Dass es ausgerechnet die eher sehr links und sehr rechts eingestellten Menschen sind, die tendenziell ein stärkeres Misstrauen verspüren, ist nicht sonderlich überraschend.

Zu erwähnen ist, dass die Antworten von Personen, die selbst nicht im Ausland geboren wurden und – ebenso wie ihre Eltern – deutsche Staatsangehörige sind, jedoch mitunter als „nicht-deutsch“ gelesen werden und somit bisweilen auch Ziel rassistischer Handlungen sind, mit den Daten des NDM nicht gesondert dargestellt werden können.¹⁷ Zugleich bedeutet der statistische Ausweis eines Migrationshintergrunds auch nicht zwangsläufig, dass man als Individuum rassistisch adressiert wird, da man trotz eines Migrationshintergrundes durchaus als „deutsch“ gelesen werden kann.¹⁸ Weiterhin ist daran zu erinnern, dass im Sample nicht-deutsche Staatsbürger*innen

17 Unter diese Gruppe fallen Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die eventuell bereits seit Generationen in Deutschland leben, denen aber aufgrund äußerer Merkmale oder ihres Namens unterstellt wird, kein*e deutsche*r Staatsbürger*in zu sein. Siehe dazu auch die Debatte um den Hashtag #vonhier (vgl. Siebrecht, Ole: #vonhier. Diese Tweets zeigen, wie unangebracht die Frage „Und woher kommst du?“ ist, in: ze.tt, 25.02.2019, URL: <https://ze.tt/vonhier-diese-tweets-zeigen-wie-unangebracht-die-frage-und-woher-kommst-du-ist/> [eingesehen am 18.08.2020]).

18 Dies gilt etwa häufiger für Menschen aus skandinavischen Ländern, da diese seltener aufgrund äußerer Merkmale als nicht-deutsch gelesen werden.

nicht gesondert berücksichtigt wurden. Trotz dieser Einschränkungen gibt die Kategorie zur Abfrage des Migrationshintergrunds – auch in Ermangelung alternativer Daten – wichtige Hinweise: Immerhin äußern 10 Prozent der im Ausland Geborenen Misstrauen gegenüber der Polizei, ein um 5 Prozentpunkte größerer Anteil als unter den in der BRD Geborenen. Ist ein Elternteil nicht in der Bundesrepublik geboren, misstrauen 8 Prozent der Polizei, sind beide Elternteile im Ausland geboren, liegt der Wert mit 6 Prozent, die ihr misstrauen, geringfügig niedriger. Bezieht man das nähere Umfeld der Menschen in die Betrachtung mit ein, so fällt auf, dass jene, deren komplette Freund*innen- und Bekanntenkreise eine andere Nationalität haben als sie selbst, der Polizei mit über 18 Prozent eher misstrauen.¹⁹ Ähnlich hoch sind die Werte aber auch bei gewissen religiösen Gruppierungen: So sind es vor allem die Angehörigen nicht-christlicher Religionsgemeinschaften, die der Polizei misstrauen. Hier trifft dies auf mehr als jede fünfte Person zu (21 Prozent).

Der Individualisierungsfalle entgehen

Welche Schlussfolgerungen kann man daraus ziehen? Offenbar genießt die Polizei nicht bei allen Bürger*innen gleichermaßen viel Vertrauen. Vielmehr gibt es spezifische Bevölkerungsgruppen oder Milieus, die ein deutlich höheres Misstrauen empfinden, wenn sie sich im Rahmen einer Umfrage positionieren müssen. Die Gründe dafür können mannigfaltig sein, sie sind aus den Daten des NDM nicht zu ermitteln. Aber: Die Daten zeigen, so viel deutet bereits die kurze Durchschau an, dass hier Klärungsbedarf besteht, der wissenschaftlich adressiert werden sollte. Dies geschieht in einigen Fällen bereits. So hat beispielsweise das niedersächsische Innenministerium jüngst bekräftigt, auch ohne Beteiligung des Bundes

eine Studie zu Racial Profiling durchzuführen. Und das an der Ruhr-Universität Bochum angelegte Projekt KviAPol (Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen) widmet sich beispielsweise der Untersuchung von Polizeigewalt in Deutschland aus einer Betroffenenperspektive.²⁰ Auffällig sei hier, so die Autor*innen, die „besondere Erledigungsstruktur in Form besonders hoher [Verfahrens-]Einstellungsquoten und auffallend niedriger Anklagequoten“²¹, die einen Forschungsbedarf zur Erhellung des Dunkelfeldes indizierten. Beide Vorhaben adressieren das Missverhältnis von Gewaltpräsenz im Polizeidienst einerseits und die Thematisierung der Gewalt in den Leitbildern der Behörden andererseits.²²

Hinzu kommt, dass auch die Daten des NDM zeigen, dass es – neben den Menschen, die sich den verfeimten Rändern des politischen Spektrums zugehörig fühlen – vor allem Menschen nicht christlicher Religion und Menschen mit Migrationshintergrund sind, die gegenüber der Polizei ein höheres Misstrauen äußern. Das bekräftigt die Argumentation, dass Negativerfahrungen mit höherer Wahrscheinlichkeit in diesen Milieus erlebt werden – ganz so, wie es auch die Alltagserfahrungen vieler BIPOC nahelegen. Der Verweis auf den hohen Zuspruch gegenüber der Polizei als Institution ist also für eine kritische Diskussion von Gewalt oder auch Racial Profiling gerade nicht geeignet, weil er überwiegend von Personen artikuliert wird, die weniger wahrscheinlich Zielscheibe dieser Gewalt werden.

Das Misstrauen der betroffenen Milieus sollte ernst genommen werden, respektive: Überhaupt erst einmal dezidiert zu erheben. Bis-

19 Vgl. ebd., S. 13.

20 Vgl. Abdul-Rahman et al.: Die empirische Untersuchung von übermäßiger Polizeigewalt in Deutschland. Methodik, Umsetzung und Herausforderungen des Forschungsprojekts KviAPol, in: Kriminologie – Das Online-Journal, Jg. 1 (2019), H. 2, S. 231–249.

21 Ebd., S. 232.

22 Vgl. Behr, S. 25f.



Quelle: Lenz, Leonhard, 30.05.2020, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:BlackLivesMatter_protest_Berlin_2020-05-30_25.jpg

Abb 1: Protestierende bei einer Kundgebung gegen Rassismus und Polizeigewalt nach dem Mord an George Floyd vor der US-Amerikanischen Botschaft in Berlin am 20.05.2020.

herige Forschungsarbeiten, auch von FoDEx, haben gezeigt, dass in der Gesellschaft viel über marginalisierte Gruppen, aber verhältnismäßig wenig mit ihnen geredet wird. Aber nur durch die Würdigung der Perspektive von Betroffenen ist es möglich, das Spannungsverhältnis aufzulösen, das offenbar auf einer konzeptionellen Ebene fortbesteht: Racial Profiling als Praxis ist gesetzlich untersagt, dennoch gibt es immer wieder Schilderungen herabwürdigender, allem Anschein nach rassistisch motivierter Polizeipraxen. Gleichzeitig habe in der Außendarstellung der Behörden ein Wandel stattgefunden: Die Polizei werde nunmehr, so der Polizeiwissenschaftler Rafael Behr, sowohl von ihren Berufsverbänden, aber auch von den Polizeiführungen selbst als menschlicher, nahbarer und verwundbarer dargestellt. Die Aussage, hinter jeder Uniform stecke auch ein Mensch, brächte diesen Wandel auf den Punkt.²³ Dass Polizist*innen auch Menschen seien, so wendet der Politikjournalist Christian Bangel in einem Kommentar zum 15. Todestag von Oury Jalloh ein, sei allerdings gerade das Problem.²⁴ Bangels Einwurf verweist auf einen

Sachverhalt, der in der Diskussion bisweilen zu übersehen werden droht: Polizist*innen sind – als Menschen – untrennbar in gesellschaftliche Strukturen eingebunden.

Konsequent zu Ende gedacht bedeutet dies, dass Polizist*innen nicht nur in ihrem uniformen Gefüge betrachtet werden dürfen, sondern auch als individuelle Teile kollektiver Gesellschaftszusammenhänge. Als solche bedienen sie sich bestimmter Sinn- und Deutungsmuster, die sich innerhalb spezifischer politisch-kultureller Mentalitätsströme, Sozio- sowie Deutungskulturen wiederfinden lassen. Deswegen gilt es zweierlei in seiner Wechselseitigkeit umfassend zu ergründen: Auf der einen Seite die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung der Polizei (und somit auch die Wahrnehmung der durch Racial Profiling Betroffenen), auf der anderen das „polizeiliche Gegenüber“ an sich – beides eingebettet in staatliche, aber auch politisch-kulturelle Strukturen, die sich auch durch ihren problematischen Umgang mit Multikulturalität und

23 Vgl. ebd., S. 25.

24 Vgl. Bangel, Christian: 15 Jahre Schande, in: Zeit Online, 07.07.2020, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-07/fall-oury-jalloh-gescheiterte-aufklaerung-behinderung-justizministerium-polizeirevier-dessau> [eingesehen am 12.08.2020].

Vielfalt auszeichnen. Hinter vordergründigen Bekenntnissen zur multikulturellen Gesellschaft verbergen sich häufig handfeste Ressentiments, die sich in abwertenden Ungleichwertigkeitsaussagen manifestieren.²⁵ Dies verweist auf eine gesamtgesellschaftliche Dimension, die konzeptionell zu berücksichtigen ist, wenn man das Augenmerk auf problematisches Polizeiverhalten und potenziell milieubedingt variierende Misstrauenswerte legt.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Bernd Belina, Professor für Humangeographie in Frankfurt, wenn er den Begriff des Racial Profiling als ungeeignet und verharmlosend kritisiert: Gängige Definitionen des Begriffes zielten einerseits ausschließlich auf die Hautfarbe der Betroffenen ab und individualisierten andererseits das Fehlverhalten der Polizist*innen. Da-

durch gerieten intersektionale Wirkungsweisen – also das Zusammenwirken verschiedener sozialer Faktoren wie class, race und gender – und die Raum- und Ortsgebundenheit bestimmter Kontrollpraxen ebenso aus dem Blick wie die gesellschaftliche, strukturelle und damit letztlich auch institutionell verankerte Dimension herabsetzender und rassifizierender Deutungsmuster.²⁶

So sehr es zutreffen mag, dass die große Mehrheit der Polizist*innen ihre Aufgaben gewissenhaft und ohne Anlass zur Beanstandung zu liefern verstehen, so wenig entbindet diese Feststellung – und die Abwälzung auf Einzelfälle – sowohl die Institution Polizei als auch Politik, Wissenschaft und Gesellschaft von der Erkenntnis, dass die Bundesrepublik eine Gesellschaft ist, in der rassistische Deutungsmuster weit verbreitet sind. Dies offen zu benennen, muss am Anfang jeder Forschung über etwaiges behördliches Fehlverhalten stehen – und nicht erst an seinem Ende. Die Tatsache, dass eine Petition zur Durchführung einer Studie zum Thema Racial Profiling die notwendige Zahl an Unterschriften erreicht hat, damit sie im Petitionsausschuss behandelt werden muss, deutet an, dass die Debatte weitergehen wird,²⁷ zu der qualitative politische Kulturforschung ihren Beitrag leisten kann, indem sie Deutungskulturen erfasst und gesellschaftliche Tiefenbohrungen vornimmt.

25 Vgl. Marg, Stine: Nach Pegida – Politische Orientierungen jungen Menschen, in: Bögelein, Nicole/Vetter, Nicole (Hrsg.): Der Deutungsmusternsatz. Einführungen – Erkenntnisse – Perspektiven, Weinheim 2019, S. 107–127, hier S. 120–126.



Annemieke Munderloh, B.A., geb. 1994, studiert Soziologie im Master an der Universität Göttingen und ist seit März 2017 studentische Hilfskraft an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



Christopher Schmitz M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind historische und kulturelle Grundlagen des Internets sowie Protest- und politische Kulturforschung.

26 Vgl. Belina, Bernd: Der Alltag der Anderen: Racial Profiling in Deutschland?, in: Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Sicherer Alltag? Politiken und Mechanismen der Sicherheitskonstruktion im Alltag, Wiesbaden 2016, S. 123–146, hier S. 132–135.

27 Vgl. o. V.: Seehofer wollte keine Rassismus-Studie – dank Petition könnte sie jetzt trotzdem kommen, in: watson.de, 16.08.2020, URL: <https://www.watson.de/deutschland/politik/910613714-seehofer-wollte-keine-rassismus-studie-mit-petition-koennte-sie-jetzt-trotzdem-kommen> [eingesehen am 17.08.2020].

Linke Militanz

Erkaltete Asche

Die radikale Linke in ihrer
niedersächsischen Hochburg

Matthias Micus

Dieser Text ist eine gekürzte Version des Aufsatzes „Unterm Brennglas – Facetten des linken Radikalismus in Göttingen“, der voraussichtlich Ende 2020 erscheint Vgl.: Micus, Matthias; Pflücke, Tom; Scharf, Philipp: Unterm Brennglas – Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander; Gmeiner, Jens; Schenke, Julian; Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem: Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2020, S. 225–270.

Die Sicherheitsbehörden verbreiten alarmierende Botschaften. Neben den rechtsextremistischen Straftaten sei, so der Verfassungsschutz, besonders die Zahl linksextremistischer Vergehen in Deutschland im Jahr 2019 deutlich gestiegen. Mehr als 6.400 Taten von Linken hat der Dienst nach eigener Aussage registriert, was einem Plus gegenüber dem Vorjahr von spektakulären vierzig Prozent entspricht – wobei sich die Gesamtzahl im Vergleich zu den mehr als 22.300 Taten mit rechtsextremistischem

Hintergrund freilich einigermaßen bescheiden ausnimmt.¹

Sorgen bereiten den Behörden nicht allein die nackten Zahlen. Im Zuge ihres „antifaschistischen Kampfes“, sekundiert das Bundeskriminalamt, hätten sich Teile der äußersten Linken darüber hinaus bedenklich radikalisiert. Infolgedessen sei die Ablehnung von Gewalt gegen Menschen brüchig geworden, könne bei körperlichen Übergriffen gegen politische Gegner auch ein „Tötungsvorsatz“ mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen werden. Das BKA stützt sich auf ein vertrauliches Lagebild, demzufolge die Übergriffe auf Rechtsextremisten seit Anfang 2019 eine „neue Qualität“ erreichen und insbesondere die Autonomen so kompromisslos wie enthemmt agieren würden, weshalb in Einzelfällen auch „von einem bedingten Tötungsvorsatz“² auszugehen sei. Hans-Gerd Jaschke schließlich, Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin und grundsätzlich kein reaktionärer Eiferer, spricht gar von einer neuen Form von „Militanz, die eine gewisse terroristische Qualität entwickelt“³ habe und auf die Staat und Gesellschaft sowohl repressiv als auch präventiv zu reagieren hätten.

Was nun für die radikale Linke allgemein gilt, sollte sich in ihren universitätsstädtischen

Zentren wie unter einem Brennglas gebündelt zeigen. Eine solche Hochburg dürfte Göttingen zweifelsohne sein, wofür sich zahlreiche Indizien finden lassen. So erklärte im Mai 2013 der damalige Göttinger Polizeipräsident Robert Kruse in Bezug auf die Stadt und den Landkreis Göttingen, dass dieser Bereich – im Übrigen „nach wie vor“ – einen regionalen Brennpunkt linksmotivierter Straftaten in Niedersachsen darstelle. Zwar habe die Zahl der Delikte von 112 im Jahr 2011 auf 96 im Jahr 2012 abgenommen, dennoch sei dies niedersachsenweit unverändert der höchste Wert aller Polizeiinspektionen. Selbst in der Großstadtregion Hannover habe es mit 67 Straftaten deutlich weniger linksmotivierte Delikte gegeben als in Göttingen.⁴ Weiterhin schrieb im Juli 2017 die Süddeutsche Zeitung, die „Universitätsstadt in Niedersachsen“ sei „seit Jahrzehnten ein Kampfplatz“ zwischen staatlichen Behörden und linken Radikalen. Die „aus dem Widerstand gegen Gorleben oder Brokdorf“ gewachsene „autonome Szene“ erschien dem Blatt derart stark, dass sie Göttingen in ihrem unter dem Eindruck der Krawalle beim G20-Gipfel in Hamburg verfassten Artikel als deutsche „Hochburg der Autonomen“⁵ in eine Reihe mit Hamburg, Berlin und Leipzig stellte.

Mithin: Schon ein derart cursorischer und flüchtiger Blick auf die Geschichte der südniedersächsischen Stadt mit ihrer radikalen Linken, die zwar ihre Gruppennamen und Organisationsstrukturen, ihre Aktionsformen und Kleidungs-codes beständig wechselt und insgesamt in einer verwirrenden Vielfalt oftmals kleinster, bisweilen allenfalls noch spora-

1 O. V.: Mehr Extremisten in Deutschland, in: Tagesschau.de, 30.07.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-extremismus-101.html> [eingesehen am 07.08.2020].

2 O. V.: Linksextremisten gehen brutaler gegen politische Gegner vor, in: Die Welt, 07.08.2020, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article213107488/BKA-Linksextremisten-gehen-gewalttaetiger-gegen-politische-Gegner-vor.html> [eingesehen am 08.08.2020].

3 O. V.: Extremismus: Wie stellen sich Linksradikale eine Gesellschaft vor?, in: WDR, 30.07.2020, URL: <https://www1.wdr.de/nachrichten/linksradikale-ziele-und-gewaltbereitschaft-100.html> [eingesehen am 08.08.2020].

4 Polizeidirektion Göttingen: Anstieg von rechter und linker Gewalt/ Polizeidirektion Göttingen veröffentlicht Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität, Pressemitteilung, 08.05.2013, in: goettinger-tageblatt.de URL: <https://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Mehr-linke-Gewalt-in-Goettingen> [eingesehen am 24.11.2019].

5 Schneider, Jens et al.: Die Hochburgen der Autonomen, in: Süddeutsche Zeitung, 13.07.2017.

disch aktiver Zusammenschlüsse schillert, aber über alle Wechselfälle des politischen Lebens hinweg an ihrer Grundorientierung auf Klassenkampf, Revolution, Kommunismus festgehalten hat – schon eine dermaßen oberflächliche Draufsicht also auf den hiesigen Linksradikalismus lässt die Rede von Göttingen als einer linksradikalen Hochburg berechtigt erscheinen.

Doch stimmt das? Betrachten wir zu diesem Zweck beispielhaft drei Protestmomente näher, die für Göttingen in der Vergangenheit bedeutsam und jeweils durch einen hohen Grad von Militanz gekennzeichnet waren: die Anti-AKW-Bewegung ab Mitte der 1970er Jahre, die Hausbesetzungen zu Beginn der 1980er Jahre und den autonomen Antifaschismus in den ausgehenden 1980er und frühen 1990er Jahren.

Die harten Bandagen bundesrepublikanischer Militanz

Die Göttinger Anti-AKW-Aktivisten erarbeiteten sich in den späten 1970er und frühen 1980er bis weit über die Stadtgrenzen hinaus eine durchaus prominente Stellung in der Gesamtbewegung. Dies lag auch an der 1977 vom Arbeitskreis gegen Atomenergie gegründeten Zeitschrift *Atom Express*, in dessen Redaktion es nicht selten turbulent zugeht aufgrund von Streitigkeiten, die u. a. aus Personalwechseln, Klagen über „Macker-Strukturen“ und gestörten politischen Diskussionen resultierten.⁶ Der *Atom Express* war ein meinungsbildendes Periodikum⁷ in der Anti-AKW-Bewegung und zeitweise ihre „größte und einflussreichste Pub-

likation“⁸, was die bewegungsinterne Rangstellung der Göttinger hob und festigte.

Im März 1977 kam es in Grohnde, an der Weser gelegen, rund 85 km von Göttingen entfernt, zur „bis dahin militantesten Großaktion der Bewegung“⁹, nachdem schon zuvor die Demonstrationen in Brokdorf zwischen Ende 1976 und Anfang 1977 als „Gründungsereignis“ für den militanten Protest der Neuen Linken gegen Atomkraftanlagen und deren Bauplätze gewirkt hatten. Diese „bisher härteste Schlacht um ein Kraftwerk“, so der Spiegel, geriet zu einem „bösen Massaker“.¹⁰ Beide Seiten, Polizei und Demonstranten, so die Erinnerung eines Göttinger Aktivisten, hätten in einem bisher nicht gekannten Maße Gewalt angewendet.¹¹

Während im Nachhinein nicht unumstritten blieb, welche ML-Gruppierung maßgeblich dafür verantwortlich zeichnete,¹² steht fest, dass der Angriff auf die schwer befestigte Baustelle akribisch vorbereitet, professionell koordiniert und diszipliniert ausgeführt wurde. Um abermals den Spiegel zu zitieren: „So militärisch perfekt wie die Orders waren auch Gerät und Gehabe der Angreifer beim Versuch, den Bauplatz zu okkupieren. Uniformiert mit gelbem Ölzeug, das Kennzeichen ihrer Einheit auf dem Rücken („Bi 5“, „H 1“), Plastik- oder Stahlhelm auf dem Kopf, Gasmasken, zumindest Taucher- oder Schwimmbrille vor dem Gesicht, Schutzschilde aus Holz, Plastik oder Mülltonnendeckel in der einen, Knüppel, Spitzhacken, Beutel mit

6 Vgl. o. V.: In eigener Sache – gibt es den *Atom Express* noch?, in: *Atom Express*, H. 16/1979, S. 3.

7 Vgl. Reichardt, Sven: *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014, S. 167.

8 Paul, Reimar: In *Bewegung. 1976 bis 1984. Turbulente Jahre in Göttingen*, Göttingen 2018, S.60.

9 Redaktion *Atom Express* (Hrsg.): ...und auch nicht anderswo!. *Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung*, Göttingen 1997, S. 57.

10 O. V.: Böses Massaker, in: *Der Spiegel*, 28.03.1977.

11 Vgl. Paul: In *Bewegung*, S. 44.

12 Der KB reklamierte die führende Rolle für sich. Vgl. Steffen, Michael: *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1970–1991*, Marburg 2002, S. 187.

Steinen oder nur ein Walkie-Talkie in der anderen Hand, rückten sie gegen das Objekt vor. Dort angelangt, lief alles wie eintrainiert: Ganz vorn die ‚Knabberer‘ (Polizei-Ausdruck) machten sich mit Schweißbrennern und elektrischen Stahlsägen ans Werk, die ‚Eindringgruppen‘ dahinter schmissen Wurfanker an Seilen auf den Bauzaun, den ‚Feuerschutz‘ besorgten Trupps im dritten Glied mit Steinwürfen.“¹³

In Grohnde hatten die auswärtigen, nicht zuletzt aus dem südniedersächsischen Göttingen angereisten Radikalen Anfang 1977 das Heft des Handelns an sich gerissen. Ob durch die Unterwanderung der Bürgerinitiative vor Ort, wie der niedersächsische Verfassungsschutz behauptete, oder durch minutiöse Vorfeldabsprachen, die es ihnen erlaubten, die Demonstration am 19. März 1977 – eine Demonstration, die besonders gewalttätig verlief und als „Schlacht um Grohnde“ in die Geschichtsbücher einging – nach ihren Vorstellungen zu steuern, sei einmal dahingestellt.

Der Radikalismus war in den 1970er Jahren in der Anti-AKW-Bewegung wesentlich städtisch, jung und akademisch – und für die Universitätsstadt Göttingen galt das Übergewicht formal hochgebildeter Aktivisten erst recht. Es ist augenfällig, wie sehr Universitätshörsäle ebenso wie der geisteswissenschaftliche Campus als Veranstaltungsorte der Anti-AKW-Bewegung genutzt wurden. Ein sprechender Hinweis auf die Rolle linker Studierender in der Anti-AKW-Bewegung im Jahr 1977 war beispielsweise die Solidaritätsadresse des Protestcamps an Pfingsten in Grohnde für den Göttinger AStA, der zu dieser Zeit nicht nur wegen der Mescalero-Affäre – also dem öffentlichen Aufschrei über den unter dem Pseudonym Mescalero in der AStA-Zeitung göttinger nachrichten publizierten Nachruf auf Siegfried Buback – unter Druck stand, sondern außerdem eben

auch wegen seiner Demonstrationsaufrufe nach Brokdorf und Grohnde.¹⁴

Auch im Göttinger Häuserkampf wurde wenige Jahre später mit harten Bandagen gekämpft. Jedenfalls: Mit dem anfänglichen Häuserkampf-Modus des kommunalpolitischen Arrangierens eher denn radikalen Systemoppo- nieren und des Bewahrens über Jahrhunderte gewachsener Baustruktur eher denn freudigen Begrüßens progressiven Städteumbaus war es im Oktober 1980 endgültig vorbei. Der Göttinger Häuserkampf flammte militant auf, als zu Beginn des Wintersemesters in der Alten Mensa die „Bunte-Liste-Initiative“ ein Solidaritätsfest unter dem Motto „Dach überm‘ Kopf“ veranstaltete. Auf diesem habe das Gerücht einer Hausbesetzung die Runde gemacht – bis hin zur Polizei, die daraufhin die Veranstaltung observierte.¹⁵ Darüber entstandener Missmut unter den Feiernden äußerte sich in einem kurzerhand umgeworfenen Streifenwagen, was wiederum das rabiate Eingreifen der Sicherheitsbehörden provozierte. Diese und weitere Scharmützel mit der Polizei hatten keinen geringen Anteil daran, dass die Häuserkämpfer von staatlicher Seite als zunehmend gewaltbereit qualifiziert und – oft undifferenziert – kriminalisiert wurden. In der Nacht besetzten dann etwa 200 Personen die alte Zahnklinik in der Geiststraße.

Als am Abend des 19. Oktober 1980 die Räumung bevorstand, glich „die Szene [...] einem Bürgerkriegsmanöver“¹⁶. Höhepunkt der Es-

14 Vgl. Walter, Franz: Fluch der klammheimlichen Freude. Die Mescalero-Affäre 1977, in: Nentwig, Teresa/Walter, Franz (Hrsg.): Das gekränkte Gänseliesel, Göttingen 2016, S. 215–227; Paul: In Bewegung, S. 58.

15 Vgl. o. V.: Dokumentation – ein halbes Jahr Abriss- und Polizeistadt Göttingen, Göttingen o. J., S. 3, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/BRS/Goettingen_Hausbesetzung_1980-1981.shtml [eingesehen am 24.07.2019].

16 O. V.: „sonst gibt es keine Ruhe mehr!“, in: Göttinger Stadtzeitung, November 1980, S. 19.

13 O. V.: Böses Massaker.

kalation war eine „Scherbendemo“ durch die Innenstadt.¹⁷ Diese zweifelsohne neue Militanzqualität in der Göttinger Häuserkampfzene während der Besetzung der Zahnklinik stieß in der Folge auf „heftige Reaktionen“ der „bürgerlichen Öffentlichkeit“¹⁸ und vertiefte die Spaltung und Fraktionierung innerhalb der Göttinger Häuserkampfzene entlang der Linien Gewaltakzeptanz und Verhandlungsbereitschaft.

In einer Zeit, in der „neue Praxen des Da-gegenseins“¹⁹ entwickelt wurden und auch in Göttingen die sukzessive Zunahme einer konfliktorientierteren Partizipationskultur und damit zusammenhängend ab spätestens 1979/80 das Aufkommen deutlich veränderter Protestformen sich beobachten ließ, war der Typus des autonomen Häuserkämpfers als Teil der linken militanten Szene der neue prägende Akteur auf der Bühne. Er handelte nicht nur um der spontanen Besetzung willen, er suchte die Konfrontation mit der Polizei regelrecht als Selbstzweck, Gewaltbereitschaft gehörte wesentlich zu seinem Selbstverständnis. Damit rückte ein Teil der Göttinger Häuserkampfzene vom kommunalpolitischen Ziel der Wohnraumerhaltung ab und verstand Häuserkampf von nun an als systemoppositionelles und kompromissloses Handeln um „Aktionsraum“²⁰, das allein dem Imperativ des Selbstreferenziellen, des Selbstzweckes, ja der Gewalt zu unterliegen schien.

Dabei eskalierten Protestaktionen auch (oder gerade) damals nicht selten durch unverhält-

nismäßig rabiate oder gewaltsame Polizeieinsätze.²¹ Der Anstieg des Gewaltniveaus zwischen der Polizei und dem militanten Teil der Göttinger Häuserkampfzene erreichte seinen Gipfelpunkt schließlich zu Silvester 1980/81, als es in der Friedrichstraße zu schweren Ausschreitungen kam, nach Ansicht des Göttinger Blick sogar die „schwersten Krawalle der Nachkriegsgeschichte“ in Göttingen.²² Am Beispiel Friedrichstraße lässt sich gut veranschaulichen, wie es innerhalb der Häuserkampfzene aussah: die dortige Wohnraumbesetzung sei dominiert gewesen von „Autonomen“ und „Antiimperialisten“ mit „fließenden Grenzen zum RAF-Umfeld“, die die „militärische Konfrontation“ mit der Stadt gesucht und Militanz als Ziel und Selbstzweck verstanden hätten.²³

Autonome und Postautonome

Als eine Hochphase der Göttinger autonomen Szene – deren Aktivisten in einer lockeren Traditionslinie stehen, die vom antiautoritären Flügel des SDS über die undogmatischen Basisgruppen, die Spontis, Anarchos und am italienischen Operaismus orientierten Gruppierungen bis hin zu den „Nichtverhandler“-Fraktionen der Hausbesetzerbewegung und dem militanten Flügel der Anti-AKW-Bewegung in den 1970er Jahren reicht – werden gemeinhin die späten 1980er Jahre angesehen, mit Ausläufern in die anschließende Dekade hinein. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gab es in Göttingen vermehrt Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen, autonomen Antifaschisten und der Polizei. Die Autonomen erregten durch militantes Gebaren, Schwarze Blöcke oder die bereits erwähnten „Scherben-

17 Vgl. die Beschreibung der Szene bei Paul: In Bewegung, S. 161.

18 Ebd.

19 Vgl. Saldern, Adelheid von: Integration und Fragmentierung in europäischen Städten. Zur Geschichte eines aktuellen Themas, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 46 (2006), S.3–60, hier S. 16.

20 Vgl. Strauß, Daniel: Wohnraum kontra Aktionsraum. Der Häuserkampf in Göttingen, in: Horn, Sabine et al. (Hrsg.): Protest vor Ort. Die 80er Jahre in Bremen und Göttingen, Essen 2012, S. 251–288, hier S. 286 f.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. o. V.: Acht Tage nach den blutigen Krawallen: Vieten gerät unter politischen Druck. Regierung greift ein!, in: Göttinger Blick, 08.01.1981.

23 Vgl. Paul: In Bewegung, S. 185.

demos“, also Demonstrationen, bei denen planvoll Sachschäden verursacht und vorzugsweise Schaufensterscheiben eingeworfen werden, dabei nicht nur niedersachsen-, sondern bundesweit Aufmerksamkeit.²⁴

Seit 1990 – mittlerweile waren die Nachteile des autonomen Politikverständnisses hinreichend deutlich geworden, vor allem die geringe organisatorische Kontinuität und personelle Bindekraft der Szene, der auch daraus resultierende permanente Verlust von Erfahrungswissen, dessen Folge wiederum sich ständig unproduktiv im Kreis drehende Diskussionen waren, sowie der strategisch wirkungslose Symbolcharakter autonomer Demonstrationspolitik – warb dann an führender Stelle die Autonome Antifa (M) aus Göttingen für eine Neuausrichtung autonomer Politik.²⁵ Die Bestrebungen u. a. der Antifa (M) mündeten 1992 in dem Bündnis AA/BO, Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation. Die AA/BO betrieb eine Bündnispolitik in die Mitte der Gesellschaft und eine aktive Medienpolitik, um über die engen Szenegrenzen hinaus auszustrahlen – und stellt insofern einen Vorläufer der zwei post-autonomen Bündnisse dar, die heute zu den zentralen Akteuren des autonomen Linksradikalismus gezählt werden: Die Interventionistische Linke (IL) und das „ums-Ganze“-Bündnis.

Mit ihrer Ablehnung geschlossener Großtheorien, ihrer Aktionsorientierung und Selbstverwirklichungsmaxime stehen die (Post-)Autonomen von allen ihren Vorläuferströmungen am stärksten in der Tradition der undogmatischen Spontis der 1970er Jahre. Das gilt nicht zuletzt auch für die Neigung beider Ausdrucksformen

des linken Radikalismus, gezielt die vorgegebenen Regeln zu brechen, die direkte Konfrontation mit der Staatsgewalt nicht zu scheuen und der disziplinierten, in Reih und Glied geordneten Massendemonstration dem unberechenbaren Formenreichtum einer unkoordinierten Kleingruppentaktik vorzuziehen. Infolgedessen galten (und gelten) die Spontis wie später die Autonomen als Matadore eines aufständischen Anarchismus, auch Insurrektionalismus genannt, und mithin der linken Militanz.

Revolutionäre Asche statt insurrektionalistischer Glut

Von dem Göttinger Ableger der Spontis, der „Bewegung undogmatischer Frühling“, kurz: BUF, gibt es nun ein interessantes Dokument, welches in seinem Erscheinungsjahr 1977 deutschlandweit eine enorme mediale und politische Resonanz erzeugte und das nicht zuletzt aufschlussreiche Passagen zum Gewalt- und Militanzverständnis enthält. Es handelt sich um den Nachruf des Mescaleros alias Klaus Hülbrock auf den zuvor von der Roten Armee Fraktion (RAF) erschossenen Generalbundesanwalt Siegfried Buback.²⁶ So kritisiert Hülbrock die Delegitimierung linker Radikalität durch die Mordanschläge der RAF, die wie eine Aufstandsbekämpfung „andersherum“ wirken würden, da sie die Gegenseite zu umso härterem Vorgehen gegen linke Systemkritiker veranlassten und einen „unfreiwilligen Beitrag dazu [leisteten], sie fertig zu machen“. Er beschreibt sodann die selbsterstörerischen Dynamiken des Lebens im Untergrund, ständig gejagt und gesucht, „abgeschnitten von alltäglichen persönlichen und politischen Zusammenhängen“, zu ständiger Konspirativität gezwungen, selbst die simpelsten Gewohnheiten,

24 Vgl. Hoeft, Christoph/Rugenstein, Jonas: „Göttingen Bullenstadt, wir haben dich zum Kotzen satt.“ Die JuZI-Razzia vom Dezember 1986 und ihre Folgen, in: Nentwig/Walter (Hrsg.): Das gekränkte Gänseliesel, S. 250–261, hier S. 251.

25 Vgl. f.e.l.s.: Heinz-Schenk-Debatte, URL: <http://fels.nadir.org/de/heinz-schenk> [eingesehen am 13.12.2019].

26 Hierzu und im Folgenden Agnoli, Johannes et al. (Hrsg.): „Buback – ein Nachruf“, Juni 1977, URL: https://socialhistoryportal.org/sites/default/files/raf/0019770519_0.pdf [eingesehen am 11.01.2020].

wie einkaufen gehen, Müll wegbringen, Filme schauen, sind mit dem Risiko der Enttarnung und Verhaftung verbunden.

Damit einher gehe die Verengung des Denkens auf „Logistik und Ballistik“ und eine Enthumanisierung der Akteure, die doch ursprünglich durch die Empörung über allfällige Ungerechtigkeiten in den Untergrund gegangen sind, nun aber bei ihren Anschlägen nicht zuletzt „in Kauf nehme[n], daß auch ein anderer dabei draufgeht, ein dritter vielleicht querschnittsgelähmt sein wird etc.“ Für die radikale Linke konstatiert Hülbrock vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit, den Zusammenhang von Zielen und Mitteln immer im Blick zu behalten – und wiederholt damit ein Argument der Apologeten des gewaltlosen Widerstands, die auch schon zu jener Zeit mit Vorliebe darauf verwiesen, dass eine gewaltfreie Zukunftsgesellschaft sich nicht gewaltvoll gleichsam herbeibomben ließe. Als tödliche, Menschenleben riskierende Gewalt versteht Hülbrock linke Militanz mithin nicht, der „Weg zum Sozialismus“ dürfe „nicht mit Leichen gepflastert werden“.

Hülbrocks Buback-Nachruf dürfte ein Schlüsseldokument des Gewalt- und Militanzverständnisses der Spontis und Autonome wie Postautonome verbindenden militanten Linken seit den ausgehenden 1970er Jahren sein. Wenngleich die seither dominante Bestimmung von Militanz in der radikalen Linken eine terroristische Gruppe wie die RAF in ihre Versuche der Traditionsbildung regelmäßig mit einbezieht und sich hieran wie auch andernorts die Sogwirkung des noch Radikaleren auf Radikale und die zumindest verbale Bewunderung der Letzteren für die Ersteren zeigt, jene also, die bis zum Äußersten gegangen sind und für den linken Kampf ihre Zukunftsperspektiven und oftmals auch ihre Leben geopfert haben.

Solcherart Empfindungen dürften auch die Aktivisten der Göttinger postautonomen Gruppe Antifaschistische Linke International (A.L.I.) bewogen haben, als sie im Jahr 2017 aus Anlass des 40. Jahrestages der „Offensive

77“ – gemeint sind die Morde an Buback, dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank Jürgen Ponto und dem Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer sowie die Entführung der Luft-hansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu – auf ihrer Website einen Text mit dem Titel „Die RAF ist Teil unserer Geschichte“ verlinkten.²⁷ Hierin heben sie „unsere Verbundenheit mit den GenossInnen der RAF“ hervor, sehen sich im Kampf gegen den früher wie heute gleichen Staat „auf der gleichen Seite der Barrikade“ stehend und „verneigen“ sich „vor den GenossInnen, die in diesem Kampf ihr Leben gegeben haben“.

Als besonders vorbildlich erscheint jenen, die bei aller Radikalitätsromantik diese Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst nicht aufbringen, die „konsequente Haltung“ der RAF-Mitglieder, die „bewusst das Angebot der privilegierten Teilhabe im imperialistischen Zentrum ausgeschlagen [haben]“ und den „Bruch mit diesem System eingegangen [sind]“. Pathetisch heißt es: „Ihr Opfer galt auch unserer Befreiung. Das werden wir niemals vergessen.“ Und geradezu ölig salbungsvoll: „Der Kampf geht weiter!“, auch im Original mit Ausrufezeichen.

Zugleich betont aber auch die A.L.I., dass die RAF mit ihrer „Blutsfehde“ gegen die Bundesrepublik „gescheitert“ sei, als „Impulsgeber und Schutz für Bewegung auf der Straße“ versagt habe und sie „ihrer eigenen Theorie nicht gerecht“ geworden wäre. „Theorie und Praxis der RAF“ seien deshalb „nicht die unseren“. Obendrein wirft die A.L.I. selbst in diesem schwülstig triefenden Text das unverändert fortbestehende Problem der „Frage der Mittel“ auf, deklariert auch sie, dass der Zweck die Mittel nicht heiligt und erkennt den „Widerspruch zwischen dem Ziel einer gewaltfreien, befreiten

27 Hierzu und im Folgenden Antifaschistische Linke International (A.L.I.): Die RAF ist Teil unserer Geschichte, URL: <https://www.inventati.org/ali/index.php/archiv/solidaritaet/2024-die-raf-ist-teil-unserer-geschichte.html> [eingesehen am 23.02.2020].

Gesellschaft und der zu ihrer Errichtung notwendigen Gewaltausübung“.

Sowieso gilt: Wenn Militanz im engeren Sinne nicht nur eine geheime Vorbereitung der gruppenbezogenen Unternehmungen impliziert und allerlei Schutzvorkehrungen gegen Spitzel; wenn sie vielmehr eine streng hierarchische Gliederung voraussetzt und eine strikte Ausrichtung an Befehls-Gehorsams-Verhältnissen in einer regelrechten Guerilla-Organisation; wenn sie die so agierenden Gruppen jede Offenheit für Kritik und Entscheidungsfindungen von unten nach oben einbüßen lässt und den involvierten Einzelnen jeder Möglichkeit beraubt, aus der militanten Organisation im Fall von unüberbrückbaren Differenzen wieder auszutreten, da jeder Abtrünnige aus Sicherheitsgründen als potentieller Verräter betrachtet und behandelt werden muss; und wenn dieser aus Sicherheits- und Verfolgungsgründen gruppenintern ebenso radikale wie inhumane Umgang miteinander im Fall des Verdachtes auf Verrat oder Befehlsverweigerung die bloße Alternative Freispruch oder Todesstrafe lässt, geurteilt von als „Militärgericht“ selbstdeklarierten Gruppenausschüssen – wenn dies oder Ähnliches, wie der Politikwissenschaftler Theodor Ebert definiert hat, eine gewaltausübende militante Organisation kennzeichnet, dann sind alle gegenwärtig bestehenden Göttinger Gruppen denkbar weit davon entfernt, systematisch gewalttätige Zusammenschlüsse zu sein.²⁸

Das bedeutet dann aber, dass die oft beschriebenen Folgen der Gewaltanwendung für die Aktivisten der gewaltausübenden Gruppe – als da wären die der Gewalt notwendig zugrundeliegende Verabsolutierung des eigenen Standpunktes als richtig, die Überzeugung, selbst ebenso vollständig im Recht zu sein wie der Gegner im Unrecht, ebenso wie die aus der Gewaltausübung resultierenden „pathologischen

Lernprozesse“, welche zur Ausblendung wichtiger Informationen und perspektivisch zur Gewaltanwendung nicht bloß gegen ausgemachte Gegner, sondern auch gegen „sympathisierende Kritiker“ führen – vermutlich auf die Göttinger Gruppen der radikalen Linken nicht oder doch nur sehr eingeschränkt zutreffen.

Annahmen dieser Art zur nurmehr eingeschränkten Militanz, ja Militanzfähigkeit, der radikalen Linken in der südniedersächsischen Universitätsstadt werden strukturell untermauert durch die gut ausgebaute Infrastruktur linker Projekte, auf welche die (post)autonome Szene zurückgreifen kann. „Diese Orte“, so Florian Schmidt, „sind keine genuin autonomen Orte, die einfach aus losen Netzwerken entstehen und im Rhythmus der autonomen Bewegung mal hier auftauchen und dann wieder verschwinden. Sie sind zwar von einem subjektivistischen Politikverständnis geprägt, das den Wandel der Gesellschaft auch primär als Revolution des eigenen Lebensumfeldes versteht, aber das Militanz-Kriterium, das immer wieder als Charakteristikum der autonomen Bewegung angeführt wird“, werde von ihnen – und das gelte auch für die zentralen Szene-Orte wie das JuZI, den T-Keller und den Buchladen Rote Straße – „nicht erfüllt“.²⁹

Als mustergültiges Symbol für den Charakter des Göttinger Linksradikalismus dürften die Vorgänge rund um die Besetzung und Legalisierung des ehemaligen Gewerkschaftshauses in der Obere-Masch-Straße 10 genannt werden können – gerade auch vor dem Hintergrund der Geschichte des Göttinger Häuserkampfes. Am 5. November 2015 besetzte eine Gruppe von Aktivisten das Haus, um „praktische Solidarität“ mit jenen zu üben, „die auf der Suche nach menschenwürdigen Lebensbedingungen nach Europa geflohen sind“. In den Räumen des leerstehenden, aber im Besitz des DGB befindlichen Hauses wurden von den Aktivis-

28 Vgl. hierzu und im Folgenden Ebert, Theodor: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg, Frankfurt a. M. 1970, S. 19 f.

29 Schmidt, Florian: Die autonome Szene in Göttingen, Göttingen 2018, unveröff. MS, S. 7 f.

ten Wohnmöglichkeiten und Treffpunkte eingerichtet, die Geflüchteten, welche in Göttingen gestrandet waren, eine Unterkunft bieten sollten. Statt in offener Feldschlacht, gewannen die Aktivisten das Gebäude kampfflos durch Spenden und Direktkredite, mit deren Hilfe sie es kauften.³⁰

Und auch die Uni als Zell- und Nervenkerne der Göttinger radikalen Linken ist längst nicht mehr das, was sie dereinst war, auch sie spiegelt den Wandel in dem Untersuchungsgegenstand dieses Beitrages. Zwar gibt es nach den Wahlen des Studentenparlaments (Stupa) an der Uni Göttingen aktuell wieder einen „linken“ AStA, von einer Dominanz linker politischer Gruppen kann dennoch im 21. Jahrhundert auch in Göttingen keine Rede mehr sein. Die mit weitem Abstand größte Einzelgruppe im Stupa stellt seit langem schon die ADF, die durch ihre Fachschaftenliste zwar nah an den Studierenden, insofern also basisnah, ist, sich ansonsten aber zu weltanschaulicher Neutralität und hochschulpolitischer Serviceorientierung bekennt.

Entsprechend wehmütig blickt der hier bereits mehrfach zitierte Reimar Paul auf die von ihm so empfundene Entpolitisierung der Göttinger Georgia Augusta. „Keine Wandzeitungen, keine Flugblattschlachten, keine Plakate an den Mauern, keine Agitation per Megafon mehr.“³¹ Statt die nächsten Schritte auf dem Weg zum Umsturz der herrschenden Verhältnisse zu planen, würden sich die Studierenden auf dem Campus in ihre Smartphones separierend vertiefen oder eine kurze Verschnaufpause einlegen zwischen zwei so begeisterungslos wie pflichtbewusst besuchten Seminaren zum Zweck möglichst effizient erworbener Kreditpunkte auf dem zielstrebig verfolgten Weg zum Hochschulabschluss. Im Zentralen Hörsaalgebäude

werde für „Events“ anstelle von Demonstrationen geworben, auf Postern, die im Unterschied zu früheren Zeiten nicht wild und wahllos auf- und übereinander geklebt, sondern ordentlich und „vorgabengemäß“ nebeneinander aufgehängt worden seien. Die Fachschaften schließlich würden ihre Rechenschaftsberichte aushängen, wo in den 1970er und 1980er Jahren Streiks und Vollversammlungen angeschlagen gestanden hätten.

In den letzten Jahren hat der Politikwissenschaftler Eitan Hersh wiederholt etwas beschrieben, das er „politischen Hobbyismus“ genannt hat und das sich auch auf den modernen Linksradikalismus nicht zuletzt in Göttingen münzen lässt.³² Politischer Hobbyismus meint – einerseits ganz allgemein, andererseits speziell auf unseren Untersuchungsgegenstand in diesem Text bezogen – ein politisches Engagement, das wie andere Hobbys auch gleichsam außerhalb des Erfahrungsbereiches des eigenen alltäglichen Lebens angesiedelt ist; meint Aktivitäten wie die Beteiligung an Petitionen, die man unterzeichnet, und die Verbreitung politischer Stellungnahmen die man in den sozialen Medien schreibt und teilt. Solchermaßen als Hobbyismus betrieben, ist Politik reiner Zeitvertreib. Mit Blick auf die radikale Linke und unter Bezugnahme auf innerlinke Kritiken an der Jagd nach Adrenalinschüben in der Straßenschlacht lässt sich politischer Hobbyismus als Praxis deuten, in der Aufregung, Spannung, Genuss gesucht und die Sehnsucht nach Aufruhr als Selbstzweck befriedigt wird. Es handelt sich hierbei um einen Linksradikalismus jenseits existenzieller Gründe und ohne wirkliche Veränderungsperspektive, ja sogar recht eigentlich ohne ernsthafte Veränderungsambition, mithin eine Verflachung des revolutionären Impetus und einen Linksradikalismus des kritischen Jungbürgertums beschreiben zu können, der sich – ganz im Wortsinne des Ho-

30 OMIO: Ein Jahr OMIO. Rückblick – Ist-Zustand – Ausblick, URL: https://omzehn.noblogs.org/?page_id=732 [eingesehen am 12.04.2018].

31 Hierzu und im Folgenden Paul: In Bewegung, S. 8.

32 Vgl. Hersh, Eitan: Politics is for Power. How to Move Beyond Political Hobbyism, Take Action, and Make Real Change, Scribner, New York 2020.

bbyismus – auf die Wochenenden beschränkt und zu einer Feierabend- und Freizeitpraxis gewandelt hat.

Eine ernsthafte, auf nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen und nicht nur situativen individuellen Lustgewinn abzielende politische Partizipation sieht so, jedenfalls Hersh zufolge, gerade nicht aus. Diese setze vielmehr die Bereitschaft zu längerfristig angelegter, hartnäckig und kontinuierlich betriebener Einmischung voraus, wie sie zum Ausdruck komme in dem Aufbau von und der Mitgliedschaft in politischen Organisationen, in der Entwicklung und Bewerbung konkreter gesellschaftlicher Gestaltungsvisionen und dem Streben nach Mehrheitsfähigkeit sowie der ausdrücklich ge-

wollten Einflussnahme auf die legislativen und exekutiven Entscheidungszentren – nach oben durch Information und Diskussion, um die bestehenden Eliten für ein Umdenken zu gewinnen, ebenso wie nach unten durch Protestartikulation und Mobilisierung, um die Eliten auszutauschen. All das, der Austausch mit den Mächtigen, der Eintritt in oder die Gründung von Parteien, die Teilnahme an Wahlen, die Öffnung zur Gesellschaft hin und die beständige Umsetzung perspektivischer Ziele, aber ist der militanten Linken und insbesondere ihren Kerngruppen aus dem autonomen wie post-autonomen Spektrum auch heute noch ein Gräuel, wenngleich bei letzterem etwas abgeschwächt.



Dr. Matthias Micus, geb. 1977, ist Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

**„Don't know
what I want. But
I know how to
get it.“¹**

Hannover versinkt im Chaos

Philipp Scharf

Hannover gehört im bundesweiten Vergleich sicherlich nicht zu den Städten, die – anders als die Metropolen Berlin, Hamburg oder Frankfurt – zu den Hochburgen der radikalen Linken gezählt werden. Vielmehr kann die Stadt als „Durchschnittsregion“² bezeichnet werden, die sich durch eine gewisse politisch-kulturelle Kontur-

losigkeit auszeichnet.³ Hannover war historisch nicht durchgängig durch die sich am Klassenkonflikt von Arbeit und Kapital konstituierenden Milieus des Großbürgertums oder der Arbeiter dominiert, stattdessen war die Landeshauptstadt durch ihren Verwaltungsapparat geprägt, sodass ein „labile[s] Gleichgewicht“⁴ der hier ansässigen Milieus entstand. Obwohl die „Provinz-Metropole“⁵ nahezu alle politischen Bewegungen des Nachkriegs-Deutschlands in ihren jeweiligen Ausprägungen erlebte, was auf eine gewisse Erfahrung und Routine

1 Sex Pistols: Anarchy in the UK, in: Never Mind the Bollocks, Virgin Records 1976.

2 Geiling, Heiko: Das andere Hannover. Jugendkultur zwischen Rebellion und Integration in der Großstadt, Hannover 1996, S. 15.

3 Vgl. ebd., S.16.

4 Ebd., S. 16.

5 Vester, Michael et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993, S.147.

im Umgang mit linken und gegenkulturellen Politikprojekten hinweisen sollte, und die Leinestadt zudem durch eine überaus starke sozialdemokratische Prägung charakterisiert ist, konnte sich keine selbstbewusste politische Praxis, die sich durch einen angemessenen Umgang mit vom Konsens abweichenden politischen Bewegungen auszeichnet, entwickeln.⁶ Dieses Charakteristikum, so eine mögliche These, schlug sich immer auch in einem unklaren Verhältnis im Umgang mit neuen politischen Bewegungen nieder und resultierte schließlich – gespeist aus einem mangelnden politischen Selbstbewusstsein – in unterschiedlichen Abwehrreaktionen.⁷

Der Politologe Heiko Geiling stellt hieran anknüpfend die These auf, dass es zwei Hannovers gibt: das herkömmliche, traditionelle Hannover und das linke, das andere Hannover⁸, in dem ab den 1970er-Jahren die symbolträchtige Integrationsideologie der vielfach so bezeichneten „neuen Linken“ kleinere ideologische Differenzen innerhalb der Bewegung überdecken konnte. Werte wie Emanzipation, Partizipation oder Authentizität wurden demnach handlungsweisend und durch die Ausbildung spezifischer Jugend-, Frauen- und AusländerInnenbewegungen konnten eigene politische und lebensweltliche Milieus im sogenannten „anderen Hannover“ etabliert werden.⁹ Dabei war dieses andere Hannover jedoch stets in dialektischer Gleichzeitigkeit sowohl Integrationsprodukt der hier – auch physisch – versammelten Gruppen als auch Ausgrenzungsprodukt der bürgerlichen Stadtgesellschaft zugleich. Wie rigoros diese teilweise gegen das „Andere“ vorgeht, zeigt etwa das Beispiel Peter Brückners, der den Nachruf des „Göttinger Mescaleros“ auf den Generalbundesanwalt Siegfried Buback – welcher von der Roten Armee Fraktion (RAF)

am 31. Mai 1974 erschossen wurde – nachdrucken ließ. Zwar schreibt der Stadtindianer hier von einer „klammheimlichen Freude“¹⁰, welche das Attentat bei ihm auslöste, im weiteren Text distanzierte er sich jedoch von Gewaltausübung.¹¹ Brückner wurde daraufhin vom Dienst suspendiert.¹² Geiling resümiert den Vorgang folgendermaßen: „Es waren gerade auch die Ereignisse um den hannoverschen Psychologieprofessor Peter Brückner, die den zugespitzten Kampf staatlicher Institutionen und Repräsentanten gegen die sozialen Bewegungen der 1970er Jahre symbolisieren. Sie werfen zugleich ein Licht auf die lokalen Vertreter des ‚eigentlichen‘ Hannover.“¹³ Wenn also in Hannover selbst Honoratioren der örtlichen Universität unter den Verdacht gerieten, radikal linkes und potentiell bedrohliches Gedankengut zu vertreiben, welches Echo würde dann erst eine handfeste Provokation nach sich ziehen und welche Folgen würden sich für das andere Hannover ergeben?

„Am Anfang war der Zorn.“¹⁴

Über die Jahrzehnte hinweg kam es in Hannover zu einigen Konflikten zwischen Mehrheitsgesellschaft und gegenkulturellen Milieus. Ob

6 Vgl. ebd., S. 148.

7 Vgl. ebd., S. 148.

8 Vgl. Geiling, S. 166.

9 Vgl. ebd., S. 166–168.

10 Ein Göttinger Mescalero: Buback – ein Nachruf, in: Regenbogen Nachrichten, URL: http://netzwerk-regenbogen.de/mescalero_doku.html [eingesehen am 03.09.2019].

11 Vgl. ebd.

12 Vgl. Paul, Reimar: Nur vier Zeilen zitiert. Göttinger „Buback-Nachruf“ vor 40 Jahren, in: taz, 25.04.2017, URL: <https://taz.de/Goettinger-Buback-Nachruf-vor-40-Jahren/!5404214/> [eingesehen am 03.09.2019].

13 Geiling, S. 173.

14 Stowasser, Horst: Anarchie! Idee, Geschichte, Perspektiven, Hamburg 2014, S. 9.

die Aktion „Roter Punkt“¹⁵, die Affäre um Peter Brückner oder die aufkommende Jugendzentrumsbewegung, welche die Stadt mit ihren Hausbesetzungen und Raumkämpfen in Atem hielt – Empörungspotential hatte es oft gegeben. Zu weltweiter Berühmtheit gelangte die Stadt letztlich durch die sogenannten „Chaos-tage“ während der 1990er-Jahre, als die Stadt mehrmals von Punks aus ganz Deutschland aufgesucht wurde.

Der Punk hatte sich ab den 1970er-Jahren zu einer unpolitisch-politischen Subkultur entwickelt, bei der eher ein diffuses Lebensgefühl, das von Wut und Enttäuschung bestimmt war, als konkrete politische Ideologien handlungsleitend wurde. Die Aggression der Punks richtete sich gegen die etablierte Gesellschaft, gegen das Establishment, gegen Kommerz und das spießige Bürgertum, von dem man sich optisch besonders radikal abgrenzte.¹⁶ In der Frühphase des Punks herrschte in der Bewegung vage Einigkeit darüber, dass die verklammernde politische Strömung ein „bis auf die Grundmauern entkernter[r] Anarchismus“¹⁷ war, der in seiner nihilistischen Wendung in zukunftsverachtenden Slogans wie „No Future“ kulminierte und letztlich auf der Minimalforderung der individuellen Freiheit beharrte, ohne zugleich positive Moralvorstellungen, Zukunftsvisionen oder gar Ideologien zu produzieren: „Die frühen Punkbands sagten Anarchie und meinten damit persönliche Freiheit, tun und lassen zu können, was sie wollten. Der An-

archismus war für sie ein Vehikel, die Gesellschaft zu provozieren und zu schocken.“¹⁸ Dieses Lebensgefühl, die – wahrgenommene – gesellschaftliche Dissoziation, führte nicht nur in der Punkbewegung in der Konsequenz zu einem Rückzug in subkulturelle Strukturen, der gleichzeitig zur Emphase der subjektivistischen Perspektive führte.¹⁹ Beides begünstigte eine Ausrichtung auf lebensnahe Kämpfe, etwa durch ein Engagement in der Hausbesetzerbewegung, die für die subjektive Befreiung gefochten wurden – zulasten langfristiger strategischer Konzepte.²⁰

Anarchismus und Punk-Rock

Dass Anarchie und Punk-Lifestyle konvergieren, ist kein Zufall. In einer klugen Zeitdiagnose konstatiert der Politikwissenschaftler Peter Lösche, dass „das Schlagwort von ‚Anarchismus‘ gesellschaftlich bedingte Ängste und Ressentiments auszulösen vermag und von den Gegnern des Anarchismus in diskriminierender Absicht entsprechend instrumentalisiert worden ist.“²¹ Darunter würden nicht nur die so bezeichneten ProtagonistInnen leiden, auch die sozialwissenschaftliche Forschung habe mit dem Makel zu kämpfen, dass Anarchismus ein „Allerweltsbegriff“ geblieben sei, welcher auf „Leerformeln“²² reduziert werde. Dass sich an diesem immerhin vierzig Jahre alten Befund nicht grundsätzlich etwas geändert hat, darf mit Fug und Recht behauptet werden. Die negative Konnotation des Begriffs zeigt sich beispielsweise in seiner Verwen-

15 Bei der sogenannten „Aktion Roter Punkt“ protestierten 1969 vorwiegend SchülerInnen und StudentenInnen gegen die Fahrpreiserhöhungen der örtlichen Verkehrsbetriebe in Hannover. Ihren Namen verdankt der Protest den durch die AktivistInnen ausgeteilten roten Punkten, mit denen Autofahrer ihre Bereitschaft signalisieren konnten, Mitfahrer aufzunehmen, die so nicht mehr auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen waren.

16 Vgl. Hoekman, Gerrit: Pogo, Punk & Politik, Münster 2011, S. 5.

17 Ebd., S. 5.

18 Ebd., S. 22.

19 Vgl. Schwarzmeier, Jan: Die Autonomien zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 1999, S. 38.

20 Vgl. ebd., S. 60.

21 Lösche, Peter: Anarchismus, Darmstadt 1977, S. 2.

22 Ebd., S. 10.

dung als Kampfbegriff in Übersee.²³ Tatsächlich werde in der Soziologie das vollständige Fehlen sozialer Normen und einer gesellschaftlichen Ordnung als Anomie bezeichnet, wohingegen der Begriff Anarchie die Abwesenheit von Herrschaft bezeichne.²⁴ Anarchismus zielt also darauf ab, einen Zustand der Herrschaftslosigkeit zu erschaffen, da Herrschaft als ein Grundübel angesehen werde. Trotz seiner historisch vielfältigen Spielarten seien die Kritik an der individuellen Entmündigung, Staat und Kapitalismus verbindende Elemente.²⁵ Um das jeweils Spezifische anarchistischer Gruppierungen zu identifizieren, schlägt Lösche vor, die konkreten historischen Erscheinungsformen des Anarchismus zu untersuchen,²⁶ der zugleich durch seine bloße Existenz fundamentale Gesellschaftskritik darstelle, weil „das mögliche rationale und sich selbst organisierende Zusammenleben von freien und sich selbstverwirklichenden Menschen, und also die ‚anarchistische‘ Zukunftsgesellschaft konfrontiert wird mit dem politischen Zwang und sozialer Unterdrückung in der jeweiligen Gegenwart.“²⁷ Diese politische Grundhaltung passte demnach ideal auf die sich als gesellschaftliche AußenseiterInnen inszenierenden Punks.

Obwohl die organisierte Speerspitze der deutschen Studierendenbewegung der 1960er-Jahre, der SDS, streng sozialistisch – also in der politischen Farbenlehre eher Rot als Schwarz – ausgerichtet war,²⁸ verfielen anarchistische

Grundkonzepte durchaus in den diversen Entmischungsprodukten der Bewegung. Teile der Neuen Linken rezipierten also mitunter anarchistische Ideen, die fortan als „Stimulans für gesellschaftspolitische Überlegungen und für Gesellschaftskritik“²⁹ wirkten. Die Punkbewegung bezog sich, wie bereits angedeutet, am stärksten, gleichzeitig jedoch überaus vage auf die Ideen des Anarchismus. Ende der 1970er – also noch vor den ersten hannoverschen Chaostagen – wandelte sich die politische Bedeutung des Punks als anfänglicher, äußerlicher Provokation hin zu einem politischen Programm, wurde mehr und mehr zu einem „radikal linken Bekenntnis“.³⁰ Durch die enge lebensweltliche Verbindung der Subkultur der Punks mit anderen aufkommenden Bewegungen, wie etwa den Autonomen, in gemeinsamen Wohn- und Politikprojekten wurde Punkrock bald mehr als bloße Hintergrundmusik. Jedoch blieb das Verhältnis der Punks zu anderen politischen Formationen stets problematisch; sorgte doch die radikale Ablehnung aller Autoritäten sowie der regelmäßig aufs Neue inszenierte Tabubruch zyklisch für Konfliktpotenzial³¹ – trotz aller ästhetischen, politischen und lebensweltlichen Berührungspunkte. Dieses und weitere Probleme der jungen Bewegung wurden zu diesem Zeitpunkt augenfällig: Das offensive Verhältnis zu Sex und Gewalt provozierte kaum noch, der Gedanke, mit den Moralvorstellungen und Geboten der Mehrheitsgesellschaft zu brechen, führte immer mehr zu selbstschädigendem Verhalten und verfestigte schließlich die gesellschaftliche Isolation der Punks. Die „Lust am Schlechten“³², die zu wörtlich genommene Provokation, ließ Humor und

23 O. A.: Donald Trump droht Demonstranten mit „zehn Jahren Gefängnis“, in: ZEIT ONLINE, 28.07.2020, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/portland-usa-proteste-donald-trump-drohung-bundesbeamte> [eingesehen 28.07.2020].

24 Vgl.: Langensand, Luca: Einleitung, in: Mathis, Klaus/Langensand, Luca (Hrsg.): Anarchie als herrschaftslose Ordnung?, Berlin 2019, S. 15–22, hier S. 15.

25 Vgl. ebd., S. 17–18.

26 Vgl. Lösche, S. 14.

27 Ebd., S. 135.

28 Vgl. Stowasser, S. 443.

29 Lösche, S. 153.

30 Hoekman, S. 22.

31 Vgl. ebd., S. 38.

32 O. A.: Virtueller Krawall. Die Chaostage in Hannover. Gespräch mit Karl Nagel und Moses Arndt, in: Hoffmann, Martin (Hrsg.): SubversionsReader. Texte zu Politik & Kultur, 10 Jahre ID-Verlag, Berlin 1998, S. 44–56, hier S. 44.

Zynismus zweitrangig werden. Stattdessen, so kritisieren einige AktivistInnen wehmütig, kam es zu einer Re-Dogmatisierung in verschiedenen politischen Projekten.³³

Das Chaos kommt nach Hannover

Zwischen 1979 und 1982 fanden immer wieder Punktreffen im Ruhrgebiet statt, die Stadt Wuppertal wollte diese Zusammenkünfte verbieten, woraufhin es zu Solidaritätstreffen in anderen Städten kam.³⁴ Als in Hannover eine so genannte „Punker-Kartei“ eingerichtet werden sollte, beschloss Karl Nagel, Initiator der Chaostage, als Protestaktion im Dezember 1982, die deutsche Punk-Szene erstmals in Hannover zu versammeln – inklusiver aller „Pseudo-, Mode-, Karnevals-, Pattex- und Disco-Punks“, um die vorhandenen Daten wertlos zu machen und eine Unterscheidung zwischen „echten“ und „unechten“ Punks zu erschweren.³⁵ Nicht weniger als der „Untergang Hannovers“³⁶ war das durchaus ironische Ziel der PunkerInnen. Das Treffen wurde schließlich ein gewisser Erfolg: Nagel zufolge kamen einige hundert TeilnehmerInnen, deutlich mehr als bei den vorausgegangenen Treffen im Ruhrgebiet, die auf Polizeikräfte trafen, welche die Demonstration schließlich auflösten, sodass es in der Folge zu kurzen, aber heftigen Auseinandersetzungen kam. Abends gab es ein Abschlusskonzert im Unabhängigen Jugendzentrum (UJZ) Kornstraße. Das Fazit: „Es hatte keine Idioten-Aktionen gegeben, und die Schlagzeilen waren uns sicher. Aber trotzdem war es nicht das gewesen, was wir geplant hatten: Wir

wollten eigentlich keine Schlacht mit der Polizei, sondern in erster Linie das totale Chaos in der City, über Stunden hinweg.“³⁷ Im folgenden Jahr, am 2. Juli 1983, sollten die rivalisierenden Skins zusätzlich zu den Punks mobilisiert werden, um eine Aktionseinheit schließen zu können; zum gemeinsamen Feind wurde die Polizei stilisiert.³⁸ Diesmal kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Punks vor dem UJZ.³⁹ Wiederum ein Jahr später, 1984, fanden die Hannoveraner Chaostage mit bis zu 2000 TeilnehmerInnen statt, wurde jedoch begleitet von Prügeleien mit Nazis, die auch ein Jugendzentrum der Szene verwüsteten. Dass nun die eigenen Räume angegriffen und teilweise zerstört wurden, desillusionierte Teile der Punks, die sich folglich von der Szene abwandten. Es sollten die letzten Chaostage für ein ganzes Jahrzehnt geblieben sein.⁴⁰

1994 fanden die Chaostage nun wieder erstmals seit der politischen Niederlage von 1984 statt. Am 6. August 1994 trafen rund 800 Punks in Hannover ein, es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Vor dem Hintergrund einer veränderten Wahrnehmung der politischen Kultur Deutschlands in den Augen der Punks, gemeint sind die „deutsch-nationale Seeligkeit [sic!]“ und der „Neonazi-Terror“⁴¹ im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung, wandelte sich der Bedeutungsgehalt der Chaostage sowohl für die TeilnehmerInnen als auch für die Gesellschaft: „Die Chaostage 1994 fanden also statt – allerdings in der Medien-

33 Vgl. Nagel, Karl, in: ebd., S. 49.

34 Vgl. Hoekman, S.42.

35 O. A.: 18.12.1982: Der erste Chaos-Tag!, in: karlnagel.de, 18.12.2017, URL: <https://www.karlnagel.de/der-erste-chaos-tag/> [eingesehen am 09.09.2019, im August 2020 nicht mehr erreichbar].

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Vgl.: Herbertz, Oliver: Die Organisation von Chaostagen. Analyse zur Konstruktion von Objektivität, in: Betz, Gregor et al. (Hrsg.): Urbane Events, Wiesbaden 2011, S. 245–260, hier S. 249.

39 Vgl. o. A.: 1983: Bundesjugendspiele in Hannover, in: karlnagel.de, 19.12.2017, URL: <https://www.karlnagel.de/bundesjugendspiele-83/> [eingesehen am 09.09.2019, im August 2020 nicht mehr erreichbar].

40 Vgl.: Herbertz, S. 251.

41 Hoekman, S. 39.

berichterstattung in größerem Ausmaß als aus der Perspektive der Anwesenden.“⁴² Dabei war die Taktik simpel, doch effektiv: Die bloße Anwesenheit der Punks, die alleine durch ihr äußeres Erscheinungsbild verdeutlichen wollten, dass sie einen Stachel im Fleisch des kleinbürgerlichen Hannover darstellten, sollte provozieren. Durch Hedonismus einerseits, die Chaostage als Partyveranstaltung zu zelebrieren, und Nihilismus andererseits, die totale Ablehnung jeglicher politischen Forderungen zur Schau zu stellen, ließe sich das Spannungsverhältnis der Veranstaltung charakterisieren. Das Ziel war die pure Verwirrung: „Solange die Bürger dich nicht richtig verstehen. Erst in dem Augenblick, in dem sie dich durchschauen, ist es aus. Die Stärke der Chaostage '94 war, daß er [sic!] bei den Leuten irgendwelche Bilder hervorrief, ohne daß die weiter mit Inhalt gefüttert wurden. Man war nur da, die bloße Existenz, nichts weiter.“⁴³ Demnach sollte eine möglichst große Menschenmenge nach Hannover strömen, damit das Szenario vor Ort schon in seiner Anlage für die Polizei nicht handhabbar werden würde und diese mit ihrem Verhalten, den aussichtslosen Versuchen, Ordnung herzustellen, die für sie unübersichtliche und letztlich unkontrollierbare Situation weiter eskalieren lassen würden: „Chaostage waren daher im Vokabular der Punks auch ‚Bullenverarschung‘, weil die Polizei genau das mit förderte, was zu verhindern eigentlich ihre Aufgabe wäre.“⁴⁴

1995 kam es zu den sicherlich heftigsten Ausschreitungen in der Historie der Hannoveraner Chaostage. Rund 2000 TeilnehmerInnen aus diversen Szenekontexten reisten in die Landeshauptstadt, es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei und Ausschreitungen, was medial ausführlich rezipiert wurden – trotz bereits bestehender Erfahrungen im Umgang mit den Festtagen der Punkbewegung. Tatsächlich

begannen schon am Donnerstag, den 3. August 1995, DemonstrantInnen damit, das Gelände der besetzten ehemaligen Sprengel-Schokoladenfabrik zu verbarrikadieren, auch während der folgenden Tage kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen rund um das Gebiet.⁴⁵ Die Presse zeichnete ein aussagekräftiges Bild dieser Tage, demnach terrorisierten „Massen gewalttätiger, unberechenbarer Jugendlicher [...] die wehrlose Stadt, verbreiteten Angst und Schrecken und seien von der Polizei nicht zu stoppen gewesen, die nur noch das Schlimmste habe verhindern können.“⁴⁶ Bei den „tagelang andauernden Straßenschlachten“⁴⁷ wurden etwa 180 PolizistInnen und 300 Punks verletzt, von den 2000 TeilnehmerInnen an den Chaostagen 1200 in polizeilichen Gewahrsam genommen und insgesamt 2000 Platzverweise ausgesprochen. Es kam zu Plünderungen von Geschäften, an denen sich auch „normale“ BürgerInnen beteiligten – was von der Presse breit rezipiert und skandalisiert wurde. Dabei trug die Polizei auch eine deutliche Mitschuld an der Eskalation: Die Punks wurden bewusst räumlich konzentriert und auf ein zeitgleich stattfindendes Straßenfest und in die Nordstadt – damals ein sozialer Brennpunkt Hannovers – getrieben, damit ein verkaufsoffener Sonntag in der Innenstadt reibungslos stattfinden konnte.⁴⁸

42 Herbertz, S. 252.

43 Nagel, Karl, in: SubversionsReader, S. 51.

44 Herbertz, S. 254.

45 Vgl. Haase, Bernd: Als die Chaostage Hannover erschütterten, in: Hannoversche Allgemeine, 07.08.2015, URL: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Mit-aller-Gewalt-Chaostage-erschuettern-Hannover> [eingesehen am 11.09.2019].

46 Free, Inga: „Hier regiert der Mob“. Gruppenbezeichnungen in der Berichterstattung, in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, H. 57/1998, S. 51–70, hier S. 51.

47 Ebd., S. 52.

48 Vgl. ebd., S. 52.

Das andere Hannover: Eine aktualisierte Bestandsaufnahme

Zwar stellten die Chaostage eine Extremsituation dar, der Umgang mit ihnen war 1995 jedoch einzigartig. Es zeigte sich hier erneut, dass, der These des geteilten Hannovers folgend, die Abwehrmechanismen des bürgerlichen Hannovers – hier repräsentiert durch Polizei und Presse – 1995 besonders plastisch hervortraten. Schon die in der Presse verwendeten Gruppenbezeichnungen der TeilnehmerInnen an den Chaostagen, die mehrheitlich deutlich ablehnend bis feindselig waren, delegitimierten – bei aller berechtigten Kritik – jeglichen politischen Anspruch, den die Veranstaltung vielleicht haben könnte, verorteten die PunkerInnen als außerhalb der Gesellschaft stehend und sprachen ihnen damit generell ab, eine gesellschaftliche Streitpartei zu sein.⁴⁹ Geschrieben wurde etwa von „Chaoten“ oder „Krawallfahrern“, so einige der harmloseren Bezeichnungen.⁵⁰ Die instrumentelle Behandlung der Vorkommnisse, wie sie etwa der CDU oder der Polizei vorgeworfen wurde, die vor der linken Bedrohung warnten und die Ereignisse in eine Kontinuitätslinie mit den „Krawallmachern“ der Studierendenbewegung stellten, aktivierten die gewohnten Abwehrkräfte.⁵¹ „Einmal mehr werden hiermit Erfahrungen und Befürchtungen über den unregelmäßigen Umgang mit politischer Gewalt und verschiedenen politischen Gruppierungen an diesem Beispiel bestätigt. Einmal mehr werden aber auch Rezeptions-schemata der LeserInnen über das Verhalten und das Bedrohungspotential ‚der Linken‘ verstärkt.“⁵²

1996 blieb es ruhig in Hannover, dafür sorgten rund 6000 PolizistInnen in der „Stadt des Chaos“. Nach den Ausschreitungen und Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre, schlug das eine Extrem „Chaos“ in das diametral entgegengesetzte Extrem um: Hannover wurde zu einer Stadt der totalen Kontrolle, zu einer Zone der eingeschränkten Grundrechte. Die polizeiliche Aufgabe der Gefahrenprävention wurde erheblich ausgeweitet. Möglich waren nun, durch ein verschärftes Polizeigesetz, Vorbeugegewahrsam oder das Aufenthaltsverbot, das sich über die ganze Stadt erstrecken konnte, dabei reichten zur Begründung der Maßnahme bereits „vage Annahmen“.⁵³ Dabei ist besonders pikant, dass zwar einerseits die Erfahrungen der Chaostage von 1995 eine neue, verschärfte Polizeilinie plausibel erscheinen lassen, es jedoch andererseits im selben Jahr zu polizeilichen Fehlern kam, welche die chaotischen Zustände beförderten – so das Ergebnis eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses: Praktiziert wurde eine fragwürdige Rechtspraxis, die es den PolizistInnen erlaubte, mit „Spürnase“ und „Berufserfahrung“ die Grundrechte vermuteter Unruhestifter einzuschränken.⁵⁴ Zudem, so die aus der polizeilichen Drohkulisse resultierende Pointe, herrschte innerhalb der Szene die Absprache nach Bremen auszuweichen, sollte die erwartete Repression zu gewaltig ausfallen. Auch dort kam es 1996 sodann zu ähnlichen Szenerien; „Belagerungszustand in Bremen“.⁵⁵

49 Vgl. ebd., S. 68.

50 Jach, Michael et al.: Chaos statt Sicherheit, in: Focus Magazin, 14.08.1995, Heft 33, URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/hannover-chaos-statt-sicherheit_aid_153589.html [eingesehen am 09.09.2019].

51 Vgl.: Free, S. 69.

52 Ebd., S. 69.

53 Kleine-Brockhoff, Thomas: Chaostage 96: Hannover als Stadt der eingeschränkten Grundrechte, in: Die Zeit 09.08.1996, Heft 33, URL: <https://www.zeit.de/1996/33/hannover.txt.19960809.xml> [eingesehen am 09.09.2019].

54 Vgl. ebd.

55 Stucke, Martin: „Chaostage“ 1996 in Bremen: Polizeigewahrsam für „punktypisches Aussehen“, in: Müller-Heidelberg, Till et al. (Hrsg.): Grundrechte-Report 1997, S. 29–34, URL: <http://www.grundrechte-report.de/1997/inhalt/details/back/inhalt-1997/article/chaostage-1996-in-bre->

Das „andere Hannover“ ging aus den Chaostagen weitgehend unbeschadet hervor. Schon früh begannen gegenkulturelle Politikprojekte sich in der Landeshauptstadt zu institutionalisieren. Dieser Prozess der Verfestigung wurde durch die Chaostage sowie eine zu erwartende Reaktion des traditionellen Hannovers nicht beeinflusst. Aus den Raumkämpfen der siebziger Jahre gingen etwa zwei Unabhängige Jugendzentren hervor, die heute noch existieren: Das UJZ Glocksee sowie das UJZ Kornstraße. Auch das ehemals durch linke AktivistInnen

men-polizeigewahrsam-fuer-punkttypisches-aussehen-1/ [eingesehen am 09.09.2019].

besetzte Sprengel-Gelände, das während der Chaostage noch eine zentrale Rolle einnahm, gehört nun fest zum Stadtbild.⁵⁶ Letztlich entsteht so der Eindruck, dass die These des geteilten Hannovers heutzutage nicht mehr tragfähig ist und die Chaostage vielmehr ein letztes Aufflackern einer radikalen Gegenbewegung bedeuteten.

56 Vgl. Holzki, Larissa/Nickel, Stefanie: Sprengel-Gelände und UJZ feiern Jahrestage, in: Hannoversche Allgemeine, 23.08.2012, URL: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadtteilen/Nord/Sprengel-Gelaende-und-UJZ-feiern-Jahrestage> [eingesehen am 14.08.2020].



Philipp Scharf, M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Protest- und Bewegungsforschung sowie politische Kulturforschung.

Radikaler Islam

Viren als Soldaten Gottes?

Radikalislamische Akteure
während der Corona-Krise

Florian Grahmann / Lino Klevesath

Die Affinität zu Verschwörungstheorien, die grundsätzliche Ablehnung der Verfasstheit säkularer Staaten wie auch Pauschalkritik gegen staatliche Amtsträger gehören bei radikalislamischen Akteuren wie Ahmad Amih (alias „Abul Baraa“) oder Yasin Bala (alias „Yasin al-Hanafi“) und Furkan Karacar (alias „Furkan Abdullah“) vom Netzwerk „Im Auftrag des Islam“¹ zum üblichen

Repertoire. Gerade deshalb ist es interessant, ob sich das Verhalten dieser Prediger während der Corona-Krise geändert hat. Neigen sie ähnlich wie manche rechtsradikale Akteure² zum Boykott der zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Maßnahmen? Zeigen sie eine Affinität zu Verschwörungstheorien von Impfgegnern, die Bill Gates als Bedrohung empfinden? Erste Hinweise zur Beantwortung dieser Fragen liefern drei Videos von Ahmad Amih und Co., die allesamt im März 2020 online veröffentlicht wurden – also zu einem Zeitpunkt, als die erste Welle der Pandemie Deutschland erreichte und das Virus und seine Bekämpfung erstmals im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte standen.

1 Dabei handelt es sich um eine radikalislamische Gruppe, die Predigten in Niedersachsen hält, unter anderem auch in Göttingen, und den YouTube Channel „Im Auftrag des Islams“ (siehe <https://www.youtube.com/channel/UCIZ6b1bttjIO-gKAwxU5iHA>) betreibt.

2 Siehe hierzu den Beitrag von Joris Sprengeler in diesem Band.

Die Antwort fällt zweigeteilt aus: Einerseits rufen die hier in den Blick genommenen Protagonisten, die in Niedersachsen durchaus über eine größere Community verfügen, in ihren Videos nicht dazu auf, die staatlichen Verordnungen, wie z. B. die Kontaktbeschränkungen, die Abstandsregeln oder die Maskenpflicht, zu missachten.³ Furkan Abdullah kritisiert den Staat sogar dafür, dass zum damaligen Zeitpunkt noch keine allgemeine Ausgangssperre verhängt worden sei.⁴ Ihre Stellungnahmen zu den Beschränkungen müssen jedoch differenziert betrachtet werden, da in den Videos mitunter Passagen zur Beruhigung der eigenen Zuschauer, spekulative Verschwörungstheorien und Verweise auf vermeintliche Anzeichen für die nahende Apokalypse in einem Atemzug

geäußert werden. Zudem befassen sie sich mit Fragen nach dem Ursprung des Virus, der Ursache der Pandemie sowie der Frage, wie Muslime sich gemäß dem Koran und der Sunna verhalten sollen bzw. was gegen das Virus hilft.

Die Frage nach dem Ursprung

Um den Ursprung des Corona-Virus ranken sich mittlerweile eine Vielzahl von Verschwörungstheorien. Doch auch die seriöse Wissenschaft konnte den Sachverhalt bisher nicht eindeutig klären. Lange herrschte die Annahme vor, dass sich das Virus Ende 2019 auf einem Wildtiermarkt in Wuhan von einer Fledermaus über einen Zwischenwirt auf den Menschen übertragen hat.⁵ Da aber nicht alle frühen Fälle in Wuhan mit dem Markt in Verbindung zu bringen sind, wird mittlerweile eher davon ausgegangen, dass zu einem früheren Zeitpunkt und an einem anderen Ort die Erstübertragung auf den Menschen stattfand.⁶ Die hier im Zentrum stehenden Akteure greifen jedoch die These, wonach der Wildtiermarkt der Ursprung des Virus sei, auf, und kritisieren mehrfach den Verzehr von Haustieren wie Hunden und Katzen sowie von Wildtieren, Ratten und Insekten.⁷ Oftmals reißerisch und inhaltlich wenig fundiert, gleiten ihre Äußerungen bisweilen in offenen Rassismus ab. Abul Baraa erklärt,

3 Vgl. Abul Baraa: Wie steht der Islam zum Corona Virus [sic!] und wie verhält sich der Muslim in diesen Zeiten, Facebook, 14.03.2020, URL: https://facebook.com/story.php?story_fbid=256891238647828&id=1606763732949097 [eingesehen am 18.07.2020], ab Minute 24:20 sowie 24:53, im Folgenden abgekürzt als Abul Baraa: Corona; Yasin al Hanafi: 06- MAGAZIN KOMMENTARE^{HD} Corona-Virus 2020 | YASIN AL-HANAFI, YouTube, 05.03.2020, URL: https://www.youtube.com/watch?v=32gRTNtnaw4&feature=youtu.be&fbclid=IwAROf5Zlnwg-vOI-rsas-SjqGC99F2TBC7pFW2E28KIUzWY_kB_NRWlaozXOM [eingesehen am 18.07.2020], ab Minute 22:44, im Folgenden abgekürzt als Hanafi: Corona-Virus.

4 Vgl. Furkan Abdullah: Stellungnahme zur Corona Krise [sic!] | 20.03.2020 | Furkan bin Abdullah, YouTube, 20.03.2020, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=x9J5qGnFTqI> [eingesehen am 18.07.2020], Minute 5:31–5:57 sowie 24:39–25:41 im Folgenden abgekürzt als Abdullah: Corona. In diesem Zusammenhang erwähnt Abdullah auch die Türkei lobend, die es selbst in der Millionenmetropole Istanbul geschafft habe, einen strengen Lockdown umzusetzen. Die gute Umsetzung sei dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu verdanken (ab Minute 25:11: „Er [Erdoğan] kann dieses Land richtig gut führen!“) Dieses Urteil überrascht, da die Gruppe „Im Auftrag des Islam“ Erdoğan an anderer Stelle vorwirft, an der Spitze eines säkularen Systems zu stehen und vom Islam abgefallen zu sein. Siehe hierzu den Beitrag von Hoxhaj und Klevesath in diesem Band.

5 Vgl. Kalkhof, Maximilian: Chinas Fledermaus-Offensive, in: Welt, 23.04.2020, URL: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article207446901/Chinas-Fledermaus-Offensive.html [eingesehen am 19.07.2020].

6 Cohen, Jon: Wuhan seafood market may not be source of novel virus spreading globally, in: Science, 26.01.2020, URL: <https://www.sciencemag.org/news/2020/01/wuhan-seafood-market-may-not-be-source-novel-virus-spreading-globally> [eingesehen am 25.07.2020].

7 Siehe Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 05:23 sowie Abul Baraa: Corona ab Minute 07:40; siehe Abdullah: Corona, ab Minute 41:20.



Abb. 1: Abul Baraa

Quelle: Abul Baraa: Wie steht der Islam zum Corona Virus [sic!] und wie verhält sich der Muslim in diesen Zeiten, Facebook, 14.03.2020, URL: https://facebook.com/story.php?story_fb_id=256891238647828&id=1606763732949097 [eingesehen am 18.07.2020].

dass es für Chinesen zur Normalität gehöre, solche Tiere zu essen und behauptet sogar, sie würden abgetriebene weibliche Babys verzehren: „Wenn die alles essen, was sich bewegt und was kriecht, dann: Was haben sie ausgelassen außer den Menschen? Bis wir auch belehrt wurden: Sie essen auch Menschen! Es gibt Frauen, wenn sie eine Fehlgeburt haben beziehungsweise es gibt Frauen, wenn sie Kinder bekommen und das ist ein Mädchen, dann werden diese getötet oder beziehungsweise abgetrieben und dann werden die gegessen, weil sie wünschen sich Jungs, das wird wie eine Art Strafe gemacht.“⁸

Yasin al-Hanafi bringt konkreter auf den Punkt, warum die Prediger überhaupt das Auftreten des Corona-Virus in China thematisieren, näm-

Zhu Yu aus dem Jahr 2000 für das Shanghai Arts Festival. Der Kannibalismus-Vorwurf stellte sich jedoch 2001 als falsch heraus, als eine Untersuchung von FBI und Scotland Yard zum Ergebnis kam, dass der Künstler den Verzehr eines Babys nur vorgetäuscht hatte. 2006 wurden diese Bilder im deutschsprachigen Raum von der China-kritischen, der Falun-Gong-Sekte nahestehenden Webseite „China-Intern“ verbreitet, um die Ein-Kind-Politik in China anzuprangern und Funktionären der Kommunistischen Partei Chinas zu unterstellen, regelmäßig Babys zu verspeisen. Die Bilder des Künstlers und das Gerücht tauchen im Internet immer wieder auf, zuletzt wurden sie Anfang 2020 im Zusammenhang mit der Corona-Krise verbreitet. Vgl. Patalong, Frank: Entwarnung: Die Legende von den Babyfressern, in Spiegel.de, 17.07.2006, URL: <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/entwarnung-die-legende-von-den-babyfressern-a-426201.html> [eingesehen am 20.07.2020]; o. V.: Chinese isst ein Baby (Faktencheck), in: mimikama, 30.01.2020, <https://www.mimikama.at/allgemein/chinese-isst-ein-baby-faktencheck/> [eingesehen am 26.07.2020].

8 Siehe Abul Baraa: Corona ab Minute 08:40. Abul Baraa hat sich hier möglicherweise von Fake News aus dem Internet rund um das Thema der Ein-Kind-Politik Chinas täuschen lassen. Seit Jahrzehnten kursiert im Internet das Gerücht, in China würden regelmäßig Babys und menschliche Föten verspeist. Um den Vorwurf zu untermauern, werden immer wieder Fotos eines Mannes verbreitet, der ein neugeborenes Baby zu essen scheint. Tatsächlich zeigen die Bilder die Kunstaktion „Eating People“ des Performance-Künstlers

lich, weil sich die dortige Bevölkerung nicht an die göttliche Ordnung halte, was sich darin zeige, dass dort „Hund, Katze, und was weiß ich noch für Dinge“⁹ als Delikatessen verspeist würden, obwohl sie für den Menschen nicht geeignet seien.¹⁰ Allah habe schon den ersten beiden Menschen, Adam und Eva, beigebracht, welche Tiere zu essen seien und welche nicht – der Verstoß gegen diese Speisegebote könne zu Krankheiten führen.¹¹ Die geäußerte Kritik an der chinesischen Bevölkerung rund um den Ursprung des Virus lässt sich als Versuch der Protagonisten zusammenfassen, die Regeln der Scharia rational und vernünftig erscheinen zu lassen. Hätten sich die Chinesen an die Speisevorschriften gehalten, so die Argumentation, wäre es gar nicht zu einer Übertragung gekommen. Die missionarische Botschaft ans Publikum ist eindeutig: Wer dem Islam folgt, im besten Fall der Auslegung und Interpretation der hier vorgestellten Akteure, ist vor einem solchen Fehlverhalten gefeit.

Abul Baraa prangert allerdings nicht nur die (vermeintlichen) chinesischen Essgewohnheiten an, sondern geht auch auf eine Verschwörungstheorie ein, der zufolge die Vereinigten Staaten absichtlich das Virus in Laboren gezüchtet hätten, um es in Ländern wie China und dem Iran, die ihnen feindlich gesonnen

sein, zu verbreiten. Allerdings lehnt er derlei Spekulationen letztlich doch ab, da sie vom einzig richtigen Weg Allahs ablenkten und wie alle anderen Wege außer dem Allahs schlicht die Wege des Satan (Schaitan) seien.¹² So ist es für ihn letztlich unerheblich, ob sich Ungläubige verschwören, um anderen Schaden zuzufügen oder nicht, da jede Abweichung vom wahren Islam gleichermaßen verdammenswert sei. Widersprüchlicherweise hält Abul Baraa also derartig abwegige Thesen zumindest potenziell für zutreffend, auch wenn er sie selbst im nächsten Atemzug als „Verschwörungstheorien“ bezeichnet. Der Umstand, dass die USA aktuell weltweit am stärksten von der Corona-Pandemie betroffen sind, lässt die These, die Vereinigten Staaten hätten das Virus aktiv verbreitet, um China zu schaden, heute indes noch weniger plausibel erscheinen als im März, als Abul Baraas Video veröffentlicht wurde.

Die Ursache für die Corona-Pandemie aus Sicht der Akteure

Ursächlich für das Auftreten der Pandemie in China könnte aus Sicht Abul Baraas die Unterdrückung der muslimischen Minderheit der Uiguren, die in der nordwestlichen Region Xinjiang leben, sein. Gott habe China bestraft, weil die Chinesen zahlreiche Uiguren in „Konzentrationslager[n] halten“¹³ würden, weshalb Gott die Viren als seine Soldaten geschickt habe. Abul Baraa führt als Beleg einen Auszug aus Koranvers 74:31 an: „Niemand kennt die Soldaten deines Herrn außer er [sic]“.¹⁴ Der chinesi-

9 Siehe Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 06:32.

10 Das Geschäft mit Wildtieren ist zwar reglementiert, allerdings werden solche Tiere vor allem in der traditionellen chinesischen Medizin verwendet und in diesem Kontext auch verzehrt. Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie sah sich die Regierung zusehends gezwungen, den Handel mit solchen Tieren einzuschränken, um einem Infektionsrisiko vorzubeugen. Die Großstadt Shenzhen im chinesischen Süden war die erste Metropole des Landes, die den Verzehr von Hunden und Katzen vollständig verbot. Es muss allerdings angemerkt werden, dass der Konsum von solchem Fleisch schon vorher nicht zum Alltag in China gehörte – vielmehr werden Menschen, die Hunde und Katzen verspeisen, häufig als abergläubisch angesehen. Vgl. Kalkhof.

11 Siehe Hanafi: Corona-Virus, Minute 02:48–05:54.

12 Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 09:21.

13 Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 11:17. Abul Baraa erklärt, es handele sich tatsächlich um „Konzentrationslager“, und angesichts der Umstände spreche er bewusst davon, dass die Chinesen die Uiguren dort wie Tiere „halten“ würden.

14 Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 15:38. Yasin al-Hanafi übt in seinem Video ebenfalls Kritik an der chinesischen Regierung. Das Land sei „abartig,



Abb. 2: Furkan Abdulah

Quelle: Furkan Abdullah: Stellungnahme zur Corona Krise [sic!] | 20.03.2020 | Furkan bin Abdullah, Facebook, Link: <https://youtu.be/x9J5qGnFTqI> [eingesehen am 18.07.2020].

sche Präsident Xi Jinping – den Abul Baraa als „Verbrecher“ bezeichnet, den Gott mit ungekannten Krankheiten strafen möge – habe allerdings mittlerweile erkannt, dass das Auftreten des Virus eine göttliche Strafe gewesen sei und habe sich daher gezwungen gesehen, eine Moschee aufzusuchen und die Muslime zu Bittgebeten aufzufordern, um die Pandemie von China abzuwenden. So habe Allah einen Weg gefunden, Xi zu erniedrigen. Abul Baraa erklärt, das Geschehen sei durch ein Video dokumentiert, das er selbst gesehen habe,¹⁵ doch offenbar ist er hier auf eine im Internet kursierende

Falschmeldung hereingefallen, in der ein Video von einem Moscheebesuch Xis im Jahre 2016 als Beleg für seinen vermeintlichen Bittgang im Kontext der Corona-Krise herangezogen wird.¹⁶ Die von China verübten Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Uiguren wurden aus im letzten Herbst geleakten Dokumenten aus dem chinesischen Überwachungsapparat Anfang des Jahres in einer Reportage deutscher Journalisten zusammengefasst. Demnach seien mit der Begründung zur Terrorbekämpfung ca. eine Millionen Uiguren in sog. „Umerziehungslager[n]“ inhaftiert.¹⁷

widerwärtig, kommunistisch“ und das kommunistische Regime „volksverbrecherisch“ (vgl. Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 09:43). Die Hauptschuld für den Verstoß gegen die göttlichen Gebote wie die Speisevorschriften treffe aber die Menschen, da zumindest Nicht-Muslime auch in China einen gewissen Handlungsspielraum hätten. Deshalb würden die Menschen mit der Krankheit bestraft. Vgl. Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 09:02.

15 Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 12:40.

16 O. V.: Old Video of Chinese Prez at Mosque Revived Amid Coronavirus Scare, in: The Quint, 05.02.2020, URL: <https://www.thequint.com/news/webqoof/video-of-chinese-president-xi-jin-ping-visiting-mosque-amid-coronavirus-scare-fact-check> [eingesehen am 28.07.2020].

17 Vgl. Adelhardt, Christine, et al.: „China: Uiguren weggesperrt in Lagern“, Weltbilder, 18.02.2020, URL: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/weltbilder/China-Uiguren-weggesperrt-in-Lagern,weltbil->

Obwohl Abul Baraa zurecht den Vorwurf der Unterdrückung der muslimischen Minderheit Chinas erhebt, ist die von ihm vorgebrachte Vorstellung, Gott habe das Virus gesandt, um die übrige chinesische Bevölkerung für das Handeln ihrer Regierung zu bestrafen, mittlerweile wahrscheinlich auch für Muslime, die an einen strafenden Gott glauben, nicht plausibel. Denn das Virus hat sich nach wenigen Monaten auf der ganzen Welt ausgebreitet und Opfer gefordert, auch in muslimisch geprägten Ländern, während die Opferzahlen in China bisher – relativ – gering geblieben sind.

Daher gehen die hier analysierten Akteure zusehends dazu über, zu erklären, warum die Pandemie aus islamisch-religiöser Sicht als Botschaft an die ganze Menschheit verstanden werden kann. Vor allem Furkan Abdullah sieht die Corona-Krise als eines der „kleinen“ Vorzeichen der Apokalypse an, auf die bald größere folgen würden, die das Weltende einleiten.¹⁸

Allerdings habe die Krise der Menschheit auch ein „Wir-Gefühl“ verliehen, das ihr sonst fehle. Dies werde deutlich, wenn die Toten eines Terroranschlags auf Charlie Hebdo in Frankreich viel Aufmerksamkeit erhielten, obwohl die Opfer französischer Bomben in Mali oder russischer Angriffe im syrischen Idlib gleichgültig hingenommen würden, oder aber wenn über die an Corona Gestorbenen berichtet werde, nicht aber darüber, dass in armen Ländern seit Jahren zahllose Menschen den Hungertod

sterben würden. Das Virus lehre aber, dass das Denken in nationalen Grenzen überwunden werden müsse.¹⁹ In diesem Zusammenhang kritisiert er auch den Kapitalismus und dessen Folgen für Klimawandel, Wirtschaftskrisen und die ethischen Grundlagen der Gesellschaft. Die Menschen in Deutschland (aber auch in anderen Staaten wie der Türkei) würden unter einer verfehlten Einschätzung der Realität leiden. Um seine Argumentation zu stützen, zieht er einen Vergleich zwischen der Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, als in Deutschland große Nahrungsknappheit geherrscht habe und die Menschen dennoch miteinander ihre Lebensmittel geteilt hätten, und der Situation zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Videos im März 2020, als es keine solche Knappheit gegeben habe und die Menschen durch „Hamsterkäufe“ dennoch ihre unsolidarische Einstellung gezeigt hätten. Der „Säkularismus“ und der *Tāgūt*²⁰-Staat seien für diesen Werteverfall verantwortlich.²¹ „Mit dem Säkularismus – sie haben in hundert Jahren den Menschen entwertet, sie haben die Werte [aus der Gesellschaft] rausgeholt. Das einzigste [sic!], was die Gesellschaft – hier in Europa, aber leider auch in unseren Ländern – zusammenhält, ist das Geld.“²² Es entsteht der Eindruck, dass Abdullah jegliche areligiösen Vorstellungen nicht

der7850.html und <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/weltbilder/Weltbilder/sendung998166.html> [eingesehen am 20.07.2020]. Die Gründe hierfür seien z. B. das Anklicken einer dem chinesischen Regime missliebigen Internetseite, das Beantragen eines Reisepasses oder das Tragen eines langen (islamischen) Bartes. Der häufigste Grund, warum ein Mensch in ein Lager gesperrt werde, sei jedoch, dass er oder sie aus Sicht der chinesischen Regierung zu viele Kinder bekommen hätte.

18 Siehe Abdullah: Corona, ab Minute 32:37.

19 Siehe Abdullah: Corona, Minute 19:32–23:25.

20 „Taghut“ heißt hier soviel wie Tyrann, der nicht nach den Geboten des Islam herrscht.

21 Siehe Abdullah: Corona, Minute 23:44–37:15.

22 Siehe Abdullah: Corona, ab Minute 35:58. Während Abdullah den Materialismus der Gesellschaft anprangert, kritisiert Abul Baraa in seinem Video den Hedonismus der Gesellschaft. Die Corona-Krise habe dazu geführt, dass die Menschen nicht mehr ihrem Lebensinhalt nachgehen könnten, der für sie im Besuch von Fußballstadien, Restaurants, Theatern und Diskotheken bestehen würde. Damit fällt er ein ähnliches Pauschalurteil über die Gesellschaft wie Furkan Abdullah und blendet an der Stelle aus, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auch in die Lebensführung frommer Muslime eingriffen, die

nur ablehnt, sondern ausschließt, dass diese überhaupt Grundlage für ethisches Verhalten sein können. Doch bemerkenswerterweise könne nicht nur der Islam Werte vermitteln, sondern es könne auch „nicht-islamische“ bzw. „christliche“ Werte geben.²³ Jedes Volk – ob das deutsche, russische oder französische – könne seine eigenen Werte haben.²⁴ Hier muss angemerkt werden, dass gerade die säkularisierende Wirkung der Nationalstaatsgründung dazu beigetragen hat, dass die Völker ihre eigenen Werte entwickelten. Ebenso wenig kohärent erscheint seine Solidaritätseinschätzung der Endphase des Zweiten Weltkriegs in der Angehörige vieler Minderheiten verfolgt oder gar ermordet wurden; außerdem berücksichtigt er nicht, dass die Corona-Krise gerade zu solidarischem Handeln wie Einkaufshilfen etc. animiert hat.

Allerdings fällt auf, dass Abdullah trotz seiner gesellschaftlichen Fundamentalkritik die Pandemie weder leugnet noch herunterspielt. Vielmehr kritisiert er andere Muslime für die Leugnung der Pandemie: Trotz seiner radikalen Ablehnung des politischen Systems – er sieht die Teilnahme an demokratischen Wahlen als „Kufr“ (Unglaube) an²⁵ – betont er, dass Muslime den Empfehlungen des staatlichen Robert Koch-Institutes (RKI) folgen sollten, ebenso wie den Maßnahmen der Bundesregierung, die sich durch das RKI beraten ließe. Auch nach den Anweisungen von Ärzten könne man sich ruhig richten, da sie unabhängig von Weisungen des unislamischen Staates handelten, um der Gesellschaft bei der Bekämpfung der Pandemie zu helfen. Das widerspreche nicht der Scharia.²⁶

Betrachtet man Furkan Abdullahs Video in der Gesamtschau, wird deutlich, dass es von Widersprüchen durchzogen ist: Einerseits sieht er die Corona-Pandemie als ein Vorzeichen der Apokalypse, die nicht mehr allzu weit entfernt sei. Andererseits erklärt er, nicht zur Panik aufrufen zu wollen und wehrt sich gegen eine Verschwörungsmentalität unter Muslimen. Dabei scheint er sich nicht mit seinem ebenfalls für das Netzwerk „Im Auftrag des Islam“ tätigen Kollegen Yasin al-Hanafi abgesprochen zu haben, der in seinem Video, das wenige Wochen vor Abdullahs veröffentlicht worden war, eine Verschwörungstheorie über die Pharma-Industrie postuliert hat.

Diese Branche sei nur an einer Behandlung der Symptome des SARS-CoV-2-Virus interessiert und nicht an der kostspieligen Entwicklung eines Impfstoffes. Das sei der Tatsache geschuldet, dass die Pharma-Industrie in den Händen privater Kapitalgeber sei und profitorientiert arbeite. Eine medikamentöse Behandlung der Symptome biete eine permanente Geldquelle, während ein Impfstoff trotz hoher Forschungs- und Entwicklungskosten nur einmalig Einnahmen generiere. In diesem Zusammenhang verweist Hanafi auf HIV-Patienten, denen bis heute auch nur eine medikamentöse Behandlung und kein Impfstoff angeboten werde.²⁷ Indes beweisen die 170 Forschungsprojekte weltweit, die damit beschäftigt sind, einen Impfstoff zu entwickeln, das Gegenteil seiner Behauptungen. Die Forschungskosten sind jedoch in der Tat sehr hoch, weshalb viele Projekte durch eine Reihe von Geldgebern unterstützt werden, z. B. durch die deutsche Bundesregierung, aber auch von der Bill & Melinda Gates Foundation.²⁸ Bemerkenswert ist,

zeitweise keine Moscheen mehr besuchen konnten. Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 15:53.

23 Siehe Abdullah: Corona, ab Minute 35:50.

24 Siehe Abdullah: Corona, ab Minute 36:36.

25 Siehe Abdullah: Corona, ab Minute 48:29.

26 Siehe Abdullah: Corona, ab Minute 47:11.

27 Siehe Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 11:31.

28 Siehe o. V.: Impfstoffe zum Schutz vor Covid-19, der neuen Coronavirus-Infektion, in: Verband Forschender Arzneimittelhersteller, 23.07.2020, URL: <https://www.vfa.de/de/arzneimittel-forschung/woran-wir-forschen/impfstoffe-zum-schutz-vor-coronavirus-2019-ncov> [eingesehen am 23.07.2020].



Abb. 3: Yasin al Hanafi

Quelle: Yasin al Hanafi: 06- MAGAZIN KOMMENTARE^{HD} Corona-Virus 2020 | YASIN AL-HANAFI, YouTube, 05.03.2020, Link: <https://youtu.be/32gRTNnaw4> [eingesehen am 18.07.2020]

dass die hier untersuchten Protagonisten die Verschwörungstheorien, die sich rund um Bill Gates' Impfprogramme ranken und bei vielen rechtsradikalen Akteuren verbreitet sind,²⁹ nicht thematisieren. Im Gegenteil beklagt Hanafi mit seiner Verschwörungstheorie ja gerade das Fehlen eines Impfstoffes.

einen Hadith³¹ des Propheten Mohammed – auf den auch Abul Baraa verweist³² –, in dem dieser Schwarzkümmel als Mittel gegen alle Krankheiten empfiehlt; nur den Tod selbst könne das Mittel nicht abwenden.³³ Darüber hinaus führen alle drei hier untersuchten Akteure einen weiteren Hadith des Propheten Moham-

Schwarzkümmel gegen Corona?

Um der Pharma-Industrie nicht zu noch mehr Geld zu verhelfen, so Hanafi, gebe es ein viel kostengünstigeres, natürliches Heilmittel, das allerdings langsamer wirke als konventionelle Medikamente.³⁰ Hanafi zitiert auf Arabisch

behaupte, die Produkte der Pharmaindustrie könne man mit Naturheilmitteln substituieren: „Ich hör' mich jetzt wahrscheinlich an wie diese ganzen Rechtsradikalen, weil auch sie – sie haben auch so 'n Anti-Pharma-... -Haltung, sie erzählen auch die ganze Zeit davon. Aber nein. Natürlich bin ich kein Rechtsradikaler, al-Hamdu li-LLāh!“ Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 18:44.

29 Siehe hierzu den Beitrag von Joris Sprengeler in diesem Band.

30 Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 19:08. Interessanterweise verweist Hanafi in diesem Zusammenhang selbst darauf, dass er ähnlich wie manche Rechtsradikale argumentiere, wenn er

31 Siehe Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 19:15. Ein Hadith bezeichnet eine Aussage Mohammeds zu einem bestimmten Thema.

32 Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 40:34.

33 Ṣaḥīḥ al-Buḥārī, Buch 76, Hadith 10, zitiert nach Sunnah.com – Sayings and Teachings of Prophet Muhammad, URL: <https://sunnah.com/bukhari/76/10> [eingesehen am 30.07.2020].

med an, in dem er die Gläubigen anweist, eine Region, in der die Pest (arabisch Ṭāūn) auftritt, nicht zu bereisen; in dem Fall, dass sie sich bereits dort befänden, sollten sie die Gegend hingegen nicht verlassen.³⁴ Eine solche Handlungsanweisung kommt modernen Quarantänemaßnahmen schon ziemlich nahe.

Abul Baraa widmet sich ebenfalls der Frage, wie sich ein Muslim angesichts der Pandemie verhalten müsse, etwa, ob männliche Muslime das Freitagsgebet weiterhin in der Moschee verrichten müssten. Er betont, dass es in Regionen, in denen das Virus kaum verbreitet ist, durchaus angebracht sei, freitags in der Moschee zu beten, da es schließlich eine Pflicht sei. Allerdings sollte man dabei nicht jeden „knuddeln“. Auch sollten sich die Muslime nicht in großen Gruppen versammeln; gegen den Gebrauch einer Maske sei nichts einzuwenden.³⁵ Das Einhalten eines Abstandes von 1,5 Metern zum Nebenmann entsprechend der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung widerspreche zwar der Sunna, doch ungültig würde das Gebet dadurch nicht.³⁶ Der Berliner Prediger ruft darüber hinaus auch dazu auf, den Moscheeleitungen keine Vorwürfe zu machen, wenn sie ihre Gebetsstätten angesichts der Corona-Krise auf Anweisung schließen wür-

den.³⁷ Als Alternative gäbe es für die Muslime weithin die Möglichkeit, ihre Gebete Zuhause zu verrichten. Außerdem könne man in diesen Zeiten Bittgebete verrichten, um Gott um ein Ende der Krise zu bitten.³⁸

Fazit

Alle drei untersuchten Videos weisen also eine wichtige Gemeinsamkeit auf: Muslimen wird mit Verweis auf den Pest-Hadith empfohlen, während der Corona-Krise Risikogebiete zu meiden und auf Reisen zu verzichten, wenn sie selbst aus einer erheblich von der Pandemie betroffenen Region kommen. Der Hadith eignet sich gut als religiöse Begründung dafür, die Empfehlungen des RKI sowie die Anordnungen von Behörden zur Eindämmung des Infektionsgeschehens zu befolgen. Diese für Muslime verbindliche Überlieferung ist wohl auch eine Erklärung dafür, dass die hier betrachteten Akteure nicht zum Boykott dieser Maßnahmen aufrufen, wie es viele rechtsradikale Akteure und andere Anhänger von Verschwörungstheorien tun. Diese Einigkeit bröckelt jedoch, wenn es um die viel weitreichendere Frage der politischen Einordnung der Krise geht: Hier findet sich ein bizarres Repertoire aus religiösen Deutungen, moralischer Kritik an der vermeintlichen Dekadenz der hedonistischen Gesellschaft sowie verschwörungstheoretischem Denken. Es entsteht also letztlich ein Bild, in dem die Akteure entgegen ihrer sonst üblichen staatskritischen bis -ablehnenden Haltung – auch im Vergleich zu anderen politischen Kräften – eher Staatskonformität suggerieren, um dann jedoch mit ganz eigenen (zum Teil verschwörungstheoretischen)

34 Siehe hierzu Abul Baraa: Corona, ab Minute 5:10; Hanafi: Corona-Virus, ab Minute 22:00; wie auch Abdullah: Corona, ab Minute 58:33. Der Hadith findet sich im Ṣaḥīḥ al-Buḥārī, Buch 76, Hadith 43, zitiert nach Sunnah.com – Sayings and Teachings of Prophet Muhammad, URL: <https://sunnah.com/bukhari/76/43> [eingesehen am 30.07.2020]. Der Wortlaut des Ṣaḥīḥ al-Buḥārī weicht teilweise von den Zitaten in den Videos ab.

35 Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 24:20.

36 Vgl. Abul Baraa: Macht der Abstand von 1,5m in den Moscheen zwischen Betenden das Gebet Ungültig?, Facebook, 04.05.2020, URL: <https://www.facebook.com/Ahmadabulbaraa/videos/185519309217645/> [eingesehen am 24.07.2020].

37 Vgl. Abul Baraa: In die Moschee zurück trotz der neuen Coronaregeln oder lieber Zuhause beten?, Facebook, 06.05.2020, URL: <https://www.facebook.com/Ahmadabulbaraa/videos/322242462071748/> [eingesehen am 24.07.2020].

38 Siehe Abul Baraa: Corona, ab Minute 20:59.

Interpretationen der Krise letztlich wieder in ihre alten Verhaltensmuster zurückzufallen, nur um ihren Communitys eine Erklärung für diese Krise liefern zu können.



Florian Grahmann, B.A., geb. 1995, studiert Politikwissenschaft im Master an der Universität Göttingen und ist seit 2018 studentische Hilfskraft der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



Lino Klevesath, M.A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Amtsenthörung per YouTube

„Im Auftrag des Islam“ rechnet
mit Metin Kaplan ab

Zhaklina Hoxhaj / Lino Klevesath

Die drei Männer, die sich gemächlich von ihren Stühlen erheben, machen einen entschlossenen Eindruck. Vor ihnen liegen auf einem mit einem schwarzen Tuch bedeckten Tisch viele Bücher und Unterlagen. An der Wand hinter ihnen ist eine grüne Bordüre zu sehen, die in weißer Kalligrafie mit dem islamischen Glaubensbekenntnis verziert ist, und eine Holztafel, die ebenfalls schmuckvoll mit der Schahāda beschriftet ist. Im Hintergrund ertönt ernste Musik. Sie werden gleich ein Urteil verkünden: Metin Kaplan, der einst für sich beanspruchte, der Kalif zu sein, also der Stellvertreter des Propheten und Anführer aller Muslime, wird sämtlicher Ämter enthoben. Mehr noch: Er habe sich des Kufr (Unglaube) schuldig ge-

macht und Schirk begangen, also Gott andere Autoritäten „beigesellt“ und sich somit vom Prinzip des Monotheismus abgewandt. Für die Richter ist klar: Er ist gar kein Muslim!

Unbedarfte Zuschauer, die im Internet diesen vom Netzwerk „Im Auftrag des Islam“ bei YouTube dokumentierten Prozess¹ ansehen, mögen zunächst verwundert sein: Ist das islamische Kalifenamt nicht schon lange Geschichte?

¹ Im Auftrag des Islam TV: Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, YouTube, 15.05.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=EDLQ8c5MCoY&feature=youtu.be> [eingesehen am 20.07.2020]. Im Video selbst heißt es, der Vortrag sei bereits am 9. und 10.05.2020 gehalten worden (ab Minute 1:13:44). Die Urteilsverkündung ist am Ende des Videos dokumentiert (ab Minute 3:47:30).

Tatsächlich gibt es in der islamischen Welt seit 1924, als Mustafa Kemal Atatürk in der Türkei das Kalifat abschaffen ließ und Abdülmecid II., den letzten Amtsinhaber, ins Exil zwang, keinen Kalifen mehr. Doch eine kleine Gruppe von türkischstämmigen Muslimen in Deutschland sah das anders: Die Anhänger des Kölner Predigers Cemaleddin Kaplan spalteten sich in den frühen 1980er Jahren von der Milli-Görüş-Gemeinde ab, da sie glaubten, dass der Sturz des säkularen Systems in der Türkei und die Wiedereinführung des Kalifats nicht über den parlamentarischen Weg bewirkt, sondern nur durch eine revolutionäre Aktion erkämpft werden könne. Es sei sinnlos, wenn die Milli-Görüş-Bewegung mit der Gründung der Partei Refah Partisi einen neuen Versuch unternehme, das politische System der Türkei von innen zu verändern. Denn das Verbot der Vorgängerpartei Millî Selamet Partisi nach dem türkischen Militärputsch 1980 habe gezeigt, dass das säkularistische Militär notfalls die demokratischen Regeln breche, um islamische Parteien zu stoppen. Doch auch die von Kaplan erhoffte Revolution blieb aus. Seine Bewegung musste weiter im deutschen Exil ausharren und verlor die meisten seiner Anhänger. Doch es gelang ihm, seine verbliebene Gemeinschaft immer straffer zu führen, die sich zunehmend in eine Sekte verwandelte. 1994 kam Kaplan zu der Überzeugung, er selbst sei zur Führung aller Muslime berufen und rief sich zum Kalifen aus, weshalb seine Organisation fortan als „Kalifatstaat“ bekannt wurde. Doch schon ein Jahr später starb Kaplan. Sein Sohn Metin folgte ihm als „Kalif“ nach. Der Berliner Ibrahim Sofu, der ebenfalls das Kalifat beanspruchte, wurde 1997 ermordet, nachdem Kaplan Junior öffentlich zu der Tat aufgerufen hatte.² Wegen dieses öffentlichen Mordaufrufs wurde er 2000 zu vier Jahren Haft verurteilt und 2004 in die Türkei abgeschoben, wo er bis 2016 erneut

eine jahrelange Haft absitzen musste.³ Der Kalifatstaat wurde 2001 verboten.⁴ Schon damals schien der bizarre Versuch, das Kalifat wiederzubeleben, gescheitert.

Doch zumindest ein Teil der Anhängerschaft hielt Metin Kaplan trotz seiner Inhaftierung und des Vereinsverbots die Treue – Strukturen des Kalifatstaats wurden informell weiterbetrieben. Auch in Göttingen existiert bis heute eine inoffizielle Moschee der von Cemaleddin Kaplan begründeten Bewegung. Und die Aktivisten des Netzwerks „Im Auftrag des Islam“, das in Nordhessen und Südniedersachsen aktiv ist, brachten viele Jahre ihre Unterstützung für Metin Kaplan zum Ausdruck. Obwohl sie mit ihrer Position unter den Muslimen in Deutschland weitgehend isoliert waren, organisierten sie 2014 sogar eine Solidaritätsdemonstration in Berlin.⁵ Deswegen ist das Video „Klarstellung zum Thema Metin Kaplan“, das am 15. Mai 2020 veröffentlicht wurde und mit der Verurteilung und Exkommunikation Kaplans endet, eine überraschende Kehrtwende der Gruppe. Doch wie begründen Furkan bin Abdullah (eigentlich Furkan Karacar), Yasin al-Hanafi (alias Yasin Bala) und „Azad“ (dessen bürgerlicher Name unbekannt ist) diesen Bruch mit Kaplan und wie ist das Zerwürfnis zu erklären?

2 Die Darstellung folgt Schiffauer, Werner: Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland, Frankfurt a. M. 2000.

3 Demirci, Ayhan: „Kalif von Köln“: Metin Kaplan (64) auf freiem Fuß – Prozess wird neu aufgerollt!, in: Express.de, 16.11.2016, URL: <https://www.express.de/koeln/-kalif-von-koeln--metin-kaplan-64--auf-freiem-fuss---prozess-wird-neu-aufgerollt--25108102> [eingesehen am 31.07.2020].

4 O. V.: Bundesverfassungsgericht: Kalifatstaat von Metin Kaplan bleibt verboten, in: FAZ, 17.10.2003, URL: <https://www.faz.net/1.129223> [eingesehen am 31.07.2020].

5 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 20:58.

Der Streit um den Ramadanbeginn und die Verbannung aus der Kaplan-Bewegung

Auslöser des Konflikts sollen Unstimmigkeiten bezüglich der Neumondsichtung für den Ramadan im Mai 2018 (1439 nach islamischer Zeitrechnung) gewesen sein.⁶ Im Islam ist die Sichtung des Neumonds für die Bestimmung des Monatsbeginns maßgeblich. Wird der Neumond am 29. Tag des Vormonats Schābān gesichtet, beginnt der Ramadan am Folgetag – ist er (etwa wegen Bewölkung) nicht zu sehen, beginnt die Fastenzeit erst am übernächsten Tag.

Furkan Abdullah erklärt im Video, Metin Kaplan persönlich habe ihn für die Sichtung des Mondes eingesetzt; gemeinsam hätten sie die Ramadanzeit ausrufen wollen. Jedoch waren sich Abdullah und Kaplan über den Beginn des Ramadans uneinig. Da Abdullah zufolge in der gesamten islamischen Welt der Neumond am 16. Mai nicht gesichtet wurde, beginne der Ramadan erst am 17. Mai. Kaplan aber verkündete für seine Anhängerschaft den 16. Mai, ohne dafür eine für Abdullah schlüssige Begründung zu liefern. Damit ließ Kaplan die Fastenzeit am selben Tag ausrufen wie die türkische Religionsbehörde Diyanet, die den Ramadanbeginn allerdings ohne Mondsichtung berechnet. Abdullah hingegen vertrat die etwa in Saudi-Arabien herrschende Linie, wonach eine bloße Berechnung als islamwidrig abzulehnen sei.

Abdullah forderte, dass Kaplan zugeben müsse, einen Fehler begangen zu haben. Dazu war Kaplan jedoch nicht bereit. Vielmehr sprach er den Bann über Abdullah und seine Gruppe aus.⁷ Die Moschee der Gruppe erklärte er – eine koranische Wendung aufgreifend – als *masğidu’ d-đirār* (Moschee des Schadens) und verbot seinen Anhängern damit implizit, sie zu

betreten.⁸ Damit war das Zerwürfnis komplett. Abdullah und seine Mitstreiter geben an, in den Monaten danach mehrfach Schlichtungsversuche unternommen zu haben, um den Streit mit Kaplan beizulegen. Da Kaplan aber auf eine Entschuldigung bestanden habe und zu keinem Gespräch bereit gewesen sei, habe sich die Gruppe dazu entschlossen, den Bruch mit Kaplan öffentlich zu machen. Sie hätten angesichts dessen Fehlverhaltens nicht mehr mit ihm in Verbindung gebracht werden wollen.⁹

Der Konflikt hinter dem Konflikt

Hinter dem vermeintlichen Streit um den Ramadanbeginn verbirgt sich eine tiefergehende Spannung, die die Frage betrifft, wie die islamischen Quellen, also Koran und Sunna, überhaupt zu verstehen sind. Unter Muslimen gibt es einen grundlegenden Dissens darüber, ob Koran und Sunna ausschließlich wortwörtlich gelesen werden müssen (dann ist die Mondsichtung zwingend) oder sie auch interpretierbar sind und demnach nur sinngemäß, also entsprechend der mutmaßlichen göttlichen Intention, die dem Gebot zugrunde liegt, befolgt werden können (dann ist auch eine Berechnung gerechtfertigt). Nach Auffassung von Abdullah ist die Berechnung der Erscheinung des Neumondes und damit des Beginns des Ramadans unzulässig; diejenigen, die sich aber dennoch nach Berechnungen richten würden, handeln gegen die Scharīa.¹⁰ Die Tatsache, dass Abdullah im Video behauptet, die gesamte islamische Welt sei sich 2018 über

6 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 31:33.

7 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 45:45.

8 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:12:10. Vgl. Koran 9:107–108, URL: <http://tanzil.net/#9:107>.

9 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 1:02:52.

10 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 54:01 sowie 56:01 zum Verbot der Berechnung des Monatsanfangs in der hanafitischen Rechtsschule.

die Mondsichtung einig gewesen, obwohl sehr viele Muslime weltweit wie Kaplan bereits am 16. Mai mit dem Ramadan-Fasten begannen, zeigt, dass er Menschen, die die Fastenzeit anhand von Berechnungen begehen, gar nicht als richtige Muslime akzeptiert. Vor allem steht das Netzwerk „Im Auftrag des Islam“ (IADI) mit ihrer Haltung im völligen Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit in der Türkei sowie den allermeisten Muslimen in Deutschland, die diesen Berechnungen folgen. In dieser Abgrenzung zeigt sich auch der Konflikt zwischen der vermeintlich authentischen und einzig korrekten Religionsausübung der IADI-Gruppe und des Religionsverständnisses der türkischen Mehrheitsgesellschaft. IADI lehnt die türkische Republik und deren Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ab, der ihrer Auffassung nach kein Muslim ist, denn ein Muslim dürfe kein Staatsoberhaupt einer säkularen Republik sein. Er müsse daher sogar als Kāfir (Ungläubiger) bezeichnet werden.

Die Ablehnung der Türkei geht mit einer kategorischen Ablehnung der Demokratie einher. Für die IADI-Gruppe gelten jegliche Formen von demokratischen Verfahren als Schirk (Polytheismus); demnach sind nicht nur diejenigen, die bei demokratischen Wahlen kandidieren, Apostaten, sondern auch diejenigen, die dabei als Wähler teilnehmen. Auf sie müsse zwingend der sogenannte Takfir (die Exkommunikation aus dem Islam) ausgesprochen werden. Mit dieser radikalen Position vertritt die IADI-Gruppe eine harte antidemokratische Linie, die so nicht einmal von vielen Salafisten vertreten wird. Teile des salafistischen Spektrums akzeptieren demokratische Entscheidungen zumindest für die Bereiche, in denen Koran und Sunna keine klare Regelung vorschreiben.¹¹ Das IADI-Netzwerk folgt

hingegen der Schirk-Fatwā¹² von Cemaleddin Kaplan, der zufolge der Takfir nicht nur auf alle Parlamentarier und Wähler auszusprechen sei, sondern auch auf diejenigen, die diese beiden Gruppen nicht als Ungläubige verurteilen. Diese Exkommunikation aufgrund der Nicht-Verurteilung von Taten Dritter wird als „Ketten-Takfir“ bezeichnet und wird von den meisten Salafisten abgelehnt.¹³

Mehr Feind als Freund? Kaplan und der unterlassene Takfir

Metin Kaplan hingegen scheint der Schirk-Fatwā seines Vaters nicht (mehr) zu folgen und die (auf Wahlen gestützte) Herrschaft Erdoğan als islamisch legitimiert anzusehen. So werfen Furkan Abdullah, Yasin al-Hanafi und Azad Kaplan im Video mehrmals vor, den Takfir auf die demokratischen Wähler sowie insbesondere auf die Türkei und dessen Präsidenten Erdoğan unterlassen und zu diesem Thema geschwiegen zu haben. Sie beschuldigen ihn

islamkonform. Vgl. PierreVogelde: „Wie steht der Islam zur Demokratie? Pierre Vogel (9.03.2013 Münster)“, YouTube, 30.07.2018, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=LIV9INIO8xo> [eingesehen am 01.08.2020], ab Minute 09:28.

- 12 Die Schirk-Fatwā bezeichnet ein islamisches Rechtsgutachten von Cemaleddin Kaplan, welches er laut Angaben der offiziellen Seite IADIs am 15.05.1993 erließ: O. V.: Die Schirk-Fatwā von Cemaleddin Kaplan, in: Im Auftrag des Islam, 05.09.2019, URL: https://www.imauftragdesislam.com/die-schirk-fetwa-von-cemaleddin-kaplan-_d1257.html [eingesehen am 26.07.2020].
- 13 So lehnt etwa der deutsche Salafist Hassan Dabbagh den Ketten-Takfir ab. Vgl. hierzu Wiedl, Nina/Becker, Carmen: Populäre Prediger im deutschen Salafismus: Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Salafismus in Deutschland: Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Global, local Islam, Bielefeld 2014, S.187–215, hier S.190–192.

11 So erklärt etwa Pierre Vogel, einer der bekanntesten Salafisten in Deutschland, eine Dīmqrāṭiyya muqayyada, also eine „beschränkte Demokratie“, die sich im Rahmen der von Koran und Sunna festgesetzten Regeln der Schaṛīa bewegt, für

sogar, einen Pro-Erdoğan-Beitrag auf Facebook geteilt zu haben, in dem Erdoğan als Ra'īs, also als „Präsident“ oder „Oberhaupt“ (und damit implizit als legitimer „Führer“) beschrieben wird.¹⁴ Das Unterlassen des Takfirs und das Ignorieren von Cemaleddins Schirk-Fatwā stellt für IADI ein schwerwiegendes Problem dar. Sie sehen die Fatwā als „fundamentale Angelegenheit“ und sogar „Lebensphilosophie“ für die Organisation des Kalifatstaats, die immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse. Sie sei aus Koran und Sunna abgeleitet und niemand habe sich an einer Widerlegung versucht.¹⁵ Hanafi geht sogar noch weiter und erklärt die Beachtung der Fatwā zum Maßstab für die Unterscheidung von Glaube und Unglaube. Dank dieser Fatwā, so Hanafi, wisse man, was Aqīda (Bekenntnis) und Tauḥīd (Glaube an die Einheit Gottes) ist und wer Freund und wer Feind ist. Sie schütze vor dem Unglaube.¹⁶ Doch mit seinem Verhalten, so Hanafi, habe Kaplan nach seiner Entlassung aus deutscher Haft 2003 „kontinuierlich daran gearbeitet, die Schirk-Fatwā von Cemaleddin Hoca“¹⁷ komplett aufzuheben“.¹⁸

Metin Kaplan scheint heute offenbar einen „moderateren“ Kurs als sein Vater zu verfolgen, der nicht mit dem radikalen Islamverständ-

nis von IADI übereinstimmt. Doch tatsächlich erklären die Protagonisten des IADI selbst, dass Metin nicht erst in den letzten Jahren, sondern schon kurz nach dem Tod seines Vaters von dessen Lehre und damit vom wahren Islam abgewichen sei.¹⁹ Dies spiegele auch das Verhältnis Kaplans zum 1997 ermordeten Kalifatstaat-Richter Ibrahim „Yusuf“ Sofu wider (s. o.). Hanafi schildert im Video, dass Sofu ein Buch über das demokratische System verfasst habe, in dem er die Demokratie gemäß der Lehre Cemaleddin Kaplans eindeutig verurteilt habe. Kaplan habe bei der Korrektur des Buches mehrere Änderungen vorgenommen und ersetzte laut Hanafi die Textstellen, in denen die Begriffe „Präsidenten“ und „Premierminister“ vorkamen, durch „falsche Anführer“ und „demokratische[s] System“ durch „falsche Systeme“. So sollte die Grundsatzkritik an der Demokratie abgeschwächt werden. Nachdem wenige Seiten des Buches vorab in der Ümmet-i Muhammed, der Zeitschrift der Bewegung, veröffentlicht wurden, soll Kaplan schlussendlich angeordnet haben, dieses Buch nicht weiter zu fördern. Hanafi deutet Kaplans Scheu, die Demokratie in Publikationen der Bewegung klar zu verurteilen, als Angst vor dem deutschen Ṭāghūt-Staat²⁰. Sofu sei schließlich zu dem Schluss gekommen, Kaplan sei der Dağgāl, der nach islamisch eschatologischen Vorstellungen als großer Betrüger der letzten Tage auftritt. Auch Sofu habe Kaplan somit schon den islamischen Glauben und das Kalifenamt abgesprochen.²¹

14 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 2:07:15.

15 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 2:22:39.

16 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 2:26:17.

17 Das türkische Wort Hoca (eingedeutscht „Hod-scha“) stammt ursprünglich aus dem Persischen und bedeutet „Lehrer“. Die Protagonisten von „Im Auftrag des Islam“ nennen Kaplan Hoca als Ehrerbietung und um den Gebrauch seines Nachnamens im Zusammenhang mit seiner Person zu vermeiden: „Kaplan“ bedeutet „Tiger“. Für das IADI-Netzwerk ist es eine heidnische Sitte, Tiernamen als Familiennamen zu nutzen.

18 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 2:22:39.

19 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 2:26:54.

20 Ṭāghūt heißt hier so viel wie Tyrann, der nicht nach den Geboten des Islam herrscht.

21 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 2:27:31.

Mord, Diebstahl und Aqīda-Probleme: Kaplans „Unfähigkeit“, das Kalifenamt auszuüben

Dass Sofu schließlich ermordet wurde, sei die Schuld Kaplans, erklärt Hanafi im Video. Sein Mordaufruf sei dafür verantwortlich gewesen, dass er vor den Augen seiner Frau und sechs Kinder brutal ermordet worden sei.²² Die Behauptung der Kaplan-Anhänger, ihr Kalif habe lediglich Ḥadīthe vortragen wollen, die das staatliche deutsche Gericht dann fälschlich als Tötungsaufruf wertete, entbehre nach glaubwürdigen Zeugenaussagen und Berichten der organisationseigenen Zeitschrift jeder Grundlage.²³ Neben der Tötung Sofus habe Kaplan zudem noch zwei weitere Morde an Menschen zu verantworten – Kaplan habe gefürchtet, die beiden könnten sich mit Informationen über die Bewegung an die Öffentlichkeit wenden.²⁴ Zudem wirft die IADI-Gruppe Kaplan die Veruntreuung von Spenden vor: Er soll Gelder, die er nach seiner Haftentlassung 2016 für den Bau einer Moschee sammeln ließ, für den Kauf eines Privatautos und für eine Urlaubsreise mit seiner Frau zweckentfremdet haben. Bei seiner Verhaftung im Jahre 2000, berichtet Hanafi und legt dabei mehrere Zeitungsartikel vor, sei eine Summe von zwei Millionen DM und sehr viel Gold gefunden worden. Die drei Akteure im Video sind sich sicher, dass Geld und Gold aus den Spendenmitteln stammten.²⁵

Doch diese im Video präsentierte lange Liste an Vergehen ist für die Akteure von IADI gar nicht nötig, um Kaplan zu verurteilen. Für sie ist klar: Allein aufgrund seiner Weigerung, demokratische Wähler als Ungläubige einzustufen,

trifft das Urteil der Schirk-Fatwā (seines Vaters Cemaleddin) Metin Kaplan selbst.²⁶ Er hat sich demnach des Unglaubens schuldig gemacht und ist kein Muslim. Kaplan muss daher von „alljeglichen“ Ämtern enthoben werden.²⁷ Doch selbst wenn man annehme, dass das Urteil der Schirk-Fatwā Metin nicht treffe, sei er schon aufgrund seiner Unfähigkeit unwürdig, das Kalifenamt zu bekleiden. So habe er etwa oft Fragen seiner Anhänger, die die Auslegung des Glaubens betreffen, nicht beantworten können.²⁸

Selbstberufene Erben des Kalifen?

Angesichts dieses umfangreichen Katalogs an Verfehlungen mag der Ärger der IADI-Gruppe, der aus dem harten, 17 Punkte umfassenden Urteil²⁹ spricht, zunächst nachvollziehbar sein. Doch bei Lichte betrachtet wirkt die Empörung über Metin Kaplans Verhalten insgesamt gekünstelt; ihre Argumente sind zudem nicht wirklich überzeugend. Die von der Gruppe vorgelegten Beweise über die Unfähigkeit Kaplans als Befehlshaber der Gläubigen und Kalifen umfassen Ereignisse – wie etwa der Tötungsaufruf gegen Sofu, weitere mutmaßliche Morde oder die unterschlagenen Spendengelder – aus den 1990er-Jahren, die ihnen schon früher bekannt gewesen sein müssten. Ihre Argumentation, dass sie vorher schon mehrfach versucht hätten, Erkundigungen über Metin Kaplan einzuholen, es aber keinen richtigen „Informationszufluss“ gab und ihnen daher nur inkorrekte Informationen übermittelt wurden, wirkt

22 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:16:22.

23 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:28:12.

24 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:32:23.

25 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 2:15:10.

26 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:34:20.

27 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:49:30.

28 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:35:05.

29 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 3:47:55.

nicht glaubwürdig.³⁰ Ihre Aussagen stützen sie vielfach auf Presseberichte und die Texte der Ümmet-i Muhammed, die sie aber schon vor Jahrzehnten hätten zur Kenntnis nehmen können. Auch über Beschwerden über Kaplan nach seiner Haftentlassung 2016 waren IADI nach eigenen Angaben informiert und haben ihm dennoch nicht ihre Solidarität aufgekündigt.³¹

Es spricht daher vieles dafür, dass die IADI-Gruppe nicht aus Empörung über die Verbrechen Kaplans handelte, über die auch ihre Protagonisten lange bereit waren, hinwegzusehen. Vielmehr machte ihnen die Kontroverse um die Ramadan-Berechnung und Kaplans auf Facebook veröffentlichte Sympathiebekundung für den türkischen Präsidenten Erdoğan deutlich, dass ihr bisheriger Kalif gar nicht mehr willens war, die Fundamentalopposition gegen das politische System der Türkei aufrechtzuerhalten, dessen Legitimität in Frage zu stellen

und sich als Kalif und wahres Staatsoberhaupt aller Muslime zu präsentieren. Wahrscheinlich hat die lange Haft Kaplan auch die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens verdeutlicht.

Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die in den frühen 1980er Jahren das Aufkommen der Kalifatstaatsbewegung als radikale islamistische, auf chiliastische Hoffnungen gestützte Alternative zum politischen Status quo am Bosphorus ermöglichten, sind heute nicht mehr gegeben. Während vor vierzig Jahren das türkische Militär mit harter Hand gegen Islamisten vorgeing und so Akteure wie Kaplan ins deutsche Exil drängte, steht der Ziehsohn des früheren islamistischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan heute an der Spitze des Staates. Doch Erdoğan unternimmt keine Versuche, die Säkularstaats-Klausel in Artikel 2 der türkischen Verfassung zu streichen oder die Scharia zur Grundlage der staatlichen Gesetzgebung zu machen, wie es der IADI-Gruppe vorschwebt. Dafür gelingt es ihm, mit symbolischen Handlungen wie der Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee das laizistische Erbe der Türkei in Frage zu stellen, was bei vielen islamisch gesinnten Menschen in der Türkei und unter türkischstämmigen Menschen in Deutschland auf Zustimmung stößt. Junge Menschen, die sich nach einer kompromisslosen Interpretation des Islam ohne Zugeständnisse an die gesellschaftliche Moderne sehnen, werden im transnationalen und seinem Selbstverständnis nach überzeitlichen Salafismus fündig. Eine Spielart des radikalen Islam aber, wie sie die IADI-Gruppe vertritt, die den republikanischen Staatsaufbau kompromisslos ablehnt, mit ihrer auf das Osmanische Reich bezogenen Nostalgie allerdings der türkischen Nationalkultur verhaftet bleibt, erscheint langfristig wenig zukunftsfähig – die Rolle des Erben der türkischen Kalifen kann Recep Tayyip Erdoğan mit seinem islampopulistischen und gleichzeitig realpolitischen Kurs besser spielen.

30 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 25:51.

31 Klarstellung zum Thema Metin Kaplan, ab Minute 27:45.



Lino Klevesath, M.A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Zhaklina Hoxhaj studiert Arabistik und Islamwissenschaft im Bachelor. Sie ist seit Juli 2020 studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Extreme Rechte und ihr Umfeld

„Wenn die weltoffene Stimmung zu kippen droht.“

Die AfD in Salzgitter

Dominik Dewitz / Marie Nolte

13,7 Prozent¹ – und damit mehr als den doppelten Wert des Landesdurchschnitts – erzielte die Alternative für Deutschland (AfD) im Oktober 2017 bei der niedersächsischen Landtagswahl in Salzgitter. Bereits bei der Bundestagswahl einen Monat zuvor waren es 12,3 Prozent.² Auch bei der zwei

Jahre später stattfindenden Europawahl fand der Aufwärtstrend der AfD Salzgitter weitere Bestätigung. Ganze 14,8 Prozent³ der Stimmen konnte sie hier für sich gewinnen und lag damit über dem Landes-, wie auch dem Bundesergebnis der Partei. Die AfD als neue politische Akteurin in Salzgitter, einer Stadt, die über ihre Grenzen hinaus als sozialdemokratische Hochburg bekannt ist. Wie also lässt sich dieser scheinbare Erfolg der AfD in der SPD-Stadt Salzgitter erklären?

1 Ergebnisse der Landtagswahlen der Jahre 1974 bis 2017 stammen vom Server des Landesamtes für Statistik Niedersachsen, URL: <https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp> [eingesehen am 26.08.2020].

2 Ergebnisse aller Bundestagswahlen stammen vom Bundeswahlleiter, URL: <https://bundeswahlleiter.de> [eingesehen am 26.08.2020].

3 Stadt Salzgitter: Europawahl am 26. Mai 2019, Amtliches Endergebnis, URL: <https://www.salzgitter.de/rathaus/wahlen/europawahl2019.php> [eingesehen am 31.07.2020].

Sozialdemokratische Hochburg

Als solche Heimat der Sozialdemokratie offenbart sich das niedersächsische Industriezentrum, sichtbar in der Entwicklung der Wahlergebnisse der letzten Dekaden. Die Sozialdemokrat*innen konnten seit Anfang der 1960er – bis auf wenige Ausnahmen – Land- und Bundestagswahlen stets für sich entscheiden. Lediglich in den Jahren 1982 und 1983 gelang es der CDU – ganz im Stile alt-bundesrepublikanischer Konfliktlinien – mehr Stimmen als die SPD hinter sich zu vereinen.⁴ Ansonsten erzielte die SPD zwischen der Bundestagswahl 1961 und der Landtagswahl 2008 kontinuierlich über 40 Prozent.⁵ In den 1970er Jahren lag sie konstant bei über 50 Prozent der Stimmen, während sie bei der Landtagswahl 1998 sogar knapp 60 Prozent der Salzgitteraner*innen für sich mobilisierte.⁶

Vor diesem Hintergrund überraschen die von der AfD erzielten Wahlergebnisse insofern, dass es sich mit der vergleichsweise jungen Stadt um eine Hochburg des sozialdemokratischen Milieus zu handeln scheint. So macht es den Eindruck, als hätte man mit Salzgitter noch eine waschechte „Arbeiterstadt“ an der Hand, an welcher der Wandel der ökonomischen Struktur in der Bundesrepublik vergleichsweise wenig Spuren hinterlassen habe. Mit Standorten der sogenannten Big Five MAN, VW, Alstom, Bosch sowie der Salzgitter AG ist die Stadt bis heute ein bedeutender Industriestandort.⁷ Dies bildet sich auch in

der Sozialstruktur der Stadt ab, wonach 57 bis 58 Prozent der Erwerbstätigen zwischen den Jahren 2016 und 2018 im sekundären Sektor beschäftigt waren.⁸ Ein für die Bundesrepublik überdurchschnittlich hoher Wert. Gewerkschaftlich sind rund 31.000 Mitglieder in der IG Metall organisiert, die einen einflussreichen Player vor Ort darstellt.⁹ Nicht zuletzt durch diesen bemerkenswerten Organisationsgrad kann sie so in Angelegenheiten der Standortsicherung auch einige Erfolge vorweisen.

Das Schicksal einer Industriestadt

Ohne die Industriearbeit wäre Salzgitter – und das soll noch ein kurzer Blick in die Geschichte der Stadt offenbaren – schlicht nicht zu denken; sie macht das Schicksal der Stadt im positiven wie negativen Sinne aus. Ist die industrielle Stadt einerseits Lebensgrundlage vieler Menschen in der Region, so ist Salzgitter andererseits gezeichnet von scheinbar nicht abreißen wollenden infrastrukturellen Herausforderungen und chronischer Überlastung des kommunalen Haushalts. Schon früh in ihrer jungen Geschichte war die Stadt angewiesen auf finanzielle Hilfen des Bundes und des Landes. Es begann mit der „berühmte[n] Bundesdrucksache 1220“¹⁰, in welcher der Stadt von den – per Gutachten des Ausschuss für Wirtschaftspolitik in Bonn ausgestellten – benötig-

4 Landesamt für Statistik Niedersachsen; Bundeswahlleiter.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 O. V.: Die fantastischen Fünf: Top-Unternehmen aus Salzgitter, in: Die Region Braunschweig – Wolfsburg, URL: <https://die-region.de/leben-arbeiten/erfolgreich-im-job/top-arbeitgeber/die-fantastischen-fuenf-top-unternehmen-aus-salzgitter/> [eingesehen am 25.08.2020].

8 Bertelsmann Stiftung: Statistische Daten zur Stadt Salzgitter, in: Wegweiser-Kommune.de, URL: <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/salzgitter+beschaeftigung+2016-2018+tabelle> [eingesehen am 11.08.2020].

9 IG Metall Salzgitter-Peine: Betriebe in Salzgitter-Peine, URL: <https://www.igmetall-salzgitter-peine.de/betriebe-tarif/> [eingesehen am 11.08.2020].

10 Leuschner, Jörg: Die „Zweite Stadtgründung Salzgitters“. Vom Torso zur Großstadt (Stadtplanung und -bau Salzgitters von 1945 bis 1964/1965), in: Geschichtsverein Salzgitter e. V. (Hrsg.): Salzgitter. Die neue Stadt, Salzgitter 2018, S. 85–105, hier: S. 89.

ten Mitteln zur Sanierung und Erstausrüstung in Höhe von 500 Millionen DM immerhin 20 Millionen DM zugestanden wurden. „[M]it Hilfe des Bundes [...] konnte man eine beeindruckende Aufbauleistung in Salzgitter beginnen“¹¹, wie ein Mitglied des Geschichtsvereins Salzgitter resümiert. Auch siebzig Jahre nach Einsetzen dieser „Aufbauleistung“ klafft weiterhin eine finanzielle Lücke im Haushalt der Stadt, die auch im Jahr 2019 nur durch zusätzliche Gelder des Landes Niedersachsen minimiert werden kann. Die Hilfe von 50 Millionen Euro wird nun allerdings, statt für den Kampf gegen Wohnungsknappheit und mangelnde Infrastruktur wie in den 1950er Jahren, für die Bewältigung im Umgang mit minderwertigem Wohnraum sowie der maroden Infrastruktur benötigt. Demnach sei die Stadt heutzutage einer strukturellen Problemlage ausgesetzt, „die komplexer und dramatischer ist als anderswo“¹², wie der Oberbürgermeister Salzgitters, Frank Klingebiel (CDU), beschreibt. Die qualitativen Unterschiede der finanziellen Förderungen verdeutlichen schon das Schicksal, welchem sich Industriestädte wie Salzgitter in der Zeit nach der Deindustrialisierung ausgesetzt sehen mögen. Nachdem zunächst im Einklang mit dem Wirtschaftswunder die örtlichen Strukturen ausgebaut werden konnten, bedarf es nun finanzieller Hilfen, um diese Strukturen aufrecht zu erhalten und die besondere strukturelle Problemlage zu verwalten. Dieser Dynamik sah man sich, wie man mit Lutz Raphaels Analyse des flächendeckenden Deindustrialisierungsprozesses folgern kann, in der Bundesrepublik bereits in den Jahren der großen Rezessionen der frühen siebziger und achtziger Jahren ausgesetzt.

Dort wurde die Industriepolitik auf Bundesebene auf eine Belastungsprobe gestellt, an deren Ende sich kein positives Resümee ziehen ließ: „Weder Subventionen noch Verstaatlichungen und Konjunkturprogramme konnten die Deindustrialisierungsdynamik stoppen“¹³. Von dieser Spannung ist auch Salzgitter nicht verschont. Die Deindustrialisierung scheint wie das Damoklesschwert über der Stadt zu schweben. In der Folge liegt ein an der Zweck- und Krisenverwaltung orientierter Politikstil nahe, der sich reaktiv zu dem drohenden Szenario verhält. Dieser Umstand scheint sich symbolisch auch im äußerlichen Stadtbild wiederzufinden. Insbesondere das Verwaltungszentrum der Stadt mit dem „polyzentrische[n] Stadtgefüge“¹⁴, der Stadtteil Lebenstedt, ist vom unschmeichelhaften architektonischen Funktionalismus gezeichnet¹⁵, in welchem sich der Großteil des Wohnraumes von minderer Qualität finden lässt, der der Stadt zudem ein etwas angeschlagenes Image beschert. An diesem Image dürfte wohl auch das TV-Format „Hartz und Herzlich“ nicht unbeteiligt gewesen sein, welches für seine Sendereihe in Salzgitter mit der dort bei 9,4 Prozent liegenden, im Bundesdurchschnitt vergleichsweise hohen Arbeitslosenquote wirbt. „Viele der Betroffenen prägen den Stadtteil Lebenstedt“¹⁶, weiß man hier zu berichten und dieser Stadtteil ist zumindest optisch zuvorderst vom Zweck gezeichnet.

11 Ebd.

12 Niedersächsische Staatskanzlei: Ministerpräsident Weil und Oberbürgermeister Klingebiel stellen Strukturhilfeprogramm des Landes für Salzgitter vor, 14.10.2019, URL: <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/ministerpraesident-weil-und-oberburgermeister-klingebiel-stellen-strukturhilfeprogramm-des-landes-fur-salzgitter-vor-181584.html> [eingesehen am 28.07.2020].

13 Raphael, Lutz: *Jenseits von Kohle und Stahl*, Bonn 2019, S. 90.

14 Leuschner, S. 89.

15 Vgl. Schneider, Christian: *Stadt-Bau Salzgitter. 1937–1990*, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992*, München 1992, S. 166–212, hier S. 201–202.

16 RTL II: *Hartz und Herzlich, Salzgitter Lebenstedt Teil 1*, URL: <https://www.rtl2.de/sendungen/hartz-und-herzlich/folge/178696> [eingesehen am 28.07.2020].

Das Bild der Salzgitteraner Arbeiter*innen

Dabei scheint schon die Gründung der Stadt im Jahre 1942 durch die Zusammenlegung einiger Ortschaften und Dörfer im Wesentlichen dem funktionellen Verwaltungszweck unterworfen zu sein. Zuvor erfolgte auf dem Salzgitter-Gebiet die Errichtung der Hermann-Göring-Werke im Jahre 1937, um „ein neues Lothringen, ein neues Zentrum der Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen.“¹⁷ In der Folge sollte der wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes zu Kriegszwecken eine stramme Verwaltungsstruktur zur Seite gestellt werden. Die Stadt selbst, die Wohnungsunterkünfte der Arbeitenden sowie die Infrastruktur wurden unter Zeitdruck an den Reißbrettern und Schreibtischen von „sprunghaften oder eiskalt kalkulierenden Akteuren“ eronnen und trotz der „vielen teilweise gravierenden Streitigkeiten [...] auf der riesigen Baustelle“¹⁸ in die Tat umgesetzt. Dabei war jedoch die Sache der Arbeit in der Stadt im Moment ihrer Gründung zugleich eine ihrer Schattenseiten. Mit den architektonischen Planungsabsichten fiel unter anderem die Errichtung des KZ-Außenlagers Salzgitter-Drütte auf dem Gelände der Hermann-Göring-Werke zusammen. In den Werken selbst fand Zwangsarbeit in besonders großem und drastischem Maße, in der Form der „Vernichtung durch Arbeit“, Anwendung.¹⁹

„Nie hat die IG-Metall verleugnet, daß Salzgitter ein Ort ist, der seine industrielle Entwicklung in vielem der deutschen Hochrüstung

zur Zeit des Faschismus verdankt“²⁰, urteilte so etwa auch der damalige DGB Vorsitzende Dieter Schulte in Anbetracht des fünfzigjährigen Bestehens der Gewerkschaft. Doch seien es schließlich die Arbeiter*innen gewesen, wie der frühere Vorsitzende der IG-Metall Salzgitter in derselben Festschrift feststellte, „die die zerstörten Großbetriebe wieder zum Laufen brachten.“²¹ Die hier geleisteten Fremd- wie Selbsteinschätzungen der Gewerkschafter*innen geben sodann schon Auskunft über die besondere Konfliktlinie, welche die Stadt bestimmt. Auf der einen Seite ihre Genesis im NS-Terror, auf der anderen Seite „der Kampf gegen die Demontage nach dem Krieg in der Auseinandersetzung mit der britischen Besatzungsmacht“²², mit welchem die gewerkschaftlichen Arbeiter*innen im retrospektiven Selbstbild „um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze“ wie „um das Überleben einer ganzen Region“²³ stritten. Eine Region, die nach dem Kriegsende mit infrastrukturellen Problemen zu kämpfen hatte. Die von Hungersnöten und Massenarbeitslosigkeit gezeichnete Stadt wurde dabei in ihrem Mangel an Wohnraum durch den Zuzug von Geflüchteten aus den östlichen Kriegsgebieten weiter belastet.²⁴ Immerzu waren die Bemühungen der „von der Gewerkschaft getragenen demokratischen Kräfte, die das Fundament für eine moderne Industrielandschaft

17 Leuschner, S. 85.

18 Keilmann, Arne: Von der Landschaft zur Stadtlandschaft, in: Geschichtsverein Salzgitter e. V. (Hrsg.): Salzgitter. Die neue Stadt, Salzgitter 2018, S. 41–68, hier S. 41 und 50.

19 Vgl. hierzu ausführlich Wysocki, Gerd: Arbeit für den Krieg. Arbeitseinsatz, Sozialpolitik und staatspolizeiliche Repression bei den Reichswerken „Hermann Göring“ im Salzgitter-Gebiet 1937/38 bis 1945, Braunschweig 1992.

20 Schulte, Dieter: Durch Widerstand ein kämpferisches Profil, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG-Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 13–22, hier S. 15.

21 Zwickel, Klaus: Kampf gegen die Demontage und für die Montanmitbestimmung, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG-Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 9–12, hier S. 12.

22 Ebd.

23 IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter: 50 Jahre IG Metall Salzgitter. Salzgitter 1998, S. 31.

24 Vgl. Schneider, S. 195–196.

legten“²⁵, wie Gerhard Schröder seinerzeit als niedersächsischer Landesminister wohlwollend den Gestaltungswillen Salzgitteraner Arbeiter*innen beschreibt, von politischen und städtebaulichen Verwaltungsakten begleitet, deren Resultat auch die Entwicklung des Stadtteils Lebenstedt war.

Dieser Stadtteil wurde zudem mit dem Jahre 1995 Standort eines der Wahrzeichen der Stadt, des Turms der Arbeit von Jürgen Weber. Erinnern soll das 14 Meter hohe Denkmal an die Gräuel der Zwangsarbeit und gleichzeitig des Widerstands gegen die Demontageabsichten der Briten, jeweils dargestellt in einer der Etagen des Turms. Seine Spitze ziert ein Probenehmer des Hüttenwerks. Hierin soll sich der beschworene (demokratische) Gestaltungswille der Arbeiter*innen mit einem antifaschistischen Erbe zum Gewissen der Stadt legieren. Entlang dieses Bildes der gestaltungswilligen und demokratischen Arbeiter*innen erscheint retrospektiv die Vorherrschaft der Sozialdemokrat*innen als eine Selbstverständlichkeit. Mit Beginn der Jahrtausendwende begann jedoch die Vorherrschaft der SPD in der Stadt zu bröckeln. Nicht mal mehr vierzig Prozent konnten bei den drei vorangegangenen Bundestagswahlen erreicht werden, im Vergleich mit den üblicherweise von der Partei erzielten Ergebnissen ein starker Stimmenverlust. Zwar erlangte man bei der letzten Landtagswahl 2017 mit ca. 45 Prozent ein gutes Ergebnis, vor allem im Bundesvergleich, allerdings zeigte die Bundestagswahl im Monat zuvor, in welcher die SPD nur noch knapp über dreißig Prozent der Stimmen erringen konnte, dass die sozialdemokratische Selbstverständlichkeit Salzgitters droht Geschichte zu werden.²⁶

Dem rechtsradikalen Wählerpotenzial auf der Spur

Es drängt sich die Frage auf, in welcher Relation die Ergebnisse der AfD zu ebenjenem sich abzeichnenden, überspitzt gesprochen, post-sozialdemokratischem Vakuum stehen und inwiefern es der Partei hierbei eventuell gelang, an ein tradiertes rechtsradikales Wählerpotential in der Stadt anzuknüpfen. Für die ersten Jahre der Bundesrepublik zeigt der Blick auf die Wahlergebnisse, dass – neben liberalen und demokratischen – hier auch rechtsradikale Parteien Stimmen gewannen. In Anbetracht der Stadtgeschichte wenig überraschend, gelang es dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), Wähler*innen hinter sich zu versammeln.²⁷ Hinzu kommen die Deutsche Reichspartei (DRP), die Reichspartei (RP) oder auch die Sozialistische Reichspartei (SRP). Während die RP bei der Landtagswahl 1951 mit 5,4 Prozent²⁸ den niedersächsischen Durchschnitt der Partei von 0,1 Prozent drastisch überbot, sprechen die deutlich unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt liegenden Ergebnisse der Deutschen Partei (DP) bei der Landtagswahl 1955²⁹ sowie der SRP bei der

25 Schröder, Gerhard: Aufbau und Festigung demokratischer Strukturen, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG-Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 23–26, hier S. 23.

26 Ebd.

27 Försterling, Reinhard: Neubeginn politischen Lebens nach 1945. Parteigründungen und Wahlen, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 334–357, hier S. 338f und S. 350f.

28 Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik: Wahlen und Abstimmungen. Die Neuwahl zum Niedersächsischen Landtag am 6. Mai 1951, Reihe F, Band 14, Heft 1, 1952, S. 17; Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik: Reihe F, Band 14, Heft 1, Wahlen und Abstimmungen. Die Neuwahl zum Niedersächsischen Landtag am 6. Mai 1951, 1952, S. 17.

29 Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik: Wahlen und Abstimmungen. Die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 24. April 1955, Reihe F, Band 14, Heft 4, 1955, S. 33; Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik: Reihe F, Band 14, Heft 4, Wahlen

Landtagswahl 1951³⁰ jedoch gegen Salzgitter als Stadt mit einem überdurchschnittlichen Potential für Erfolge rechtsradikaler Parteien.

Dafür spricht weiterhin, dass es in den vergangenen fünfzig Jahren – bis zur Gründung der AfD – weder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) noch den Republikanern gelang, große Erfolge in Salzgitter zu erzielen. Mit 6,5 Prozent³¹ erreichte die NPD bei der Landtagswahl 1967 zwar einen Achtungserfolg, der allerdings mit dem zu diesem Zeitpunkt bundesweiten Hoch der Partei korrelierte. Ein ähnliches Ergebnis fuhren die Republikaner 2004 bei der Europawahl ein, wo sie 6,3 Prozent³² der Stimmen gewannen. Wahlen, bei denen beide Parteien antraten, konnten die Republikaner im direkten Vergleich für sich entscheiden. Nichtsdestotrotz lassen sich anhand der überwiegend niedrigen Wahl-

ergebnisse rechtsradikaler Parteien in Salzgitter, zumindest auf der Ebene der Analyse dieser Wahlergebnisse, keine großen Anzeichen dafür finden, dass in Salzgitter schon vor dem Aufstieg der AfD rechtes Gedankengut oder rechte Strömungen nachhaltig verfangen konnten.

Die AfD in Salzgitter

Die Wahlergebnisse Salzgitters zeichnen also das Bild einer sehr lange und sehr deutlich durch die Sozialdemokrat*innen dominierten Stadt, in der, ähnlich wie im bundesweiten Trend, die großen Volksparteien SPD und CDU jedoch zusehends an Stimmen verlieren. Die ersten Erfolge der 2013 gegründeten – damals noch euroskeptischen – AfD in Salzgitter lagen bei der Bundestagswahl im selben Jahr bei 3,9 Prozent³³ sowie bei der Europawahl im darauffolgenden Jahr bei 5,8 Prozent³⁴, womit das Ergebnis Salzgitters den Bundesdurchschnitt unter-, den niedersächsischen jedoch um 0,4 Prozent-Punkte überbot. Bei späteren Wahlen zwischen 2017 und 2019 kratzte die Partei an der 15 Prozent Marke. Die Gründung des Salzgitteraner Kreisverbands der AfD fand im Dezember 2016 statt.³⁵ Der bis dato auf der politischen Bühne weitestgehend unbekannte Micheal Gröger übernahm den Kreisvorsitz. Seitdem trat die AfD vor allem über ihren Facebook-Kanal in Erscheinung, der wiederholt wegen extrem rechter Äußerungen auch über die Grenzen Salzgitters hinaus für Aufsehen

und Abstimmungen. Die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 24. April 1955, 1955, S. 33.

30 Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik: Wahlen und Abstimmungen. Die Neuwahl zum Niedersächsischen Landtag am 6. Mai 1951, Reihe F, Band 14, Heft 1, 1952, S. 17; Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F, Band 14, Heft 1, Wahlen und Abstimmungen. Die Neuwahl zum Niedersächsischen Landtag am 6. Mai 1951, 1952, S. 17.

31 Niedersächsisches Landesverwaltungsamt Statistik: Statistik von Niedersachsen. Die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 4. Juni 1967, Teil 1, Wahlergebnisse in den Wahlkreisen, Landkreisen und kreisfreien Städten, Band 100, Zugleich Statistischer Bericht *B III 2, 1967, S. 25; Statistik von Niedersachsen – Band 100, Zugleich Statistischer Bericht *B III 2 – 1967, Teil I: Die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 4. Juni 1967, Teil 1, Wahlergebnisse in den Wahlkreisen, Landkreisen und kreisfreien Städten, Hannover 1967, S. 25.

32 Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN): Vorläufiges amtliches Ergebnis der Europawahl am 13. Juni 2004. Wahlkreis: 102 – Salzgitter, Stadt, URL: www.nls.niedersachsen.de/EW2004/102.htm [eingesehen am 30.07.2020].

33 Bundeswahlleiter.

34 Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2014, Ergebnisse, Niedersachsen, Salzgitter, Stadt, URL: <https://bundeswahlleiter.de/europawahlen/2014/ergebnisse/bund-99/land-3/kreis-3102.html> [eingesehen am 30.07.2020].

35 AfD Kreisverband Salzgitter: Gründung, URL: <https://www.afd-salzgitter.de/gruendung> [eingesehen am 30.07.2020].

sorgte.³⁶ Den vorübergehenden Höhepunkt dürften diese Eskapaden in der Verurteilung Grögers gefunden haben. Dieser veröffentlich-

36 Bspw. Georgi, Oliver: Hetze in AfD-Kreisverband. „Krieg gegen das widerwärtige System auf deutschem Boden“, in: FAZ.net, 26.09.2017, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-kreisverband-hetzt-auf-fa-cebook-offen-gegen-demokratie-15218764.html> [eingesehen am 30.07.2020].

te ein Gedicht, in dem Asylbewerber*innen öffentlich diffamiert wurden, woraufhin er der Volksverhetzung schuldig gesprochen wurde. Im Anschluss an die Bestätigung des Urteils durch das Oberlandesgericht Braunschweig im Januar 2020 trat Gröger vom Amt des Parteivorsitzenden zurück.³⁷

Das bisher ungelöste Rätsel des Erfolgs

Salzgitter, eine als Arbeiterstadt und SPD-Hochburg bekannte Stadt, entwickelte sich scheinbar plötzlich, zumindest unter Betrachtung der Entwicklung der Wahlergebnisse, zu einem Erfolgsmomentum für die AfD in Niedersachsen und Westdeutschland. Für die im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen ließe sich nun vermuten, dass die AfD, gelingt es ihr denn diesmal Kandidat*innen aufzustellen³⁸, mit nicht unbeachtlicher Anzahl in den Rat der Stadt einziehen könnte. Die Nachfrage nach der Ursache des Erfolgs stellt ein bisher ungelöstes Rätsel dar. Was ist, so könnte man leicht ketzerisch fragen, mit dem Milieu passiert, das doch Träger von demokratischem Gestaltungswillen und antifaschistischem Engagement sein soll?

Mit interkulturellen Wochen, dem von der IG Metall seit 1989 an jedem 21. März begangenen „Tag gegen den Rassismus“ oder dem Bündnis „Salzgitter passt auf!“ versucht die Salzgitteraner Zivilgesellschaft immerhin aktiv und ge-

37 Kothe, Michael/Westermann, Eric: Volksverhetzung: Urteil gegen Salzgitters AfD-Chef rechtskräftig, in: Braunschweiger Zeitung, 13.01.2020, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/salgitter/article228126207/Volksverhetzung-Urteil-gegen-Salgitters-AfD-Chef-rechtskraef-tig.html> [eingesehen am 30.07.2020].

38 Westermann, Erik: AfD-Kandidaten „hatten Angst“, in: Salzgitter Zeitung, 28.09.2016, URL: <https://www.salgitter-zeitung.de/salgitter/article208315089/AfD-Kandidaten-hatten-Angst.html> [eingesehen am 31.08.2020].



wissenschaft gegen rechte Umtriebe in der Region zu mobilisieren. Zumindest also auf dieser Veranstaltungsebene scheint sich das multikulturelle Salzgitter abzubilden, zu dem die Arbeiterstadt im Verlaufe der bundesrepublikanischen Geschichte geworden war. Durch die Anwerbung vieler italienischer wie türkischer Gastarbeiter*innen infolge des Wirtschaftswunders, aber auch durch die Zuwanderung vieler Menschen aus den Gebieten der ehemaligen UDSSR wurde das kulturelle Leben in der Stadt langsam, aber sicher immer mehr von ebenjenen Gruppen mitgestaltet. Trotzdem sorgte die Stadt im Jahre 2017 noch einmal bundesweit für Schlagzeilen. In ebenjener Stadt, zu deren Kulturgeschichte die Migration ebenso wie die Industriearbeit zu gehören scheint, sollte nun der im Rahmen der sogenannten „Flüchtlingskrise“ entstandene rapide Zuzug von Geflüchteten gestoppt werden. Neben infrastrukturellen wie finanziellen Überlastungserscheinungen schien die Stadt aber auch kulturell überfordert. So begründete der Oberbürgermeister der Stadt Frank Klingbiel (CDU) den Zuzugsstopp in einem Interview mit dem Focus unter anderem folgendermaßen: „Die weltoffene Stimmung in Salzgitter, der ersten Respektstadt Deutschlands, drohte zu kippen, wir befürchteten die Bildung von Parallelgesellschaften.“³⁹

Hier könnten geneigte Zyniker*innen anmerken, dass, ob aufgrund der von der AfD bei den vergangenen Wahlen erzielten Prozente, die Stimmung sich wohl schon mitten im Kippen befand. Zumindest unter Betrachtung des Schicksals der SPD vor Ort dürfte wohl Ernüchterung unter ihren Mitgliedern herrschen, was sie wiederum mit Sozialdemokrat*innen vielerorts vereinen würde. Insbesondere das

Wahljahr 2017 traf die SPD schwer. Wollte sie doch eigentlich „mehr Demokratie wagen“ und mit neuer Emphase beanspruchen, die Partei der gewerblichen Arbeiter*innen zu sein, musste sie „im Bundesdurchschnitt hinnehmen, dass die CDU / CSU [sic!] in diesem einstigen Traditionssegment nun knapp die Nase vorn hatte, die AfD im ‚Proletariat‘ jetzt fast gleichauf mit der SPD lag.“⁴⁰ Das gewerkschaftlich organisierte Arbeitermilieu schien gewissermaßen entkernt und den mit ihm äußerlich assoziierten (demokratischen) Gestaltungsauftrag nicht mehr so recht in die Tat umzusetzen. „Parteien der demokratischen Linken blühen nur so lange, wie sie Ankerplätze von Hoffnungen sind“⁴¹; die „kleinen Leute“ jedoch scheinen zusehends weniger Hoffnung in die SPD zu legen und schauen, wie Franz Walter resümiert, allem Anschein nach eher mit getrübbten Blick in die Zukunft, gegen die sie ein gleichsam konservatives Bild der vergangenen, stabileren Zeit aufrichten.⁴² Doch auch die „Mitte“ scheint den temporeichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte eher skeptisch gegenüberzustehen, die immer auch etwas Drohendes und Destabilisierendes an sich hätten. Zusehends wurde das meritokratische Ethos, der praktische Zusammenhang zwischen Leistung und sozialer Entlohnung, in Frage gestellt, während sich zugleich politisch der Weg der Einsicht in die Notwendigkeit des Fortschritts als alternativlos gerierte.⁴³

Diese von Franz Walter für die SPD in toto bestimmte Entwicklung wirft im Falle Salzgitters jedoch zunächst eine Hand voll weiterer Fragen auf. In dieser Stadt der gewerkschaftlich und demokratisch organisierten Arbeiter*innen scheint ihr politischer Gestaltungswille

39 Lüdecke, Ulf: Erstmals Zuzugsstopp in deutscher Gemeinde. Flüchtlingskrise in Salzgitter – OB: „Machen weiter, brauchen aber eine Atempause“, in: Focus Online, 13.10.2017, URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/niedersachsen-erlass-fuer-salzgitter-erstmals-zuzugsstopp-von-fluechtlingen-in-deutscher-gemeinde_id_7708062.html [eingesehen am 29.07.2020].

40 Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei von Ferdinand Lassalle bis Andrea Nahles, Hamburg 2018, S. 353.

41 Ebd., S. 376.

42 Vgl. ebd., S. 325.

43 Vgl. ebd., S. 323–326.

doch beinahe im mythischen Gewand – oder handelt es sich hierbei mehr um ein Bild, das die in der Erosion begriffenen sozialdemokratisch bestimmten Institutionen vor Ort gleichsam abwehrend vor sich hertragen? Vielleicht überträgt sich das Gefühl der Hoffnung hier von den Wähler*innen auf die sozialdemokratische Partei, welche sich mit der Erwartung beruhigen könnte, dass ihr Wählerstamm schon noch zu sich selbst finden wird. Immerhin: Für den Protest gegen den AfD-Neujahrsempfang zu Beginn dieses Jahrs in Salzgitter ließen sich, getragen von einem breiten von



Dominik Dewitz,

geb. 1992, studiert Politikwissenschaft im Master an der Universität Göttingen. Seit Dezember 2019 arbeitet er als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



Marie Nolte,

geb. 1995, studiert Soziologie im Master an der Universität Göttingen. Seit Februar 2019 arbeitet sie als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

der IG Metall initiierten Bündnis, mehr als 200 Menschen zur Gegendemonstration mobilisieren.⁴⁴ Doch auch hier bleibt in Anbetracht der vergangenen Wahlen noch offen, inwiefern die zahlreichen Bündnisse und die Demonstrationen, welche sich gegen die AfD richten, die Bürger*innen Salzgitters auch erreichen können. Wie also, um die Frage zu konkretisieren, ist es in der Sache der AfD – und auch ganz allgemein – um das Verhältnis der politischen Elite Salzgitters mit der Bevölkerung bestellt? Zumindest aus Sicht der niedersächsischen AfD-Wähler*innen scheint dies wohl ein angespanntes Verhältnis zu sein. Ein Misstrauen gegen das politische Establishment, das lieber die „eigenen“ favorisierten Eliten an der Macht sehen möchte, mag sich hier noch die Hand geben mit einer im Vergleich zu den Wähler*innen anderer Parteien überproportionalen Problemwahrnehmung der Migration, wie einer gewissen Ablehnung solidarischer Prinzipien.⁴⁵ Dieses tendenzielle Spannungsverhältnis zwischen Regierungsinstitutionen und den Wähler*innen der AfD gleichsam von der anderen Seite zu betrachten, steht dabei zum aktuellen Zeitpunkt noch aus, insbesondere in einer Betrachtung der Strategien und Problemwahrnehmung der politischen Deutungseliten vor Ort. Diese Lücke zu schließen macht sich jedoch der Fachbereich Rechtsradikalismus der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in einer Teilstudie zum politischen Leben in Salzgitter zur Aufgabe. Erste Ergebnisse sind Ende dieses Jahres zu erwarten.

44 Kothe, Michael: Kalbitz-Auftritt bei AfD Salzgitter von Protest begleitet, in: Salzgitter Zeitung, 08.01.2020, URL: <https://www.salzgitter-zeitung.de/salgitter/article228090111/Kalbitz-Auftritt-bei-AfD-Salgitter-von-Protest-begleitet.html> [eingesehen am 29.07.2020].

45 Vgl. hierzu: Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Göttingen 2020.

„Konservativer“ Etiketten- Schwindel

Die Usurpation des
Konservatismus am Beispiel der
AfD

Florian Finkbeiner

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet seit Sommer 2020 offiziell die AfD. Genauer gesagt führt die Behörde erstmals in ihrem Jahresbericht die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“ und den sogenannten „Flügel“ als Verdachtsfall auf.¹ Diese Einstufung scheint im Sinne des Grundsatzes einer „wehrhaften Demokratie“ längst überfällig gewesen zu sein. Dass eine Behörde, die sich dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen „rechtsextremistische“

Bedrohungen verpflichtet fühlt, überhaupt damit gerungen hat, einen politischen Zusammenschluss wie den von Björn Höcke und Andreas Kalbitz als solche einzustufen, zeigt schon für sich betrachtet, wo der sprichwörtliche Hund begraben liegt. Schließlich hat sich offenkundig spätestens seit dem Aufkommen von Pegida die Wahrnehmung des Rechtsradikalismus in der Gesellschaft verändert. Denn jahrelang musste man sich kaum damit beschäftigen, konnte man sich darauf kaprizieren, das Problem des Rechtsradikalismus allein auf die NPD und das Springerstiefel-Klischee zu reduzieren und damit erfolgreich zu externalisieren.² Genau diese Sichtweise rächt sich nun und wird zum Stolperstein des deutschen

1 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2019, Berlin 2020, S. 83.

2 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Nieder-

(Rest-)Bürgertums. Denn mit dem Auftauchen der AfD auf der politischen Bühne ist der offene Deutungsstreit darüber ausgebrochen, wo eigentlich die Grenzen verlaufen zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus.

Die Einstufung des „Flügels“ führt zu ganz eigenen neuen Problemen, schließlich weist dieser keinen offiziellen Organisationscharakter auf und hat sich formal auch selbst aufgelöst, sodass eine Beobachtung streng genommen kaum möglich ist, weil die Grenze zwischen „Flügel“-Gruppierung und Gesamtpartei ordnungspolitisch nur vage zu ziehen ist.³ Dennoch bewirkt allein schon dieser Schritt des Verfassungsschutzes einen unmittelbaren Effekt: So bieten beispielsweise in Brandenburg inzwischen immer mehr AfD-Mitglieder Informationen über Rechtsextremisten den Nachrichtendiensten an, um sich selbst und offenbar auch die eigene Partei reinzuwaschen.⁴ Wie ist aber diese Einstufung aus Sicht der Parteien- und Kulturforschung einzuordnen? Um den Sachverhalt zu klären, wird die Partei nachfolgend politisch-programmatisch analysiert. Dabei wird die These vertreten, dass die AfD keine bürgerlich-konservative Partei ist, sehr wohl aber konservative Wählergruppen anspricht. Dieses schiefe Verhältnis deutet auf einen strukturellen Wandel des Konservatismus hin, der überhaupt erst die Bedingung dafür

ist, dass sich die AfD als konservative Partei inszenieren kann.⁵

Zur politisch-programmatischen Einordnung

Eine Einordnung der AfD in die vertrauten Schubladen der politischen Lager ist in der Forschung weiterhin umstritten.⁶ Das hängt wohl (auch) damit zusammen, dass eine solche Kategorisierung, die eine Partei gleichsam mit einem Stempel versieht, einen (vermeintlichen) Ist-Zustand perpetuiert, der die dynamischen Elemente in der Entwicklung des „gärigen Hausens“ (Alexander Gauland) übersieht. Dieses Problem zeigt sich schon an der kurzen Entwicklungsgeschichte der AfD seit 2013, in der die Partei bereits einige Wandlungen durchlebt hat. Hinzu kommen die teilweise regional-kulturell bedingten Unterschiede zwischen den einzelnen Landesverbänden und vor allem der Umstand, dass die AfD keine politisch homogene Partei ist. Auch in dieser Partei versammeln sich ganz unterschiedliche Strömungen, die politisch zum Teil konträre Vorstellungen haben. So waren insbesondere zu Beginn der Parteientwicklung einige „markliberale Positionen“⁷ dominant. Diese wirtschaftsliberalen Elemente gibt es weiterhin in der AfD-Programmatik, auch wenn sie inzwischen – gerade

sachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 293 f.

- 3 Vgl. Thrun, Felix: Die Auflösung des „Flügels“ in der AfD – Gewinn für die freiheitlich-demokratische Grundordnung?, in: verfassungsblog.de, 15.04.2020, URL: <https://verfassungsblog.de/die-aufloesung-des-fluegels-in-der-afd-gewinn-fuer-die-freiheitlich-demokratische-grundordnung/> [eingesehen am 05.08.2020].
- 4 Vgl. Fröhlich, Alexander: Immer mehr AfD-Mitglieder bieten Verfassungsschutz Spitzeldienste an, in: Tagesspiegel, 09.07.2020.

- 5 Teile der nachfolgenden politisch-programmatischen Einordnung basieren auf einer größeren Untersuchung zur AfD in Niedersachsen, siehe hierzu Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, FoDEx-Studie Rechtsradikalismus, Göttingen 2020.
- 6 Vgl. Priester, Karin: Die Alternative für Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 67 (2019), H. 3, S. 443–453.
- 7 Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen: Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 47 (2016), H. 2, S. 267–284, hier S. 270.

seit der Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels um Bernd Lucke nach 2015 – entweder überformt sind oder nur noch lose neben nationalliberalen und völkischen Positionen stehen.⁸ Interessanterweise widersprechen sich diese Positionen teilweise auch in bestimmten Themenfeldern, wie in der weiterhin schwelenden Konfliktlinie bezüglich der politischen Ausrichtung in der Rentenfrage. Es gibt auf programmatischer Ebene aber durchaus auch konservative Elemente, etwa in der Familien- und Kinderpolitik.⁹

Doch gerade diese einzelnen Versatzstücke sind unübersehbar verbunden mit nationalkonservativen und geschichtsrevisionistischen Positionen, wie etwa schon das Bekenntnis zur deutschen „Kulturnation“¹⁰ im Bundestagswahlprogramm 2017 zeigt. Die AfD nimmt den Begriff der „Kulturnation“ (in Anlehnung an die begriffliche Unterscheidung des Historikers Friedrich Meinecke zur „Staatsnation“¹¹) wörtlich: Demnach zeichne sich die deutsche Kultur primär durch die „über Jahrhunderte gewachsene deutsche Sprache“¹² aus. Hieran zeigt sich exemplarisch, wie die Partei in ihrem Programm unterschwellig völkische Konnotationen in den politischen Diskurs einfließen lässt, denn sie leitet aus diesem Bekenntnis zur „Kulturnation“ eine sprachlich, kulturell und politisch homogene „deutsche Leitkultur“¹³ ab. Und zugleich werden hier auch deutliche

Bezugspunkte zu einem offenen Geschichtsrevisionismus als Relativierung der deutschen Geschichte offenbar: Paradigmatisch hat dies Alexander Gauland vorgeführt, als er in einem Interview mit der Zeit davon sprach, dass Hitler den Deutschen das Rückgrat gebrochen habe.¹⁴ Damit spielte er auf den fehlenden Nationalstolz an, der sich seiner Ansicht nach nur unzureichend durch eine Abgrenzung vom Nationalsozialismus bilden könne. Zugleich deutete er hierbei an, dass „Auschwitz“ nur als Last der Geschichte und Gegenwart empfunden werde – und deshalb wohl auch der Vergessenheit anheimfallen solle. Schließlich fügte Gauland später selbst hinzu, dass der Nationalsozialismus und Hitler nur ein „Vogelschiss“¹⁵ in der deutschen Geschichte seien. Im Bundestagswahlprogramm der AfD von 2017 heißt es entsprechend: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“¹⁶ Nicht zuletzt wird an solchen Positionen ein mehr als nur latenter Antisemitismus erkennbar.¹⁷ Die AfD macht auch kein Hehl daraus, was ihr zentrales politisches Ziel ist: In ihrem Bundestagswahlprogramm formuliert sie als ihr primäres Ziel den „Fortbestand der Nation

8 Vgl. Wildt, Michael: Volk, Volksge-meinschaft, AfD, Hamburg 2017.

9 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, S. 37 ff.

10 Ebd., S. 47.

11 Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat, Hrsg. von Hans Herzfeld, München 1969, S. 11.

12 Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 47.

13 Ebd.

14 Vgl. Ulrich, Bernd/Geis, Matthias: „Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen“, Interview mit Alexander Gauland, in: Die Zeit, 14.04.2016.

15 Kaube, Jürgen: Gaulands Geschichtsverständnis: Erfolgshistory, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2018.

16 Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 48.

17 Vgl. Grimm, Marc/Kahmann, Bodo: AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität, in: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 41–59.

als kulturelle Einheit“¹⁸ Aus Sicht der Partei werde allerdings diese kulturelle Einheit durch die „Ideologie des Multikulturalismus“ gefährdet, weil hierdurch die „deutsche kulturelle Identität“¹⁹ bedroht sei. Die Partei inszeniert sich also als Phalanx zur Verteidigung dieser sogenannten „deutschen Identität“. In dieser politischen Vorstellungswelt müsse das kulturelle Gebilde Deutschlands nicht einfach nur bewahrt, sondern vielmehr wiederhergestellt werden – zurück zu einem vermeintlich vormaligen Zustand vor dem „links-rot-grün verseuchte[n] 68er-Deutschland“²⁰, wie es Jörg Meuthen nannte. Bereits hier schließt sich der Kreis zu den angedeuteten Ambivalenzen der konservativen Selbstlegitimation, da sich an solchen Positionen die bürgerlich-konservativen Lippenbekenntnisse letztlich als reaktionäres Gebaren herausstellen.

Doch diese politisch-programmatische Ambiguität hat Methode: Denn wie das ursprünglich interne Strategiepapier der AfD zeigt, versucht die Partei gezielt, eine solche politische Spannung aufrechtzuerhalten. Darin heißt es, dass die Partei ihr „Potenzial“ erst dann voll ausschöpfen und erweitern könne, wenn sie sich einerseits in ihren politischen Kernkompetenzen profilieren, andererseits aber auch so flexibel agieren, dass sie unterschiedliche (teils divergierende) Zielgruppen ansprechen.²¹ Damit ist schon angedeutet, dass sich die Partei wahlstrategische Vorteile von dieser bewusst-ambivalenten Positionierung verspricht. Und vor diesem Hintergrund zeigt

sich zugleich, dass die durchaus vorhandenen konservativen Elemente und Versatzstücke in der Programmatik in Wahrheit instrumentell eingebunden und überformt sind. Denn Parteifunktionäre wie Alexander Gauland nutzen aus taktischen Gründen den Deckmantel des Konservativen, um an das bürgerliche Lager anschlussfähig zu bleiben und um national-chauvinistischen Inhalt²² zu bedecken. Letztlich stellt sich bei näherer Betrachtung der AfD das selbst proklamierte Konservative als „konservativer“ Etikettenschwindel heraus, denn wie nachfolgend noch gezeigt wird, ist es alles andere als klar, was dieses „Konservative“ heute überhaupt noch sein soll.

Wenn man denn überhaupt die Partei politisch-programmatisch mit gewissen Schablonen-Begriffen einordnen möchte, dann spricht zumindest einiges dafür, die AfD tendenziell zwischen nationalkonservativ, deutschnational und rechtsradikal einzustufen.²³ Eine solche Trias lässt den Deutungsraum zumindest noch so weit geöffnet, dass damit das Moment der Kontingenz nicht von vornherein durch ein politisches Label aufgehoben wird. Außerdem bleibt hierdurch die Möglichkeit bestehen, den Blickwinkel der Parteienforschung weg von der politischen Programmatik auf die anderen Ebenen der Auseinandersetzung zu richten: Hierzu zählen vor allem die politischen Konflikte innerhalb der Partei (die Ebene der Parteiorganisation, -funktionäre und -mitglieder) und ihrer Wählerschaft. Dass die Partei schließlich auch durchaus konservative Wählergruppen anspricht, zeigt eine neue FoDEX-Studie am

18 Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, S. 47.

19 Ebd.

20 Lucke, Albrecht von: Gegen '68: Grün-Schwarz und der Kulturkampf der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2016, S. 5–8, hier S. 5.

21 Vgl. Alternative für Deutschland: „Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben – AfD-Manifest 2017 – Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“, v. 22.12.2016.

22 Vgl. Finkbeiner, Florian: Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020.

23 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive, Wiesbaden 2019; Niedermayer/Hofrichter: Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?.

Beispiel der AfD in Niedersachsen.²⁴ Dieses Faktum alleine deutet schon darauf hin, dass nur mit einer Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz das Problem der gesellschaftlichen Basis für den neuen Rechtsradikalismus noch lange nicht behoben sein wird.

Inszenierung als konservative Avantgarde

Entscheidend ist daher wohl auch weniger die Etikettierung als solche, sondern vielmehr die mit diesem Label verbundene Wirkung. Es geht also darum, zu verstehen, wieso ein offensichtlich doch nicht ganz kleiner Teil der Gesellschaft zumindest indirekt anfällig ist für Versprechungen und Verheißungen nationaler-geozentrischer Barden, die es eben dabei noch erfolgreich schaffen, sich als Konservative zu verkaufen. Das bedeutet, entscheidend aus Sicht der Sozialforschung ist das Verständnis der gesellschaftlichen Dispositionen, oder wie es Theodor W. Adorno in seinem kürzlich erst veröffentlichten Vortrag über die „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ bemerkte: Im Vordergrund der Analysen über den Rechtsradikalismus muss die Analyse der potenziellen Empfänglichkeit gewisser Teile der Gesellschaft für rechtsradikale Versprechungen stehen.²⁵ An dieser Stelle drängt sich nun die Frage auf, warum bestimmte Wählerschichten, die sich selbst als konservativ ansehen, dennoch die AfD wählen. Und diese Frage leitet unmittelbar über zum Problemkomplex politischer Mentalitäten schlechthin²⁶: Warum gelingt dieser Trick

des falschen Etiketts überhaupt? Die Bedeutung der unterschiedlichen Dimensionen einer Einordnung erscheint gerade deshalb so wichtig, weil durch die bloße Kategorisierung der Partei in programmatischer Hinsicht für das Verständnis der politisch-kulturellen Umbrüche und den AfD-Wahlerfolg noch relativ wenig gewonnen ist. Denn auch wenn die AfD keine genuin konservative Partei ist²⁷, kann sie sehr wohl eine Partei mit konservativen Mitgliedern und vor allem mit bürgerlich-konservativen Wählern sein. Spätestens die Ereignisse rund um die Regierungsbildung in Thüringen zu Beginn des Jahres 2020, als ein FDP-Kandidat mit Stimmen von FDP, CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde und kurz darauf infolge einer bundesweiten Empörungswelle wieder zurücktrat, haben den „Burnout des bürgerlichen Lagers“²⁸, der sich schon seit Jahren abzeichnete, für jeden offensichtlich werden lassen. Die politisch-geistige Verwahrlosung und die mangelnde parteipolitische Repräsentation von bürgerlichen, konservativen, traditionalistischen und überhaupt kleinbürgerlichen²⁹ Kreisen der Gesellschaft – inklusive deren politischen Vorstellungswelten und Wahlmotiven – sind in den letzten Jahren viel

chenphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog 6 (2020), S. 2–11, bes. S. 5 f.

27 Siehe zu dieser Einordnung etwa Caspari, Lisa: „Eine Neuwahl wäre für Deutschland wohl die beste Lösung“. Interview mit Andreas Rödder, in: Zeit Online, 10.02.2020, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/andreas-roedder-cdu-neuwahlen-bund-konservativismus-forscher> [eingesehen am 05.08.2020].

28 Walter, Franz: Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbildung, Frankfurt a. M. 2008, S. 138.

29 Es fällt doch auf, dass das Phänomen des Kleinbürgertums heutzutage keine nennenswerte Rolle mehr spielt. Obwohl diese Kategorie für das Verständnis der deutschen Mentalitätsgeschichte von entscheidender Bedeutung ist, dominiert heute nur noch der pejorative Charakter. Zur Bedeutung des kleinbürgerlichen Lebensstils vgl. weiterhin Franke, Berthold: Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt a. M. 1988.

24 Siehe hierzu ausführlich Finkbeiner/Schröder: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen.

25 Vgl. Adorno, Theodor W.: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag, Berlin 2019.

26 Siehe hierzu die grundlegenden Überlegungen zum Problemkomplex politischer Mentalitätstrends und der Frage, was Menschen politisch umtreibt, vgl. Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/Neumann, Amelie: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive. Wahlverhalten als Oberflä-

zu wenig berücksichtigt worden. Es ist entscheidend, die Situation nachzuvollziehen, in der sich das restliche Bürgertum in Deutschland heutzutage befindet und die dafür gesorgt hat, dass diese gesellschaftlichen Kreise zumindest potenziell empfänglich sind für die Verheißungen der AfD.³⁰

Die vermeintliche Zauberformel im politischen Betrieb lautet in diesem Fall zumeist: Die CDU müsse das Bürgerliche und das Konservative wieder zurückholen, um die AfD zu schwächen. Doch wie der Soziologe Andreas Reckwitz im Spiegel kürzlich erinnerte, entbrennt gerade ein „Kampf um das Bürgerliche“³¹ innerhalb der ausdifferenzierten Mittelklasse zwischen einer alten und einer neuen: Die traditionelle Mittelklasse steht eigentlich den christdemokratischen Parteien nahe, radikalisiert sich – angefacht durch die AfD – derzeit aber politisch; und die neue Mittelklasse, die nichts mit der traditionellen Mittelklasse zu tun haben will, fühlt sich kulturell und habituell viel mehr bei den Grünen zuhause. Derartig populärwissenschaftliche Zeitdiagnosen suggerieren, dass Politik und Parteien wie etwa die CDU mit ein paar Handbewegungen und einer Brise politischer Folklore einfach das Bürgertum zurückgewinnen könnten. Doch die Auseinandersetzung um das politische Selbstverständnis, um Parteiprofil und Wählerklientel ist langwierig und komplex. Auf der einen Seite stimmt es natürlich, dass die CDU (nicht erst) seit der Merkel-Dämmerung darum streiten muss, wofür sie politisch eigentlich steht und die Wählerschaft dürstet es nach sinnhaften Leitsätzen und Verheißungen, um das politische Vakuum in der Parteiseele zu füllen. Zwar hat die Corona-Pandemie aufgrund ihrer ganz eigenen Krisenlogik dazu geführt, dass die CDU-Gemüter kurzfristig allein schon dadurch befriedigt

sind, dass die Partei in Umfragen derzeit an der 40-Prozent-Marke kratzt. Aber es ist noch nicht lange her, dass genau diese Parteibasis gegen die gleiche Parteiführung protestierte und damals wie heute nach programmatischer Selbstvergewisserung verlangte. An diesem Punkt wird die Schieflage in der Zauberformel offensichtlich. Denn auf der anderen Seite wird die Partei das vermeintlich Konservative nicht zurückholen, indem sie beispielsweise Friedrich Merz an die Spitze holt. Dass personalisierte Hoffnungen auf einen Heilsbringer und politisch-programmatischen Hauruck selten erfüllt werden, mussten die Sozialdemokraten mit Martin Schulz erst 2017 wieder schmerzlich erfahren. Ein ganz ähnliches Schicksal könnte Merz (prinzipiell genauso gut aber auch Markus Söder, auch wenn dieser viel weniger als Merz ist) erwarten.

Sinnkrise des Konservatismus

Noch gravierender als all dies aber erscheint es, dass es heutzutage alles andere als einfach ist, die Frage zu beantworten, was dieses Konservative überhaupt noch ist, das die Partei vermeintlich zurückholen müsse. Dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Bedürfnis nach etwas Diffus-Konservativem einerseits und der programmatischen Chimäre eines politischen Konservatismus andererseits durchzieht die politische Auseinandersetzung der letzten Jahre.³² Denn fraglos hat sich der politische Konservatismus spätestens seit den 1990er Jahren grundlegend gewandelt. Es gibt zwar weiterhin einzelne Axiome konservativer Politik wie etwa symbolträchtige Themen auf dem Gebiet der Familienpolitik, aber der Konservatismus ist heutzutage kaum mehr in der Lage, ein komplexes Deutungssystem zu sein. Der Konservatismus kann nicht mehr beanspruchen, als (Gesellschafts-)Theorie eine

30 Vgl. Dieckmann, Cornelius: „Die Grenzen zum Terror sind dabei fließend“. Interview mit Claus Leggewie, in: Süddeutsche Zeitung, 13.02.2020.

31 Reckwitz, Andreas: Kampf um das Bürgerliche, in: Der Spiegel 8/2020, S. 116–119.

32 Siehe dazu bereits Lenk, Kurt: Deutscher Konservatismus, Frankfurt a. M. 1989.

Ideenwelt darzustellen, die Theorie und Praxis, politische Vorstellungen und Alltagsleben sinnhaft und sinnstiftend verbinden könnte.³³ Vor diesem Hintergrund verweist die Forderung nach „mehr“ Konservativem grundlegender auf die veränderten Koordinaten zur Konstituierung politischer Bewusstseinsformen und die Aporie solcher romantisch anmutenden Vorstöße, weil man nicht einfach zu einem früheren Zustand zurück kann. Die fortlaufende Ausdifferenzierung von Lebenswelten, Milieus und Parteiensystem tut ihr Übriges zur weiteren Erosion vormalig klassischer politischer Vorstellungswelten wie dem politischen Konservatismus, dem für die Legitimation als eigenständiges Deutungssystem heutzutage die gesellschaftliche Basis fehlt.³⁴ Der damit verbundene strukturelle Wandel des Konservatismus hat zu einer Schieflage im politischen Entsprechungsverhältnis geführt: Es gibt offensichtlich ein nicht zu unterschätzendes gesellschaftliches Bedürfnis nach Konservativem, wie es Soziologen an einzelnen lebensweltlichen Ausdrucksformen schon seit Jahren beobachten.³⁵ Doch dieses Bedürfnis findet kaum eine politische Entsprechung, weil das dafür notwendige Deutungssystem und ein sich daraus immer erst ableitbares politisches Programm fehlt. Dass regelmäßig im Feuilleton immer wieder die (gleiche) Frage diskutiert wird, „was heißt heute konservativ?“³⁶, ist nur der offen-

sichtlichste Ausdruck für dieses Missverhältnis. Jedenfalls aber stellt dieser strukturelle Wandel des Konservatismus bei gleichzeitigem gesellschaftlichen Bedürfnis überhaupt erst die Bedingung dafür dar, dass sich die AfD als bürgerlich-konservative Partei inszenieren kann. Weil jeder für sich beanspruchen kann, konservativ zu sein, während die Suche nach dem Konservativen weiterhin läuft, erweitert sich der Handlungsspielraum für selbsternannte Konservative und erleichtert hierdurch das Manöver der konservativen Selbstlegitimation bis zur Usurpation des Konservativen. Aus diesem Grund wird gerade Alexander Gauland – dessen politisch-intellektuelle Biographie nicht nur für einen konservativen Abtrünnigen, sondern auch für den Zer- oder Verfall des politischen Konservatismus selbst steht – auch nicht müde, die AfD als eine bürgerlich-konservative Partei zu verkaufen.³⁷ Denn obwohl der politische Gegner die Berechtigung dieses Images zurückweist, verschafft diese konservative Selbstlegitimation der AfD Stimmen, verunsichert politische Kontrahenten und sorgt weiterhin für Rumoren bei christdemokratischen Landesverbänden, wie man es denn nun mit der AfD halten muss.

In diesem Zusammenhang sei wiederum auf Adorno verwiesen, der schon in seinem Vortrag über die „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ als entscheidende Abwehr gemahnt hat, dass Pathologisierungen und Moralisierungen kaum gegen das gesellschaftliche Phänomen des Rechtsradikalismus an sich helfen würden, sondern dass man „an die realen Interessen appellieren soll“³⁸, um die propagandistischen Mittel auch als solche zu entlarven, und „dadurch die Massen gegen diese

33 Vgl. Finkbeiner: Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung.

34 Vgl. ebd.

35 Vgl. beispielsweise die kürzlich erschienene SINUS-Jugendstudie, Calmbach, Marc u. a.: Wie ticken Jugendliche? 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Bonn 2020.

36 Vgl. beispielsweise Bahr, Petra: Was ist heute noch konservativ?, in: Die Zeit, 14.02.2020; Höffe, Otfried: Was heisst heute konservativ?, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.05.2018; Heit, Tatjana: Interview mit Andreas Rödder: „Ein echter Konservativer weiß, dass alles immer schlechter wird“, in: FAZ, 04.05.2018.

37 Vgl. Bender, Justus: Interview mit Alexander Gauland: „Ich kann ja nichts dafür, wenn einige Leute spinnen“, in: FAZ, 08.09.2019.

38 Adorno: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, S. 51.

Tricks zu impfen“³⁹. Ganz in diesem Sinn ist dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie⁴⁰ als erster Schritt (auch) gegen die bisherige identitätspolitische Abwehr beizupflichten, wenn er in einem Brief an einen fiktiven abtrünnigen Konservativen mahnt, dass jenseits sicherheitspolitischer Ordnungsmaßnahmen vielmehr entscheidend sei, dass sich das restliche konservative Bürgertum selbst besinnen und erkennen sollte, was die AfD wirklich ist: „Konservativer“ Etikettenschwindel

39 Ebd., S. 54.

40 Vgl. Leggewie, Claus: Verderber Deutschlands, in: Die Zeit, 25.03.2020.



Dr. Florian Finkbeiner,

Politikwissenschaftler, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen und in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) zu den Themengebieten Rechtsradikalismus, Konservatismus und Politische Kulturforschung.

Widerstand2020

Eine Bewegungspartei als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie?

Joris Sprengeler

Politik in Zeiten der Pandemie ist Entscheiden unter Ungewissheit: Sich auf ein schnell ausbreitendes Virus einstellen zu müssen, ohne dessen genaue Eigenschaften zu kennen, stellt besonders zu Beginn der Krise – bezogen auf Deutschland also der Februar 2020 – ein gewaltiges Problem für die Politik dar. Das Risiko, durch Unterlassen von Maßnahmen den Ausbruch des Virus zu verstärken, steht dem Risiko entgegen, zugunsten der Eindämmung des Virus zu drastisch in die Grundrechte der Bevölkerung einzugreifen. Und tatsächlich erwiesen sich die in den ersten

„Mir kam der Gedanke, ob es sinnvoll wäre, wenn wir ein wahrhaft demokratisch gewähltes Notstandsparlament erschaffen. Ein Parlament, bestehend aus einer Anzahl von mündigen Bürgern/Innen [sic!] der Bundesrepublik Deutschland, die in einer Notstandssituation anstelle der zu dieser Zeit im Parlament sitzenden Abgeordneten bestimmt.“

Ralf Ludwig,
Gründer von Widerstand2020¹

¹ Ludwig, Ralf: Die Idee Notstandsparlament, URL: <https://widerstand2020.de/blog/die-idee-notstand->

[sparlament.html](https://widerstand2020.de/blog/die-idee-notstand-sparlament.html) [eingesehen am 01.09.2020].

Wochen und Monaten der Pandemie beschlossenen Maßnahmen als äußerst eingriffsintensiv: So durften etwa politische Versammlungen,

Gottesdienste und kulturelle Veranstaltungen zeitweilig nicht stattfinden und zahlreiche Geschäfte mussten für eine Weile schließen

Einzelne Maßnahmen des Staates bestimmten die politische Debatte in den ersten Monaten der Pandemie – etwa um die Maskenpflicht, Veranstaltungsverbote, Abstandsgebote, Ausgangsbeschränkungen und die Corona-Warn-App. Die Politik passte zu Beginn in außerordentlich kurzer Taktung die Maßnahmen an und bewegte sich zuweilen zwischen Hektik, reger Betriebsamkeit und beeindruckender Effizienz. In der „Stunde der Exekutive“² stiegen zugleich auch die Popularitätswerte der Regierungspolitiker erheblich.

Unterdessen entwickelte sich bereits zu Beginn der Pandemie ein Streit auf unterschiedlichsten Ebenen: So drehte sich die Debatte in der Virologie naturgemäß um die Frage der Eigenschaften des Virus und um die Beurteilung der Wirksamkeit einzelner Maßnahmen zur Prävention und Behandlung. Aus der Staatsrechtslehre wurden in der ersten Linie mahnende Stimmen wie jene des Göttinger Verfassungsrechtlers Hans Michael Heinig laut, auch bei der Verfolgung des legitimen Zwecks des Schutzes von Menschenleben vor dem grassierenden Virus die Verhältnismäßigkeit nicht aus dem Blick zu verlieren.³ Aber auch andere

Wissenschaften traten zügig in den Diskurs ein, um Phänomene und Begriffe einzuordnen und die normative Beurteilung verschiedener Lösungsansätze zu diskutieren. In der Pandemie erwiesen sich insbesondere die Mittel des Wissenschaftsblogs und des Wissenschaftspodcasts als außerordentlich produktiv und reaktionsfähig – beispielhaft seien Podcasts wie jener von Christian Drost sowie Blogs wie der „Verfassungsblog“, der Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung⁴ und der „Theorieblog“⁵ genannt. Zugleich rief die Pandemie auch eine außerordentlich hohe mediale Präsenz an Verschwörungsideologien hervor: Auf Facebook, Telegram und Twitter scharen einzelne Köpfe wie Atilla Hildmann und Ken Jepsen eine Gefolgschaft um sich und üben sich gleichsam im gedanklichen Kopfstand: Das Virus fungiere – wahlweise – als nützliches Instrument zur diktatorischen Unterjochung der Bevölkerung oder sei gar in Gänze ausgedacht. Zur Untermauerung werden zahllose Falschinformationen als Fakten dargestellt und im Netz verbreitet, so werden etwa die Toten von Bergamo geleugnet und unterstellt, es seien im Mittelmeer ertrunkene Geflüchtete zum Schein nach Norditalien transportiert worden.⁶

2 Lehming, Malte: Die Stunde der Exekutive – Wie die Coronakrise die Herrschenden stärkt, in: Tagespiegel, 30.03.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-stunde-der-exekutive-wie-die-coronakrise-die-herrschenden-staerkt/25697164.html> [eingesehen am 05.07.2020].

3 Heinig, Hans Michael: Gottesdienstverbot auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes – Verfassungsrechtliche Rechtfertigung und Grenzen, in: Verfassungsblog, 17.03.2020, URL: <https://verfassungsblog.de/gottesdienstverbot-auf-grundlage-des-infektionsschutzgesetzes/> [eingesehen am 05.07.2020].

4 Exemplarisch seien hier der Beitrag von Johannes Sosada zu Antisemitismus und Verschwörungstheorien in der Corona-Krise sowie der Beitrag „Krieg und Viren“ von Philipp Heimann über die „Kriegsmetaphorik in Zeiten einer Pandemie“ genannt, vgl. Sosada, Johannes: Mal wieder die Juden...?, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 29.06.2020, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/mal-wieder-die-juden> [eingesehen am 04.07.2020]; vgl. Heimann, Philipp: Krieg und Viren, in: ebd., 01.04.2020, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/krieg-und-viren> [eingesehen am 04.07.2020].

5 Huhnholz, Sebastian: Kritik und Corona-Krise, in: Theorieblog.de, 28.03.2020, URL: <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/03/kritik-und-corona-krise/> [eingesehen am 06.07.2020].

6 Vgl. etwa: O. V.: Fake-Ticker, in: Bayerischer Rundfunk, URL: <https://www.br.de/nachrichten/netzwelt/>

Wenngleich eine Großzahl der Vertreter derartiger Verschwörungsideologien sich in losen Zusammenschlüssen organisieren mag, wählen doch einige Akteure traditionelle Aktionsformen wie öffentliche Versammlungen – so etwa die sogenannten „Hygienedemos“⁷ oder auch eine parteiförmige Organisationsform – wie im Fall der Partei Widerstand2020. Im Schwerpunkt dieses Beitrags soll die politische Ausrichtung und Organisationsform dieser Parteigründungsinitiative stehen, die medial bis auf wenige Beiträge nur schwach beleuchtet worden ist.

Die Gründungsmitglieder von Widerstand2020

Nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie schlossen sich drei Personen zusammen, um ihren Protest gegen die staatlichen Maßnahmen parteiförmig umzusetzen: Victoria Hamm, Ralf Ludwig und Bodo Schiffmann. Lediglich eines der drei Gründungsmitglieder, Ludwig, ist in der Partei verblieben, was bereits die erheblichen Konflikte verdeutlicht, die in der jungen Kleinstpartei vorherrschen. Die Gründungsmitglieder sollen im Einzelnen kurz betrachtet werden, um sich den Hintergrund der Gründung zu vergegenwärtigen sowie den schnellen Niedergang der Parteigründungsinitiative besser zu verstehen.

Bei Victoria Hamm handelt es sich um eine 36-jährige Unternehmerin aus dem niedersächsischen Lehrte. Hamm betrieb rund ein Jahrzehnt an unterschiedlichen Standorten in der Region Hannover Verkaufsstellen für Backwaren. Bereits kurz nach der Gründung

der Partei verwarf sich Hamm mit den anderen Gründungsmitgliedern und trat schließlich aus der Partei aus. Auf ihrer eigenen Website stellt sie desillusioniert fest: „Ich habe keine Lust mehr auf Parteien. Ich schließe mich keiner an.“⁸

Bodo Schiffmann ist Arzt aus dem baden-württembergischen Sinsheim und betreibt dort gemeinsam mit seiner Ehefrau eine HNO-Praxis sowie eine medizinische Einrichtung für die Behandlung von Gleichgewichtsstörungen. Im März 2020 ändert sich sein YouTube-Account, auf dem er bis dahin schwerpunktmäßig über seine Arbeit spricht, grundlegend. Von nun an widmet er sich nahezu ausschließlich dem Thema Covid-19 und stellt Videos in hoher Zahl online – einerseits eigens erstellte Videos und andererseits Kopien von Videos anderer YouTuber wie Ken Jebsen.⁹ Im Juli 2020 gründete Schiffmann – offenbar aufgrund des Scheiterns der ersten Parteigründungsinitiative – eine eigene Partei: Wir2020 – mit anderem Programm und umstrukturierter Organisation. In dieser ist Schiffmann bis heute als Mitglied verblieben, bekleidet allerdings inzwischen kein Vorstandsamt mehr.

Der 47-jährige Rechtsanwalt Ralf Ludwig ist das einzige in der Partei verbliebene Gründungsmitglied. Aus seinen Worten wird am deutlichsten, warum die Partei sich Widerstand2020 nennt: So müsse sich die Partei

coronavirus-fakes-falschnachrichten-und-fakten-checks, Ros6Plg [eingesehen am 08.04.2020].

7 Duwe, Silvio: „Hygienedemos“ – Mit Verschwörungsmethoden angeheizt, in: Tagesschau.de, 08.06.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/investigativ/rbb/hy-gienedemos-103.html> [eingesehen am 08.06.2020].

8 Hamm, Victoria: Das neue Projekt, URL: <https://victoriahamm.de/article3.html> [eingesehen am 11.07.2020].

9 Schwindelambulanz Sinsheim: Corona, Cops & Quarantäne. Wann wird Befehlsverweigerung zur Pflicht, YouTube, 11.04.2020, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=DpElusJqS0> [eingesehen am 11.07.2020]. Ab Mitte Juli 2020 werden die Videos mit Bezug zum Thema Covid19 ausgelagert auf den Zweitkanal Schiffmanns mit dem Titel „Alles außer Mainstream“, URL: https://www.youtube.com/channel/UC94WBmb8xv-VUcV_b9PxOP3A [eingesehen am 01.09.2020].

dem vermeintlichen Abbau der Freiheitsrechte entgegenstellen und als Verteidigerin des Grundgesetzes fungieren.¹⁰ Ludwig formuliert in einem – inzwischen gelöschten Beitrag – auf der Seite der Partei aus, was seine Vorstellungen des Status quo der Demokratie sind. Er beginnt mit dem Postulat: „Unser Grundgesetz ist fehlerhaft!“¹¹ So gebe es keine funktionierende Kontrolle der Regierung mehr: „Verfassungsgerichte handeln entgegen unseren Rechten, Politiker entscheiden willkürlich und die allgemeine Bevölkerung schwankt zwischen Angst und Hass hin und her“. Aus dieser düsteren Gegenwartsanalyse folgert Ludwig, dass das bestehende Parlament durch ein „wahrhaft demokratisch gewähltes Notstandsparlament“ ersetzt werden müsse. Dabei sollten 700 Personen, die vorher nicht als Abgeordnete tätig waren, das Parlament übergangsweise ersetzen. Erstaunlich ist jedoch, dass Ludwig nicht den Mechanismus benennt, nach dem die Personen bestimmt werden sollen (vorstellbar wäre etwa eine „Demarchie“ nach dem Zufallsprinzip). Vielmehr betont er lediglich, dass „mündig[e] Bürger“ das Parlament übernehmen sollten. Eine weitere Konkretisierung nimmt er nicht vor. Die Programmatik von Widerstand2020 bleibt also im Vagen – und macht die Partei wohl auch, wie von Matthias Quent problematisiert, offen für Rechtsextremisten und Reichsbürger.¹² Diese Vagheit mag auf inhaltlichen

Dissens der Gründungsmitglieder in einigen (über die Gegnerschaft zu den Corona-Maßnahmen hinausgehenden) Sachfragen zurückzuführen sein – oder sie ist bewusst gewählt, um staatlicher Beobachtung zu entgehen oder auch, um sich gezielt offen für eine Querfront zu gerieren.

Die Organisationsform von Widerstand2020

Zur Betrachtung der Organisationsform der Kleinstpartei werden im Folgenden unterstützend die Kriterien einer „Bewegungspartei“¹³ nach Kitschelt herangezogen, um diese als Folie an das Phänomen anzulegen. Nach Kitschelt sind Bewegungsparteien in eine politische Bewegung eingebunden – in Form von personeller und sachlicher Verzahnung. Des Weiteren besteht bei ihnen (noch) kein im Rahmen eines Aggregationsprozesses entwickeltes Programm und der Grad der Ausdifferenzierung der formalen Organisationsstruktur ist gering ausgeprägt.

Im Zuge der Diskussion um die Verwendung der Begrifflichkeit einer „Corona-Bewegung“ sollte zunächst deren ausgeprägte Heterogenität und kurze bisherige Bestandsdauer hervorgehoben werden.¹⁴ Als einigendes Element ist jedoch die Betonung der Gegnerschaft zu den Corona-Maßnahmen anzusehen, die mit unterschiedlichen Argumenten, jedoch durchweg in hoher Intensität abgelehnt werden. Eine beispielhafte Manifestation dieser Gegnerschaft ist die Bezeichnung der Mund-Nasen-Bede-

10 Baumgärtner, Maik/Höfner, Roman/Lehmann, Timo: Eine Möchtegern-Partei zerlegt sich selbst, in: Spiegel, 09.06.2020, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-protestbewegung-widerstand-2020-eine-moechtegern-partei-zerlegt-sich-selbst-a-dd92766e-275c-4086-9323-ca072ec53203> [eingesehen am 11.07.2020]

11 Hier und im Folgenden wird Bezug genommen auf die Webseite von Widerstand2020, URL: <https://widerstand2020.de> [eingesehen am 25.05.2020].

12 Hielscher, Diane: Corona-Pandemie: Widerstand2020 ist wohl abgesagt, in: Deutschlandfunk Nova, 07.07.2020, URL: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/widerstand-2020-die-gruppierung-gegen-anti-co->

[rona-ma%C3%9Fnahmen-scheint-sich-auf-zuloesen](https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/widerstand-2020-die-gruppierung-gegen-anti-co-rona-ma%C3%9Fnahmen-scheint-sich-auf-zuloesen) [eingesehen am 10.07.2020].

13 Kitschelt, Herbert: Movement Parties, in: Katz, Richard S./ Crotty, William J. (Hrsg.): Handbook of Party Politics, London 2006, S. 278–290.

14 Vgl. Raschke, Joachim: Zum Begriff der Sozialen Bewegung, in: Roth, Roland (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987, S. 19–29.

ckungen als „Maulkorb“.¹⁵ Dabei besteht in der Anhängerschaft derartiger Verschwörungsideologien die Annahme, dass es sich bei dem Erlass der infektionsschutzrechtlichen Verordnungen und Verfügungen um das Ergebnis einer Verschwörung der Spitzen aus Politik und Wirtschaft handele, die sich letztlich gegen die Bevölkerung richte. Dadurch wird die Gegnerschaft weiter gefasst – als Kampf gegen eine angenommene Verschwörung.¹⁶ Ob sich das Phänomen, das hier mit der Begrifflichkeit der „Corona-Bewegung“ umschrieben wird, wirklich zu einer kontinuierlichen Bewegung entwickelt, bleibt indes abzuwarten. Deshalb soll im Folgenden vorläufig von „Protesten“ die Rede sein.

In Bezug auf die Proteste ist auffällig, dass die zentralen Personen nicht etwa formal innerhalb einer Organisation gewählt worden sind, sondern stets ausschließlich informelle Positionen der Meinungsführerschaft wahrnehmen – so etwa Personen wie Atila Hildmann, Ken Jebsen, Sukharit Bakhti oder Wolfgang Wodarg, die in den sozialen Medien Spekulationen und Falschinformationen zur Covid-19-Pandemie veröffentlichen. Bodo Schiffmann, dessen Videos in der Spitze Aufrufzahlen von über einer halben Million erreichen,¹⁷ ist zugleich als einer der Meinungsführer der Bewegung anzusehen, um die sich die Anhänger derartiger Verschwörungsideologien scharen – anders als die anderen Personen, strebte er jedoch auch formal legitimierte Positionen wie den Vorsitz seiner Partei an. In Bezug auf die Person Schiffmanns ist insofern auch eine personelle Verzahnung mit den

Protesten zu konstatieren. Auch in sachlicher Hinsicht stimmt die Partei mit den Zielvorstellungen der Proteste überein. So formuliert Schiffmann: „Für den Lockdown gab es eigentlich nie eine richtige Indikation“¹⁸, und deutet an, dass es sich bei Covid-19 um eine eher ungefährliche Krankheit handele.

Der nach Kitschelt für Bewegungsparteien typische Aspekt einer mangelnden formalen Organisation erweist sich im Hinblick auf den frühen Austritt von Victoria Hamm und die spätere Parteineugründung von Bodo Schiffmann als spannend: Denn Hamm schildert auf ihrer eigenen Homepage die Gründe ihres Austritts. Insbesondere kritisiert sie hierbei die „unglaublich schlimme nicht vorhandene Organisation“.¹⁹ Dabei hätten einzelne Akteure gänzlich ohne Absprache gehandelt und kein allgemein festgelegter Entscheidungsfindungsprozess in der Partei vorgeherrscht. Dies sei solange kein Problem gewesen, bis eine Vielzahl von Hackerangriffen die Partei bedroht habe. Statt Strategien hiergegen zu entwickeln, habe Schiffmann in Eigenregie potentielle Hacker in einem YouTube-Video weiter provoziert.²⁰ Auf der anderen Seite scheint Hamm aus der Sicht von außen ebenfalls eigenständig die Facebook-Seite der jungen Partei für eine Erklärung genutzt zu haben. In Abgrenzung zu der eher migrationsfreundlichen Politik Schiffmanns erklärte Hamm auf der Facebook-Seite der Partei: „Wenn Bodo Afrikaner hier haben möchte, aber alle anderen nicht – ja, dann muss der Bodo halt zu den

15 Vgl. etwa o. V.: Bundesweite Demonstrationen gegen Corona-Auflagen, in: Deutsche Welle, 09.05.2020, URL: <https://www.dw.com/de/bundesweite-demonstrationen-gegen-corona-auflagen/a-53381621> [eingesehen am 12.08.2020].

16 Vgl. ebd.

17 Schiffmann, Bodo: Schwindelambulanz Sinsheim (Videoübersicht), YouTube, URL: <https://www.youtube.com/c/SchwindelambulanzSinsheimDrBodoSchiffmann/videos> [eingesehen am 11.07.2020].

18 Reifenrath, Isabel: „Widerstand2020“ – Vom Corona-Protest zur Partei?, in: Tagesschau.de, 05.05.2020, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/widerstand-2020-101.html> [eingesehen am 11.07.2020].

19 Hamm, Victoria: Das Protokoll der Kuriositäten, URL: <https://victoriahamm.de/article1.html> [eingesehen am 11.07.2020].

20 Hamm, Victoria: Die Wahrheit hinter dem Ausstieg, URL: <https://victoriahamm.de/article1.html> [eingesehen am 05.07.2020].

Afrikanern“.²¹ Ein inhaltlicher Programmbildungsprozess fand letztlich – auch wenn das Leitbild der Partei in der Nutzung der „Schwarmintelligenz“ aller Mitglieder bestand – nicht statt. Zunächst sollten gar alle Besucher der Webseite an dem Programm der Partei mitarbeiten können – eine Idee, die später verworfen wurde. Die Anmeldung als Neumitglied bei Widerstand2020 ist inzwischen nicht mehr möglich und in der Telegram-Gruppe von Widerstand2020 („Schwarmfunk W2020“) wurde Mitte Juni verkündet: „Der Vorstand von Widerstand2020 [hat] beschlossen, den Mitgliedern vorzuschlagen, die Partei aufzulösen“.²²

Wir2020 als Nachfolgepartei?

Schiffmann gründete im Anschluss an das gescheiterte Projekt Widerstand2020 eine neue Partei: Wir2020. Nach eigenen Angaben hat diese Partei bereits 6.700 Mitglieder gewonnen bzw. übernommen. Online veröffentlicht worden ist neben einer bereits verabschiedeten Satzung ein ausformuliertes, kurzes Grundsatzzprogramm, dem „12 unveränderlich[e] Grundsätze“ vorangestellt sind.²³ Hervorzuheben ist, dass die Partei mehrfach die Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalten und die Notwendigkeit des Diskriminierungsverbots betont. Deutlich wird aus dem Programm zugleich

die kritische Haltung gegenüber Politik und Staat: Die „Kapitulation des Bürgers vor einem allmächtigen Staatsapparat und einer ausufernden Wirtschaft“²⁴ müsse verhindert werden. So solle etwa ein Straftatbestand der Steuerverschwendung im Amt eingeführt werden und die Pressefreiheit „wiederhergestellt“ werden.²⁵

Das Programm der neuen Kleinstpartei scheint auf den ersten Blick allerdings stark von linken Positionen geprägt zu sein: eine ausgeprägte Umverteilung von oben nach unten, der Kampf gegen Privatisierungen, Militäreinsätze nur zu Verteidigungszwecken und eine stärkere Förderung erneuerbarer Energien. Lediglich in einzelnen Forderungen wie der Beendigung der vermeintlichen strukturellen „Ungerechtigkeit, die Männer in Scheidungs- und Sorgerechtsverfahren erleben“, und der Betonung, es gebe keine spezifischen „Frauenrechte“, werden Differenzen zur Ausrichtung der Linkspartei sichtbar. Insgesamt ist jedoch bemerkenswert, dass das Thema Covid-19 einen recht geringen Teil des Programms der neuen Kleinstpartei von Schiffmann einnimmt. Forderungen wie jene des Gründungsmitglieds Ralf Ludwig nach einem „Notstandsparlament“ wurden nicht in das Programm aufgenommen und insgesamt scheint es, als habe sich das Profil erheblich gemäßigt, und so klingen die Bestrebungen von Wir2020 nach einer, zuweilen inkohärent erscheinenden, Mischung aus libertären und sozial-ökologischen Forderungen – irgendwo zwischen Bund der Steuerzahler, Greenpeace und Attac: Einerseits weniger Staat, andererseits mehr Staat. Einerseits mehr Leistungsgerechtigkeit, andererseits mehr soziale Absicherung. Einerseits stärkere Kontrolle der Exekutive, andererseits mehr Machtkonzentration durch eine Tendenz zum Zentralstaat.

21 Wienand, Lars: Vorsitzende wirft bei Corona-Protestpartei „Widerstand2020“ hin, in: t-online, 08.05.2020, URL: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_87823114/-widerstand-2020-vorsitzende-victoria-hamm-wirft-bei-der-corona-partei-hin.html [eingesehen am 11.07.2020].

22 Schwarmfunk W2020 (Telegram-Gruppe), URL: https://t.me/s/widerstand2020_official [eingesehen am 01.09.2020].

23 WIR2020: Grundsatzprogramm, URL: <https://wir2020-partei.de/wp-content/uploads/2020/06/wir-2020-grundsatzprogramm-heft-14.6.2020.pdf> [eingesehen am 11.07.2020; inzwischen nicht mehr verfügbar].

24 Ebd., S. 8.

25 Ebd., S. 4.

Das Scheitern von Widerstand2020

Letztlich war es wohl die Organisationsform, die der jungen Partei Widerstand2020 das Genick brach: Die Konzentration der Partei auf wenige Führungspersonlichkeiten, die mangels klar definierter Kompetenzen wohl häufig eigenmächtig handelten, mag einen Grund für das Scheitern der Partei Widerstand2020 darstellen. Die junge Kleinstpartei vernachlässigte nach den Schilderungen ihrer Gründungsmitglieder wohl vollends die formale Ordnung ihrer Entscheidungsfindungsprozesse. Dies mag zugleich einer der Gründe für die Art sein, in der sich die Abspaltung des Mitbegründers Bodo Schiffmann mit Wir2020 gestaltete, welche sich bereits früh ein vollständiges inhaltliches Parteiprogramm gab und zudem eine Satzung aufweist, die den sukzessiven Mitgliederaufwuchs angemessen berücksichtigt. Es bleibt also abzuwarten, ob die Partei aus den Fehlern ihrer Vorgängerin gelernt hat.²⁶

Die weitaus konkretere inhaltliche Ausgestaltung der Zielsetzungen der neuen Kleinstpartei Wir2020 mag indes auch dazu führen, dass so mancher erbitterte Gegner der Corona-Eindämmungsmaßnahmen sich wohl nicht zu ihr hinwenden wird. Allerdings ist zu vermuten, dass diejenigen, die bereits politisch rechts ausgerichtet sind und sich in Gegnerschaft zu den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen sehen, in der AfD eine politische Heimat finden. Nachdem in einer frühen Phase der Pandemie die AfD-Fraktion beispielsweise in Berlin als erste Fraktion eine Maskenpflicht vom Berliner Senat forderte, hat die AfD nach einigem Mäandrieren nun offenbar eine einheitliche Position gefunden:²⁷ Sie reiht sich ein in die

Corona-Proteste und öffnet sich so zugleich auch für die ehemaligen Anhänger von Widerstand2020.

<https://www.tagesschau.de/inland/corona-demos-afd-101.html> [eingesehen am 24.08.2020].



Joris Sprengeler (Dipl.-Jur., B.A.) arbeitet für die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx). Er studiert Politikwissenschaft und öffentliches Recht im Master. Zuvor hat er das erste juristische Staatsexamen sowie einen Bachelor in Politikwissenschaft und Philosophie absolviert.

26 Eine weitere konkurrierende Kleinstpartei, die sich als Nachfolgerin von Widerstand2020 betrachtet, hat sich parallel unter der Bezeichnung Basisdemokratische Partei Deutschland gegründet, URL: <https://diebasis-partei.de/> [eingesehen am 01.09.2020].

27 Reifenrath, Isabel: AfD lobt Anti-Corona-Demonstranten, in: Tagesschau.de, 04.08.2020, URL:

FoDEx-Studie
Rechtsradikalismus

Florian Finkbeiner
Niklas Schröder

Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen

Eine Fallanalyse zum
Sozialprofil der Wählerschaft
und ihrer politischen
Einstellungen am Beispiel
von Niedersachsen

Nr. 4
(2020)

FoDEx

FoDEx-Studie

Rechtsradikalismus

Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen

Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen

Florian Finkbeiner / Niklas Schröder

Die Kurzstudie analysiert die AfD und ihre Wählerschaft in Niedersachsen. Wo wird die Partei gewählt, von wem und aus welchen Gründen? Und gibt es überhaupt etwas Spezifisches, was »den« AfD-Wähler ausmacht? Die Studie untersucht das Sozialprofil und die politischen Einstellungen der Wähler am Beispiel von Niedersachsen, um das politische Wählerpotenzial der AfD zu sondieren.

Erscheinungsjahr: 2020

Umfang: 82 S.

Reihe: FoDEx-Studie

ISSN 2628 – 3751 (online);

ISSN 2628 – 3743 (Print)



FoDEx-Studie, Nr. 4 (2020)
[https://www.fodex-online.de/
publikationen/die-afd-und-ihre-
waehler-in-niedersachsen/](https://www.fodex-online.de/publikationen/die-afd-und-ihre-waehler-in-niedersachsen/)

Florian Finkbeiner

NATIONALE HOFFNUNG UND KONSERVATIVE ENTTÄUSCHUNG

Zum Wandel des konservativen
Nationenverständnisses nach
der deutschen Vereinigung

[transcript] | Studien des Göttinger Instituts
für Demokratieforschung



[https://www.fodex-online.de/
publikationen/nationale-hoff-
nung-und-konservative-enttaeu-
schung/](https://www.fodex-online.de/publikationen/nationale-hoffnung-und-konservative-enttaeuschung/)

Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung

Zum Wandel des konservativen Nationenver-
ständnisses nach der deutschen Vereinigung

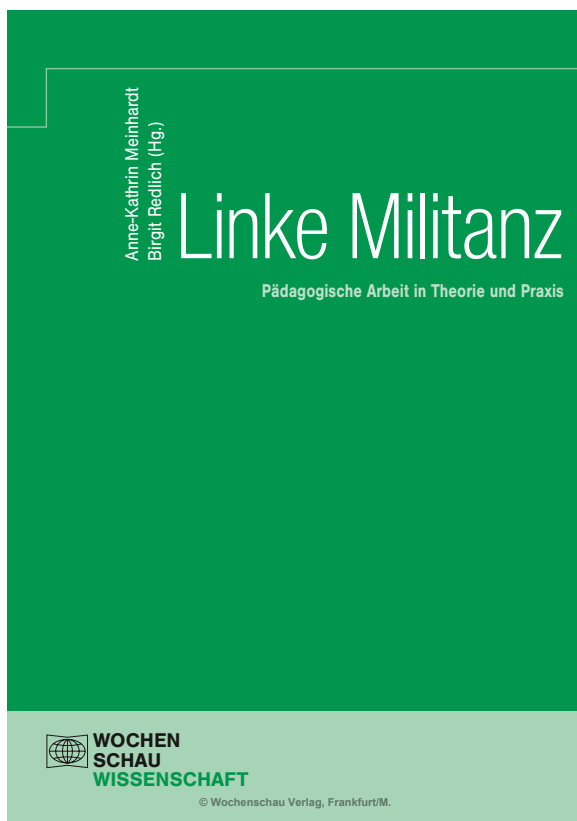
Florian Finkbeiner

Konservativ, nationalbewusst, rechts – die-
se Kategorien verschwimmen zusehends, da
rechtspopulistische Protagonist*innen eifrig
darauf bedacht sind, aus taktischen Erwägun-
gen als eine nicht näher definierte »bürgerli-
che Mitte« zu erscheinen. Der offenbar immer
noch in weiten Teilen der Gesellschaft akzep-
tierte Begriff des Konservativen wird vielfältig
benutzt, um national-chauvinistische Inhalte
zu verschleiern. Florian Finkbeiner zeigt mit
seiner Untersuchung konservativer Intellektu-
eller im Zuge der deutschen Vereinigung von
den 1980er zu den 1990er Jahren exemplarisch
auf, wie es hierzu kommen konnte. Mit dieser
Begriffsgeschichte des Konservatismus liefert
er spannende Einsichten auch für die gegen-
wärtige politische Lage.

ISBN 978-3-8394-5321-6

transcript: Bielefeld 2020

Umfang: 520 S.



Wochenschau Verlag Frankfurt/M. 2020
ISBN 978-3-7344-0923-3, 240 S., € 29,90
PDF: ISBN 978-3-7344-0924-0, € 23,99

Linke Militanz

Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis

Anne-Kathrin Meinhardt / Birgit Redlich (Hg.)

Linke Militanz wird in Gesellschaft und Wissenschaft kontrovers diskutiert. Es gibt kaum weitreichende Forschungsprojekte auf diesem Gebiet und bisher wurden nur wenige praktische Projekte initiiert, die sich des Themas annehmen. Wie kann vor einem solchen Hintergrund eine pädagogische Arbeit in diesem umstrittenen und wenig beleuchteten Bereich aussehen? Der Sammelband widmet sich der Thematik aus wissenschaftlicher, pädagogischer und schließlich aus theaterpädagogischer Perspektive.

Mit Beiträgen von Laura Adrian, Udo Behrendes, Gereon Flümann, Naika Foroutan, David Garbers, Udo Gerigk, Laura-Romina Goede, Daniel Grunow, Gerold Hildebrand, Wolfgang Kühnel, Lena Lehmann, Christian-Friedrich Lohe, Saskia Lützing, David Meiering, Andrea Prause, Peter Schanz, Albert Scherr, Carl Philipp Schröder, Tom David Uhlig, Tanja Wehr und Helmut Willems.

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:

Dr. Katharina Trittel
Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Gestaltung, Satz:

Niklas Foitzik

Die „Dokumentations- und Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit und politisch motivierter Gewalt in Niedersachsen“ wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Bildquelle Inhalt:

Rasande Tyskar / rave for *koze* -smoke /
URL: https://farm9.staticflickr.com/8763/18127438171_52f0c820eb_o_d.jpg / CC BY-NC 2.0
Zuschnitt u. Farbe modifiziert

Bild-Lizenzen:

CC BY-NC 2.0, URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/legalcode>

CC BY-SA 2.0, URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode>

CCO 1.0 Universal URL: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/legalcode>

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>],
2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

ISSN 2568-0641

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

www.demokratie-goettingen.de